

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 31. JAHRGANG
186 | März/April 2008 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Auf Gedeih und Verderben

Nokia verlagert Handyproduktion ins Ausland. Die Bochumer Beschäftigten fügen sich in die Rolle der Ausgelieferten

Zeichnung: Findus

In der Standortlogik vereinen sich so ziemlich alle Torheiten, die menschliches Denken hervorbringen kann. Glänzend lässt sich das ablesen an der Debatte um die Schließung des Nokia-Werkes in Bochum. Bis Ende Juni sollen dort die Lichter ausgehen. Kühndreist hat der finnische Handyhersteller mit der Verlagerung der Produktion ins Ausland begonnen, wo im Hauruck-Verfahren ein neues Werk aus dem Boden gestampft wird. 2.300 Beschäftigte verlieren ihre Arbeit, die bald von Billiglöhnern im rumänischen Cluj verrichtet werden soll.

„Karawanenkapitalismus“

ist das Trendwort, das nun durch die Politik geistert. Man klagt über die Dreistigkeit Nokias, den Standort wie die Unterwäsche zu wechseln, immer den lukrativsten Geschäftsbedingungen hinterher. Klagt darüber, dass das Unternehmen Subventionen abgegriffen habe, mit denen man es einst gelockt hatte, und nun den damit verbundenen Deal mit Arbeitsplätzen platzen lasse. Kurzum, man fühle sich abgezockt und ausgenutzt. Es könnten einem fast die Tränen kommen, so leidenschaftlich erhebt die Politik die Stimme gegen den kapitalistischen Nomaden aus dem Norden, dem es nur um schnelle Profite gehe, so rührselig zeigt sie Mitleid mit den Betroffenen.

Um diese Empörung noch zu unterstreichen, zeigen SPD-Politiker, dass auch in ihnen ein kleiner Rebell steckt: Zum Boykott gegen Nokia rufen sie auf und gehen beispielhaft voran. Solidarisch mögen manche das nennen. Eher aber ist es das reinste Kasperletheater.

Die Politprominenz selbst ist es, die die Grundlagen für das mobile Kapital politisch fundiert hat und ständig erweitert. Ja, sie erklären dies sogar zur gesellschaftlichen Triebfeder! Die Bewegungsfreiheit des Kapitals gilt in ihren neoliberalen Postulaten stets als höchstes Gut. In der Praxis dann soll es aber doch bitte der eigene Standort sein, der den Zuschlag erhält. Und das deutsche Unternehmen darf plündernd durch die Welt ziehen, während ausländisches Kapital als Heuschrecke verwünscht wird. Der moderne Patriarch propagiert und praktiziert die freie Liebe und gerät eifersüchtig außer sich, wenn seine Liebste sich dieses Recht ebenso heraus nimmt.

Wären sie nur ein wenig konsequent, dann müssten sie Nokia schulterzuckend ziehen lassen. Sie müssten feststellen, wie innovativ doch ein Land wie Rumänien sei, das Unternehmen wie Nokia zu ködern vermag. Sie müssten neidisch anerkennen, das die Rumänen wohl einen Schritt voraus seien, und wir unseren Standort immer noch nicht richtig konkurrenzfähig gemacht hätten – zu sehr hielten die ArbeiterInnen hier an Privilegien fest, ein unflexibler Unternehmerschreck. Und die Anklage würde sich nicht gegen die edlen Finnen richten, sondern gegen die Gewerkschaften mit ihren albernen Sozialstandards. Boykottaufrufe würden selbstverständlich als standortschädigend demaskiert werden.

Soviel Ehrlichkeit ist aber kaum zu erwarten. Im Gaukelspiel der Politik punktet eben der mit den schnellsten populistischen Reflexen. Da nimmt es nicht wunder, wenn die neoliberalen Akteure eigentlich gegen ihre eigene Politik demonstrieren. Wäre es nicht so tragisch, es wäre feinste Unterhaltung.

Die Bemutterung der Nokianer

durch die Politik folgt denn auch eher dem Zweck, dass sie nicht auf abwegige Gedanken kommen und Konsequenzen daraus ziehen. Und diese Rechnung scheint aufzugehen: Der Kampf um das Werk scheint mittlerweile gelaufen, bevor er eigentlich begonnen hat. Obwohl das Unternehmen nicht im Geringsten verhandeln möchte, verzichtete die IG Metall auf wirksame Aktionen. Stattdessen werden Transfer- und Qualifizierungsmaßnahmen noch als Erfolg verkauft, obwohl das zu den Minimalstandards bei abgewickelten Betrieben gehört.

Klar, es gab Gegenwehr: auf breiter Basis organisiert, nett und kreativ, einfach alles – außer effektiv. Mit Demos sollten die Verantwortlichen beeindruckt werden; Lichterketten sollten dafür sorgen, dass „denen in Helsinki ein Licht angeht“, wie eine IG-Metall-Sprecherin verkündete. Reden wurden gehalten, in denen auf die „Korruption in Rumänien“ verwiesen wurde – ein bestechendes Argument im Zumwinkel-Lande. Und GewerkschafterInnen riefen Patrone Rüttgers an, er solle sie gegen das Kapital schützen, dem sie hilflos ausgesetzt seien. Auch bot man an, in Zukunft billiger und mehr zu arbeiten, was aber wohl nicht ausreichend war, um mit den von Nokia forcierten Sklavenkonditionen in Rumänien mitzuhalten.

„Wenn wir untergehen, dann schreiend“, erklärte eine Nokianerin. Hauptsache Lärm gemacht, auch wenn man weiß, dass es nichts bringt? Ein knallharter Reibachkonzern lässt sich eben nicht mit symbolischen Aktionen und ritualisierten Parolen (mit nationalem Beigeschmack) von seinem Weg abbringen. Da wäre es sinnvoller, man schonte gleich die Stimme.

Aber was auch tun, wenn die Abwanderung schon unter Dach und Fach ist? Man kann ja schließlich kein Unternehmen zum Bleiben zwingen. Das ist wohl richtig, wenn man sich die Reihe derartiger Abwehrkämpfe anschaut, und es verweist darauf, dass das Problem grundlegender Art ist. Eben deshalb bedarf es einer internationalen Gewerkschaftsbewegung, die sich nicht auseinanderdividieren lässt und die Arbeitsbedingungen z.B. in Rumänien als gemeinsames Problem begreift. Das aber ist ein Projekt, das uns noch viel Tränen kosten wird, bedenkt man den Zustand der heute standortorientierten Gewerkschaften.

Auch unabhängig von dem gemeinsamen Band, welches das Schicksal der Arbeiterklasse international verbindet: Eine Gewerkschaft, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, darf keine Zugeständnisse machen aufgrund von Abwanderungsdrohungen. Und wenn dies tatsächlich die Kapitalflucht zur Folge hätte, dann ist es ihre Aufgabe, die Betriebe zu übernehmen und wirtschaftliche Bereiche neu zu organisieren. Gerade gewerkschaftliche Organisationen haben das Potential dafür, was alleinstehende Belegschaften nicht zu schultern vermögen.

Dann endlich wird bei Betriebsschließungen nicht mehr vom „letzten Tropfen Schweiß“ die Rede sein, den die ArbeiterInnen für den Betrieb hergeben, sondern vom „letzten Tropfen“, der das Fass zum Überlaufen brachte. Keine Frage, wer in diesem Falle seine Würde zurückgewinnen und wem die Politik zu Hilfe eilen wird.

Holger Marcks

Catwalk



„Kapitalist“, ein Schimpfwort

Gewerkschafts-Portal LabourNet vor Gericht

Ende Februar ging in Hamburg die juristische Auseinandersetzung der IXION GmbH gegen das Internetportal LabourNet in die erste Runde. Das Urteil wird für den 2. Mai erwartet. Es geht darum, ob sich das Privatinteresse der Kapitalbesitzer eines mittelständischen Betriebes, juristisch gegen das Interesse der Öffentlichkeit auf freie Meinung durchsetzen kann. Bei Ixion fühlt man sich durch einen Beitrag „geschädigt“ und beleidigt, v.a. durch die Bezeichnung als „Kapitalist“. Beantragt ist nun, dass LabourNet zur Entfernung der gesamten Berichterstattung über Ixion aus dem Internet verurteilt wird. Ferner soll es gerichtlich verboten werden, über die Zustände bei Ixion zu berichten.

Aktuelle Informationen: www.labournet.de

Solidarität en blog

Im November 2007 rief die Hollywood-Gewerkschaft WGA die DrehbuchautorInnen der Traumfabrik zum Streik auf. Streitpunkt war der Anteil an der digitalen Vermarktung (DVD, Internet), den die AutorInnen erhalten sollten. Der Verband Deutscher Drehbuchautoren e.V. (VDD) zeigte sich solidarisch und richtete eigens ein Weblog ein. Eine löbliche Initiative internationaler Solidarität, die mit dem Streik-Ende Mitte Februar ihren Abschluss fand. Einige der Interviews aber sind über den Tag hinaus lesenswert, auf: http://vddsupportswgastrike.wordpress.com

Kauf dich glücklich



Klassenkampf im Blätterwald

Wer schon immer mal einen Blick hinter die Kulissen der Direkten Aktion werfen wollte, der kann dies nun tun. Die Broschüre der DA-Redaktion erklärt ausführlich, was so anders ist an der „anderen Gewerkschaftszeitung“ – und wie man mitmachen kann. Der Text soll dazu beitragen, sich im Sinne der Selbstermächtigung Wissen aktiv anzueignen und neue Tätigkeitsfelder zu erschließen.

Broschüre, 64 Seiten, EUR 1,–. Ab April bei FAU-MAT. PDF-Datei auf www.direkteaktion.org

Himmelhoch jauchzend – zu Tode betrübt

Die Dialektik des Lokführerstreiks. Ein vorläufiges Fazit zum Tarifabschluss der GDL.

Nach einem Dreivierteljahr scheint der Konflikt der GDL mit der Deutschen Bahn zu Ende zu gehen, sollte nicht noch das von der Bahn geforderte Kooperationsabkommen zwischen den drei Hausgewerkschaften zum Knackpunkt werden. Das ist allerdings nicht gerade unwahrscheinlich, bietet sich doch darin für die Bahn und die beiden anderen Gewerkschaften (Transnet, GDBA) ein Hebel, die GDL unter Druck zu setzen. Nichtsdestotrotz, jetzt, wo die Verhandlungsergebnisse allmählich ebenso bekannt werden wie die Einzelheiten gewerkschaftsinterner Abläufe, lichtet sich ein wenig der Nebel, der die Debatten um die GDL und ihren Konflikt begleitete, und die Ereignisse erscheinen in einem klareren Licht. So tappte der eine oder die andere etwas zu frohen Mutes durch den Dunst und findet sich nun in einer ernüchternden Position wieder. Nicht viel blieb letztlich übrig von dem Heldentum und dem Edelmut, den man der Lokführergewerkschaft andichtete. Andere wiederum sehen sich in ihrem Weg bestätigt: der Charakter der GDL als falsches Gewerkschaftsprojekt habe sich nun endgültig erwiesen. Ohne Frage: die GDL gewinnt an Fragwürdigkeit. Aber was heißt das für den Kampf des Fahrpersonals?

Rechenspiele

Noch im Sommer wies die GDL-Führung ein Angebot der Bahn zurück, das sich auf Basis des Abschlusses mit den beiden anderen Bahngewerkschaften bewegte, die sich bei 4,5% geeinigt hatten.

Fortsetzung auf Seite 3

FAU-Ticker

+++ Auf der Homepage der FAU Bremen finden sich aktuelle Berichte von den Veranstaltungen des Syndikates +++ die Broschüre „Notes from the Class-Struggle. Small group workplace organizing in present-day Germany and the Netherlands", eine Coproduktion der FAU-Bremen mit der Anarchstischen Groep Amsterdam findet international reichlich Anklang und soll demnächst noch ins Deutsche, Französische und Portugiesische übersetzt werden. Eine zweite aktuelle Broschüre der FAU-Bremen trägt den Titel „Syndikalismus und Räterevolution in Bremen 1918/19" +++ am 9. Februar demonstrierten rund 5.000 Menschen in der Münchner Innenstadt gegen die NATO-"Sicherheitskonferenz". Die Münchner Syndikate der FAU-IAA organisierten zusammen mit anderen libertären Gruppen einen kämpferischen schwarz-roten Block mit eigenem Lautsprecherwagen +++ die Lokalföderation München wird nach einjähriger Pause im Sommer wieder das libertäre Camp organisieren +++ die Lokalföderation Berlin der FAU mobilisiert weiterhin mit der Kampagne „Keine Arbeit ohne Lohn!" gegen mieseste Arbeitsbedingungen. Mehr Infos: www.keine-arbeit-ohne-lohn.de +++ Die FAU Bielefeld plant für den 30. April eine sozialrevolutionäre Kundgebung. Es sollen auch mal wieder kämpferische Akzente am „Kampftag der Arbeiterklasse" gesetzt werden +++ An jedem dritten Donnerstag im Monat öffnet in Kiel das „Café Schwarz-Rot" im Infoladen „Beau Rivage" +++ FAU-Mitglieder aus Zwickau klärten im Januar die Teilnehmer der örtlichen Montagsdemonstration über die Teilnahme von sog. „Autonomen Nationalisten" auf +++ nach den Soli-Postkarten für die CNT-PTT, wurde Ende Februar eine Website aufgestellt. Die aktuellsten Infos über die Gewerkschaftsfreiheit bei der französischen Post: www.fau.org/soli/cnt-ptt +++ die Region-Ost der FAU überwies im Januar mehrere hundert Euro als Unterstützung an die streikenden Kumpel in der Kohle-Mine in Budryk (Polen) +++ +++ in Solingen gibt es eine Initiative zur Gründung eines FAU Syndikates. Kontakt: reko-west@fau.org.

Neuwerk ist eine Insel vor der norddeutschen Küste, die zu Hamburg gehört – quasi eine Kolonie der Hansestadt. Diese Woche weckte sie, durch den Hinweis eines Freundes, meine Aufmerksamkeit. Sage und schreibe null Prozent Wahlbeteiligung gab es dort bei den Hamburg-Wahlen! Nun gut, es gibt dort auch nur 23 Wahlberechtigte. Aber dennoch: was steckt dahinter, vielleicht eine anarchosyndikalistische Kommune à la Monty Python? Ein Blick in die DA-Abo-Listen verrät: die Neuwerker interessieren sich wohl nicht im Geringsten für Anarchosyndikalismus. Diese Erklärung scheidet damit aus. Aber ich werde dran bleiben und den Gründen dieses Boykotts auf die Schliche kommen.

Der Boykott von Nokia-Handys hat dagegen ganz andere Wellen der Aufmerksamkeit erzeugt. Als Syndikalist bin ich sicherlich kein Gegner von Boykotts, im Gegenteil, organisiert und flankiert von anderen Formen der direkten Aktion können sie eine mächtige Waffe der Arbeiterklasse darstellen. Hier erleben wir aber, wie aus der Keule ein Schaumstoffknüppel wird. Der Boykott wird politisch instrumentalisiert und letztlich parodiert (siehe Seite 1). Man fragt sich auch, welches Handy soll man dann eigentlich noch benutzen? Alle anderen Hersteller haben sich ja auch disqualifiziert: BenQ und Siemens (allseits bekannt), Motorola (Abbau von 7.000 Stellen), Samsung (Schmiergeldaffäre) usw. Fast schon putzig naiv ist auch die Kampagne „Sag Nokia deine Meinung". 50.000 Nokia-Handys sollen dabei eingesammelt und „medienwirksam" verschrottet werden. Dabei kann es doch Nokia ziemlich egal sein, wer sein schon bezahltes Handy in den Müll wirft.

Andererseits, wer braucht schon ein Handy in Rumänien, wo man 70 Stunden die Woche arbeitet und eh keine Kohle, keine Zeit für private Bedürfnisse hat? So soll es nämlich zugehen im neuen Etappenlager von Nokia. Und wer weiß, vielleicht nehmen ja doch einige Bochumer das Angebot der Firma an, in Zukunft dort zu arbeiten.

Ob Siebenbürgen oder Berlin, Hungerlöhne zu bekämpfen, bleibt die erste Pflicht einer revolutionären Gewerkschaft. Umso mehr gilt dies für gänzlich unbezahlte Arbeit. Die FAU Berlin bleibt mit ihrer Kampagne „Keine Arbeit ohne Lohn!" weiter am Ball und sammelt derzeit Erfahrungsberichte, um das Problem kollektiv zu thematisieren. Und wie Erfahrungen mit unbezahlter Maloche aussehen können, das zeigt euch in dieser Ausgabe ein Interview mit einer Praktikantin (Seite 5).



Zu guter Letzt noch etwas im Hinblick auf den anstehenden 1. Mai: Mal ehrlich, die Sache ist doch ganz schön auf den Hund gekommen!? Früher war der 1. Mai allein schon deswegen ein Akt der Emanzipation, weil er faktisch einen Generalstreik darstellte, war dieser doch kein Feiertag. (Nun ja, außer in Deutschland. Da sorgte die Sozialdemokratie dafür, dass man erst am folgenden Sonntag seine Aufmärsche veranstaltete.) Ich frage mich also, ob wir uns in absehbarer Zeit einen Arbeiterkampftag zurückholen können? Doch welcher Tag kommt dafür in Frage? Das muss wohl überlegt sein. Da geht es ja um Nachhaltigkeit. Eine Anregung dafür findet ihr womöglich in unserem Hintergrund-Artikel (Seite 12).

Holger Marcks (Redaktion „Betrieb & Gesellschaft")

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg . . Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str.85, jeden Mittwoch ab 15 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0176) 29475839 (mittwochs nach 15 Uhr)
Bielefeld . . . . . c/o „Umweltzentrum", August-Bebel-Str. 16,33602 Bielefeld. Treffen jeden 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, jeden 1. Do. im Monat libertäre Filme in der Kneipe im AJZ, <faubi@fau.org>, www.fau-bielefeld.de.vu
Braunschweig . FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Str. 253, 38122 Braunschweig, <faubs@fau.org>
Bremen . . . . . . FAU Bremen, <fauhb@fau.org>, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk, Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg. . . . . c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Hamburg . . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover . . . . . UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel . . . . FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck . . . . . . Kontakt über OG Hamburg

REGION WEST

Aachen . . . . . . FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bochum. . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
Bonn . . . . FAU-OG Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr
Dortmund . . . . c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (Anrufbeantworter), Fax: (0231) 86 30 101, <faudo@fau.org>
Duisburg . . . . . Lokalföderation FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Bürgerhof", Sternbuschweg 97, 47057 Duisburg, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf . . . . FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, PF 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Krefeld . . . . . . Tel.: (02151) 39 42 70
Moers . . . . c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster. . . . . . FAU Münster, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <faums@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/muenster/static/, Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr. Offene Diskussionsveranstaltung jeden 4. Mi. im Monat 20 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12

REGION OST

Altenburg . . . . Kontakt über Leipzig
Berlin . . . . Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 28700804. Offenes Büro freitags 16.00-20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat, 2. und 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, <asy-b@fau.org>, (030) 287 008 04. Bildungssyndikat, 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr, <bsy-b@fau.org>, (030) 287 008 05. Kultursyndikat, 1. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>, (030) 287 008 06. Stammtisch Pflege und Gesundheitswesen: 2. Donnerstag im Monat 19.00 Uhr im Café Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>
Dresden. . . . . . FAU Dresden, c/o Infocafé im AZ Conni, Rudolf-Leonhardt-Straße 39, 01097 Dresden, Präsenzzeit: zweiwöchentlich (ungerade Kalenderwochen) donnerstags 16.00 – 20.00 Uhr, <fau-dd@gnuviech.info>
Frankfurt/O. . . Kontakt über Potsdam
Görlitz . . . . Kontakt über Dresden
Gransee. . . . . . FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft <faugrs@fau.org>, c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh
Halle/Saale . . . c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-Kontakt
Leipzig. . . . . . . VAB FAU Leipzig, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel.: (0341) 2246650
Magdeburg. . . . FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstraße 13, 39104 Magdeburg.
Potsdam . . . . . FAU Potsdam, Hermann-Elflein-Straße 32, 14467 Potsdam, Tel. (0177) 639 50 60, <faupdm@fau.org>, www.fau-potsdam.de.vu, FAU-Café donnerstags von 15-20 Uhr im „KUTZE", Hermann-Elflein-Straße 10. Treffen des ASy jeden Fr. 18.00 Uhr
Schwarzenberg. Kontakt über Leipzig
Zwickau. . . . . . Kontakt über Leipzig

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich. . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. . . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg. . . . . . FAU-Ortsgruppe, c/o Infoladen Freiburg, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffpunkt jeden So. um 18.00 Uhr in der KTS
Gießen. . . . . . . FAU-Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen", Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, <faugi@fau.org>, www.ak44de.vu, jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats, jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend „Café Sabotage" – offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen"
Lich. . . . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz. . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg. . . . . . faumr@fau.org oder über FAU Lich
Meiningen . . . . FAU Meiningen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
München . . . . . Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0163) 6174227, <faum@fau.org>, www.faum.de. Offenes Büro mittwochs 16-18 Uhr. Allgemeines Münchner jeden Mittwoch 18 Uhr, <kontakt@faum.de>, (0163) 6174227. Bildungssyndikat, <bildungssyndikat@faum.de>, (0175) 4155326. Gesundheitssyndikat SANITA, <faum14@fau.org>. Allgemeines Münchner Syndikat Erwerbsloser und Lohnabhängiger (A.M.S.E.L.), www.fau-amsel.info.ms, (0179) 7206614
Neustadt/W. . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 2066, 76829 Landau, <faunw@fau.org>
Nürnberg. . . . . <fnbg@gmx.de>
Suhl. . . . . Kontakt über Meiningen
Tübingen . . . . . c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden . . . . GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen
Bildungssyndikate: <bsy-public-info@list.fau.org>, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft: über Gransee, <gnll@fau.org>
GNLL/FAU Naturkostindustrie: über Hamburg

Regionalkoordinationen
Nord: Kiel <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org> | Ost: Potsdam <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M.

Geschäftskommission der FAU-IAA
Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Allemagne, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA
Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Allemagne, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), z.Zt. ohne Postadresse, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz
FAU-CH, Postfach 580, CH-8037 Zürich
FAU-CH Bern Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, <bern@fauch.ch>

Österreich
Syndikalistische Initiative, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <syndinit@yahoo.de, www.syndinit.org | Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Himmelhoch jauchzend – zu Tode betrübt

Die Dialektik des Lokführerstreiks. Ein vorläufiges Fazit zum Tarifabschluss der GDL.

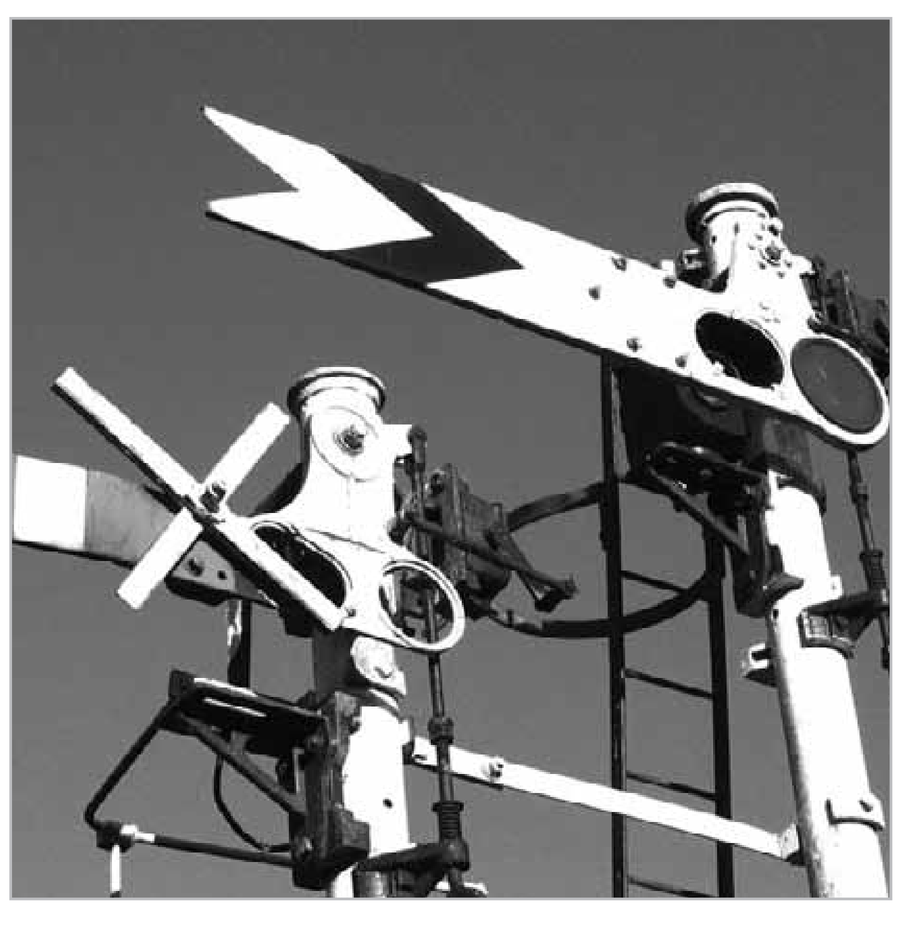
Fortsetzung von Seite 1

GDL-Chef Manfred Schell zeigte sich entrüstet: Er werde keinen Arbeitskampf „für eine Tankfüllung mehr im Monat" führen. Schell präsentierte sich konsequent und erklärte, wenn die Bahn schon immer behaupte, die GDL wolle 31% mehr (bei den Einstiegsgehältern), dann werde man diese jetzt auch zusätzlich zu einem eigenen Tarifvertrag fordern.

Dann, nach Monaten sympathischer Bockbeinigkeit und schwergewichtiger Drohungen der Gewerkschaft, ging im Januar auf einmal alles recht flott – mit einigen Zugeständnissen der Gewerkschaft. Der eigenständige Tarifvertrag der GDL, nun beschränkt auf die Berufsgruppe der Lokomotiv- und Triebwagenführer, sieht bis zum September eine 11-prozentige Lohnerhöhung vor. Unterm Strich also doch nur ein Kampf für zwei Tankfüllungen?

Nun gut, die sind eingebrochen, da war doch mehr an heißer Luft dahinter, als ursprünglich gedacht, mag manch eine sagen. Aber immerhin: 11%! Das müssten die DGB-Gewerkschaften erst mal nachmachen. Doch auch diese Rechnung scheint nicht aufzugehen. An der GDL-Basis kursieren durchgesickerte Details aus dem Vertragsentwurf. Danach werden die Lokführer in Zukunft keine Leistungszulage, kein Urlaubsgeld und nur noch halbes Weihnachtsgeld erhalten. Es scheint so, als habe man einfach die Sonderzahlungen auf das Monatstabellenentgelt umgelegt, um so eine ansehnlichere Lohnerhöhung herbeizurechnen. Bei den LokführerInnen wurden denn auch Befürchtungen laut, dass sich die GDL-Gremien ihren eigenständigen Tarifvertrag mit wenig mehr als einer tendenziellen Nullrunde erkauft und die Mitglieder für blöd verkauft haben.

Das ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Kritiker, die im Vorgehen der GDL eine egoistische, von eigenen Machtinteressen geleitete Spaltungspolitik witterten, die die Verhandlungsmacht der Bahnbeschäftigten schwäche. Wenn der eigene Tarifvertrag der GDL wenig hermacht, lässt sich das nur schwer entkräften.



Aus dem Nähkästchen

Auch in anderer Hinsicht bricht das Trugbild GDL zusammen. Spätestens seit Januar zeigte sich allmählich Unmut an der Basis. Zum einen wurde dabei die Verhandlungstaktik kritisiert, was damit im Zusammenhang stand, dass die Führung per Ultimatum mit unbefristetem Streik ab dem 7. Januar drohte, falls bis zum 5. Januar kein verhandlungsfähiges Angebot vorliege. Der unbefristete Streik blieb aus. Es stellte sich also die Frage, was für ein Angebot denn vorliege, das diese Inkonsequenz rechtfertigen würde. Dies führte dann – zum anderen – zu einer Kritik der Informationspolitik. Denn so gut wie nichts erfuhren die Mitglieder von ihrer eigenen Gewerkschaftsführung. Von der Wiederaufnahme der Verhandlungen hörten sie durch die Medien, über den konkreten Verhandlungsgegenstand überhaupt nichts.

Befürchtungen machten sich breit, die Führung werde den Willen der Mitglieder nicht länger berücksichtigen. An den örtlichen GDL-Chefs vorbei wurden nun außerordentliche Mitgliederversammlungen einberufen. GDL-Funktionäre beklagten, solches Verhalten der Basis sei „Anarchie". Gerüchte kursierten, dass sogar eine eigenständige Aktion von Lokführern möglich sei.

Auch nach der Einigung und während der Ausarbeitung des Vertrages sickerten kaum Informationen durch. Die GDL-Führung warb für Verständnis und begründete dies strategisch damit, dass sie unter einem enormen politischen Druck stehe. Auf die Frage, was denn mit dem Druck der Basis sei, entgegnete der künftige GDL-Chef Weselsky nur zynisch, dass damit fertig zu werden „noch die einfachste Übung" sei.

Am Ende eines Arbeitskampfes steht in der BRD meistens eine Urabstimmung. Spätestens bei dieser wird sich die GDL-Führung vor ihren Mitgliedern verantworten müssen. Und momentan sieht es nicht so aus, als ob diese die Abläufe und Ergebnisse mit Begeisterung quittieren werden, auch wenn die Satzung lediglich eine Zustimmungsquote von 25% vorsieht. Da könnte es der Führung durchaus bequem sein, auf eine Klausel aus der Satzung des Deutschen Beamtenbundes (DBB), dem die GDL angeschlossen ist, zurückzugreifen, die ein Streik-Ende durch simplen Beschluss der Spitzengremien vorsieht. Während sich also die DGB-Gewerkschaften zumindest ein kleines Quorum für eine Urabstimmung aufgelegt haben und damit zumindest einen Hauch von Demokratie gewährleisten, ist in der GDL jederzeit der „gewerkschaftliche Notstand" möglich. Ein aussagekräftiges Beispiel für den Charakter dieser Gewerkschaft.

Zweigleisige Lektionen

Mieses Ergebnis, miese Gewerkschaft – haben sich etwa so viele in der GDL getäuscht? Selbstverständlich! Und zwar deshalb, weil sie den Charakter des Konflikts mit dem der Gewerkschaft gleichgesetzt haben. Basiswille wurde mit Führungswille verwechselt und Klasseninteressen mit Eigeninteressen. Der Kampf der Lokführer, daran gibt es nichts zu rütteln, war wichtig und notwendig. Er wirkt geradezu subversiv auf die deutsche Gewerkschaftslandschaft. Die Potentiale, die in diesem Konflikt gerade mal angedeutet wurden, haben vielen die Erstarrung der etablierten Gewerkschaften vor Augen gehalten und ihnen den Mut für offensives Handeln, der ihnen durch diese genommen wurde, wiedergegeben. Die Wirkung stellte sich sofort ein, und die DGB-Gewerkschaften werden in nächster Zeit gehörig unter Zugzwang geraten.

Damit – nicht mehr und nicht weniger – wird die GDL wohl ihren Dienst getan haben. Die von machen gehegte Vorstellung, die GDL werde zur neuen kämpferischen Gewerkschaftsbastion, war von Anfang an eine Illusion. Die Kampfbereitschaft, die die GDL zeigte, resultierte ja daraus, dass es kurzzeitig eine gewisse Synthese von Mitgliederinteressen und den Machtinteressen der Führung gab, die sich aus Legitimationsgründen profilieren musste. Die Forderung nach 31% mehr Lohn diente dabei lediglich als Mobilisierungsfaktor und Ass im Ärmel bei den Verhandlungen. Mit dem eigenständigen Tarifvertrag, um den es der Führung in erster Linie ging, ist das nun hinfällig und die Mitgliederinteressen können wieder hinten angestellt werden.

Sich nun darüber zu empören, dass die GDL nicht wirklich Interesse und Wille der Basis berücksichtigt, ist nicht weniger naiv, als dies von den Zentralgewerkschaften zu erwarten. Die FAU, als einzige Basisgewerkschaft in Deutschland, befindet sich in der vorteilhaften Situation, sich nicht über solche Machenschaften und Augenwischereien selbstmitleidig oder scheinheilig beschweren zu müssen. Sie kann ihre Anklage gegen solche Praktiken selbstbewusst erheben und auf ihren prinzipiellen Charakter verweisen, ohne sich dabei selbst zu parodieren. Ob die Beschäftigen bei der Bahn von Transnet oder von der GDL verarscht werden, ob diese oder jene den Betriebsfrieden herstellen, ist allenfalls eine Frage, wie das in den Ohren klingt.

Der GDL können wir aber dennoch in zweifacher Hinsicht dankbar sein: Zum einen hat sie Bewegung in die gewerkschaftliche Erstarrung gebracht und Impulse gegeben (wenn auch unbeabsichtigt und von vielen falsch verstanden). Zum anderen hat sie mit eigenem abschreckenden Beispiel verdeutlicht, dass eine echte gewerkschaftliche Alternative her muss. Darin besteht die ganze Dialektik dieses Arbeitskampfes.

Holger Marcks | robot

Kolumne Durruti



Es war einmal eine Arbeitslose aus Quetzdölsdorf bei Bitterfeld, die einen 75-jährigen Radler mit dem Auto jagte, ihn schließlich umfuhr und eventuell noch vorhandenes Restleben mit einem Beil aus ihrem Kofferraum entfernte. Auch war einmal ein 58-jähriger Arbeitsloser aus Solling in Niedersachsen, der auf einen Hochsitz im Wald stieg, wo er verhungerte. Und dann waren da noch ein nicht mehr ganz grünes Fernsehfrüchtchen, genannt Kiwi, das gefeuert wurde, weil es für eine Diät geworben hatte, und ein Berliner Finanzsenator, namens Sarrazin, der für eine Diät warb, ohne dafür gefeuert zu werden.

Die arbeitslose Bitterfelderin war so lange von erfolgloser Bewerbung zu erfolgloser Bewerbung gefahren, dass es zu einer Fehlschaltung in ihrem Gehirn kam, woraufhin sie den radelnden Rentner plötzlich für einen Konkurrenten hielt.

Den arbeitslosen Niedersachsen hatte man vor die Wahl zwischen Hartz IV und Frühverrentung auf Sozialhilfeniveau gestellt, bevor er sich zur finalen Nulldiät entschloss.

Kiwis bevorzugte Diät ist weniger radikal, dafür aber auch teurer und heißt übersetzt „Waagen-Gucker". Ihren Job verlor sie, weil die Moderatorin sich dafür bezahlen ließ, diese Diät in einer Talkshow zu lobpreisen.

Herrn Sarrazins Diät heißt „Prima Leben Und Sparen", weil sie Hartz-IV-EmpfängerInnen die günstige Produktpalette des Plus-Einkaufsmarktes anpreist. Aber weil der Senator zu blöd war, sich für diese Werbung bezahlen zu lassen, durfte er seinen Job behalten. Trotzdem wurde viel an ihm herumkritisiert. Ernährungsberater bemängelten an seiner Diät zu hohe Fettanteile und geringe Flüssigkeitsversorgung. Die Gebrüder Aldi wiesen darauf hin, dass das alles noch viel günstiger zu machen sei. Rauchergemeinschaften und Bierbrauereien erklärten wahrheitsgemäß, dass sogar die Bezugsscheine der Alliierten im flachgebombten Nachkriegsdeutschland, neben Milch, Brot und Zucker, eine Grundversorgung mit Nikotin und Alkohol vorsahen. Und zu guter Letzt beschwerte sich auch noch eine breite Front von Kneipiers, Kinobetreibern, Telekommunikationsunternehmen, Stromanbietern, Elektrofachmärkten und sonstigen Kaufhäusern, bis hin zum Einzelhandel aller Art, was dem Finanzsenator denn einfiele, die Leute zu solch hemmungsloser Völlerei anzustiften. Für den Fall, dass die Hartz-IV-EmpfängerInnen, die ja immerhin fast ein Viertel der Berliner Bevölkerung stellen, ab sofort tatsächlich 128 Euro ihres Regelsatzes für so etwas profanes wie Nahrung ausgeben sollten, forderten sie vorsorglich schon mal einen milliardenschweren Ausgleich ihrer Umsatzeinbußen vom Senat.

Die einzige, die sich nicht beschwerte, war die Büroleiterin des Finanzsenators, die diese Diät eine Woche lang testen musste, da ihr Chef unmöglich das anstehende Gala-Diner bei Post-Chef Zumwinkel absagen konnte. Um trotzdem noch ein paar Zigaretten rauchen zu können, hatte die gute Frau heimlich auf die vorgesehenen Fleischanteile (1 Bratwurst, 100 g Hack, 1 Stück Leberkäse, 1 Scheibe Schinken, 1 Scheibe Bierschinken, Suppenfleisch) verzichtet und war zu der überraschenden Erkenntnis gelangt, dass sie nun viel schneller abnahm, als mit Kiwis Waagen-Gucker-Diät, mit der sie sich schon länger herumgequält hatte. Aber im gewaltigen Chor der Kritiker fiel diese eine positive Stimme natürlich nicht ins Gewicht.

Der arme Finanzsenator muss seither einen Maulkorb seines Bürgermeisters tragen, den er nur abnehmen darf, um seinem Körper regelmäßig Hummer, Kaviar und Champagner zuzuführen, oder was es eben so braucht, um einen Politiker auf Betriebstemperatur zu halten. Dabei hatte er doch nur den Menschen da draußen zurufen wollen, dass es gar nicht nötig ist, einen Rentner zu zerhacken, um Knastrationen zu bekommen. Und dass man nicht verhungern muss, wenn man Hunger gut verwaltet.

Hoffentlich hat wenigstens Kiwi ihn gehört. Nicht, dass da noch hässliche Schlagzeilen kommen! Andererseits: „Senator zerhackt! Kiwi: Ich hatte Hunger!" macht schon was her.

Markus Liske

TERMINE

Berlin

Di. 25. März, 20.00 Uhr
K9, Kinzigstr. 1
Keine Arbeit ohne Lohn!
Info und Diskussion zur Kampagne der FAU Berlin gegen unbezahlte Arbeit.

Do. 17. April, 19.00 Uhr
BAIZ, Christinenstraße 1
Keine Arbeit ohne Lohn!
(siehe oben)

Do. 24. April, 19.00 Uhr
BAIZ, Christinenstraße 1
Die großen Streiks. Episoden aus dem Klassenkampf
Buchvorstellung mit den Herausgebern Holger Marcks und Matthias Seiffert

Bremen

Fr. 4. April, 18.00 Uhr
Naturfreundejugendhaus, Buchtstraße 14/15
Michel Ragon: „Das Gedächtnis der Besiegten"
Michael Halfbrodt liest aus einem der beliebtesten libertären Bücher des Jahres 2007.

Fr. 7. März, 18.00 Uhr
Naturfreundejugendhaus, Buchtstraße 14/15
Selbstverwaltung in der Kommune
Vortrag und Diskussion mit einem Kommunarden aus der Unterweserregion.

Mi. 30. April, 22.00 Uhr
Naturfreundejugendhaus, Buchtsstraße 14/15
Der Tanz geht weiter!
Dem Morgenrot entgegen tanzen wir in den Mai.

Freiburg

Mi. 12. März, 20.00 Uhr
KTS, Baslerstraße 103
Was ist eigentlich Anarcho-Syndikalismus?
Die FAU-IAA stellt sich vor (mit veganer Vokü).

Do. 13. März, 20.00 Uhr
KTS, Baslerstraße 103
Zur Aktualität anarchistischer Theorie und Praxis
Veranstaltung der FAU Freiburg (mit veganer Vokü).

Karlsruhe

Veranstaltungsreihe: „Eine Klasse für sich. Streiks politisch begleiten". Alle Veranstaltungen finden statt in der „Planwirtschaft", Ecke Werderstr./Wilhelmstr.

Mi. 9. April, 20.00 Uhr
Die großen Streiks. Episoden aus dem Klassenkampf
Buchvorstellung und Diskussion mit den Herausgebern.

Sa. 12. April, 20.00 Uhr
Was kam nach dem Strike-Bike?
Bericht eines ehem. Beschäftigten aus dem Fahrradwerk in Nordhausen.

Sa. 19. April, 20.00 Uhr
Seminar zu kollektivem Arbeitsrecht
Mit einem Referenten der FAU. Anmeldung unter: www.organisiertelinke.org/sk

Weitere Termine auf Seite 7 und www.fau.org/termine/

Kittchen Business

Strafvollzug und das Übel der Privatisierung

Man muss kein ausgewiesener Gegner von Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen oder des Strafvollzugssystems an sich sein, um sich vorstellen zu können, dass Verlagerungen im Bereich des Justizvollzuges vom Öffentlichen Dienst weg und hin zur Privatwirtschaft nicht förderlich für die Situation der Gefangenen sein werden. Die Privatisierungsbestrebungen dürften drastische Verschlechterungen zur Folge haben, so dass die schon jetzt krisenhafte Lebenslage Inhaftierter sich weiter zuspitzen wird.

Spezialisten der Käfighaltung

Ende Dezember 2007 verkündete Baden-Württembergs Justizminister Goll, man habe der Firma Kötter Justizdienstleistungen GmbH & Co. KG aus Essen den Zuschlag für den teilprivatisierten Betrieb der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Offenburg erteilt. Ab voraussichtlich Mitte 2009 soll die dann fertig gestellte Anstalt in weiten Teilen von besagter Firma betrieben werden. Vor einem Jahr bekam selbige Firma ebenfalls den Zuschlag hinsichtlich des Betriebs der JVA Burg (Sachsen-Anhalt). Konkret sollen künftig die Angestellten der Firma Kötter für den Gefangeneneinkauf, die Wäscherei, die Küche, das Gebäudemanagement, die Telefonanlagen, den Freizeitbereich, Sport, Bücherei ebenso zuständig sein, wie für die ärztliche Versorgung, den Sozial- und den psychologischen Dienst.

Wer sich die Website der Firma Kötter (www.koetter.de) ansieht, entdeckt dort einen sog. „Sicherheitsrat". Nach dem Bekunden des Unternehmens ginge es bei diesem darum, „den Dialog und die Kooperation" mit unterschiedlichen Sicherheitsbereichen aufzunehmen. Berufen wurden in dieses erlauchte Gremium des Privatunternehmens u. a. General a. D. Wegener (ehem. Chef der GSG 9), Dr. Peter Frisch (ehem. Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz), Horst Heitmann (Polizeidirektor a. D.; ehem. Leiter einer Mordkommission), Klaus Homeyer (Polizeikommissar a.D.).

Als Gefangener mag man sich nicht recht ausmalen, wie Gefängnisbedienstete einem gegenübertreten, die von einem ehemaligen GSG 9-Chef geschult oder ideologisch auf ihren Dienst mit „Kriminellen" vorbereitet wurden, der erst vor wenigen Jahren dadurch auffiel, dass er Elitetruppen der NS-Wehrmacht ob ihrer Tapferkeit rühmte.

Das Kalkül des Profits

Relativ unbedarft äußerte Justizminister Goll, es würden keinerlei Aufgaben an Privatfirmen delegiert, welche „Eingriffscharakter" aufweisen; d. h., die Juristen der Anstalt sowie die Wärter, die Gefangene überwältigen und fesseln dürfen, sie alle blieben Beamte.

Aber handelt es sich bei Psychologen und Ärzten nicht auch um Personal mit „Eingriffscharakter"? Eine nur vordergründig akademische Frage. Schon jetzt macht sich nämlich bei Gefangenen die Sorge breit, künftig würden Privatfirmen (wie eben Kötter) bzw. deren Psychologen jene psychologischen Gutachten verfassen, die über Freilassung oder Vollzugslockerung entscheiden (denn die Juristen können mangels eigener Ausbildung letztlich nur den Ergebnissen der Psychologen folgen), und so wesentlichen Einfluss auf die (vorzeitige) Freilassung nehmen. Dabei dürften die jeweiligen Firmen gar kein Interesse an einer geringen Auslastung „ihrer" Anstalten haben, treten sie doch zugleich als partielle Betreiber auf. Und nur wenn die Arbeitsbetriebe, in denen die Insassen arbeiten müssen, gut ausgelastet sind, stimmt auch am Ende der Gewinn.

Die Angestellten selbst, die eigentlich die Gutachten erstellen müssen, werden sich wohl kaum von wirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen. Doch wird sich nicht schließlich der Druck des Arbeitgebers Kötter bemerkbar machen, sollte es durch zu viele positive Gutachten zu einer geringeren Belegung des Gefängnisses kommen?

In den USA oder auch Großbritannien sind viele Gefängnisse gänzlich privatisiert und deren Betreiberfirmen an den Börsen der Welt notiert – mit all den bekannten negativen Folgen für die Gefangenen, für deren Familien und letztlich für die Gesamtgesellschaft.

Thomas Meyer-Falk



Homepage:
www.freedom-for-thomas.de
Kontakt:
Thomas Meyer Falk,
c/o JVA – Z. 3113,
Schönbornstr. 32,
76646 Bruchsal

Wir sind alle SANITA

Im Januar protestierte die unabhängige Betriebsgruppe in den Amper Kliniken in Dachau gegen das repressive Vorgehen der Klinikleitung gegen das FAU-Syndikat SANITA. Das Syndikat hatte 2007 gemeinsam mit der unabhängigen Betriebsgruppe für Wirbel gesorgt, indem sie öffentlich auf die untragbaren Arbeitsbedingungen in der Klinik, die zum Rhön-Konzern, gehört, aufmerksam machten und eine Liste mit konkreten Forderungen stellten. Auf einen Informationsstand, den die FAU-Lokalföderation München in der Nähe der Klinik organisiert hatte, reagierte die Klinikleitung mit Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs. SANITA wurde nicht als im Betrieb vertretene Gewerkschaft anerkannt. Um das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung in den Amper Kliniken durchzusetzen, wird mittlerweile auch der Rechtsweg beschritten. Die Betriebsgruppe erklärte ihre Solidarität mit SANITA und forderte die Klinikleitung auf, die Gewerkschaft in Ruhe arbeiten zu lassen sowie die Anzeigen und Hausverbote zurückzuziehen. Die Erklärung endet mit folgenden Sätzen: „Wir wissen, auf wen wir uns verlassen können und auf wen nicht. In diesem Sinne: Wir sind alle SANITA!" (RO)

Mehr Infos: http://www.ungesundleben.org/privatisierung/index.php/Betriebsgruppe_AmperKliniken

Prozess vertagt

Der Prozess gegen den engagierten Ver.di-Funktionär Angelo Lucifero im Januar (siehe DA 185) wurde vorerst vertagt. Lucifero soll sich vor Gericht dafür rechtfertigen, eine Schreckschusspistole gezogen zu haben, als er während einer antifaschistischen Kundgebung in Erfurt im März 2007 zum wiederholten Male von Faschisten angegriffen wurde. Der Vorfall hatte in antifaschistischen Gewerkschaftskreisen hohe Wellen geschlagen, weil sich in der Folge führende Persönlichkeiten von DGB und Ver.di öffentlich von Lucifero distanziert hatten. Im Dezember wurde ihm dann durch Ver.di aufgrund seines antifaschistischen Engagements sogar die Kündigung ausgesprochen. Beim Prozessauftakt im Amtsgericht Erfurt solidarisierten sich mehr als 100 UnterstützerInnen mit Lucifero. Der Prozess wurde vertagt, weil der Richter Lucifero aufgrund eines Gehörschadens für verhandlungsunfähig erklärte. (RO)

Unter Zugzwang

Die plötzliche Lust von Verdi am Arbeitskampf

Man reibt sich schon verwundert die Augen, wenn man in den letzten Wochen die Nachrichten von Warnstreiks im öffentlichen Dienst liest und hört. Nicht nur, weil es sich um für deutsche Verhältnisse erstaunlich breit koordinierte Maßnahmen handelt, die sich auf beinahe alle wesentlichen Sektoren, vom Nahverkehr über Müllentsorgung bis hin zu Kindertagesstätten erstrecken, sondern weil sie gar nicht so recht an die üblichen Warnstreiks einer DGB-Gewerkschaft im Zuge von Tarifverhandlungen erinnern wollen. Denn diese sahen doch eher so aus, dass sich in der Mittagspause oder kurz vor Feierabend einige GewerkschaftsaktivistInnen vor das Werkstor stellten, in der Hand ein gedrucktes Schild mit der Aufschrift „Warnstreik", und nach 15 Minuten verlegenem Herumstehen von dannen zogen, wenn auch mit einem gewissen „denen haben wir's aber gezeigt!" im Hinterkopf. Stattdessen wird jetzt ernsthaft gestreikt. In Berlin etwa kam der gesamte Nahverkehr für fast zwei Tage komplett zum Erliegen, und das ausgerechnet über den Freitag, den 13.

Woher diese plötzliche Kampfeslust? Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ist ja nicht gerade das, was man unter einer kämpferischen Organisation versteht. Eher im Gegenteil. Oder besser gesagt: exakt, vollständig und erschöpfend das 100-prozentige Gegenteil einer Kampforganisation.

Verdi entstand 2001 als Reaktion auf die anhaltende Krise des DGB, die sich in stetem Mitgliederschwund und praktisch nicht mehr vorhandenem Engagement der Basis ausdrückte. Durch die Fusion mehrerer Gewerkschaften, darunter die größte gelbe Gewerkschaft der alten BRD, die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG), die nicht dem DGB angehörte und in direkter Konkurrenz zur ÖTV (öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) stand, sollte eine mitgliederstarke Arbeitnehmervertretung geschaffen werden, die zeitgemäßer wäre als die alten Gewerkschaftsstrukturen. Verdi verfolgte ausdrücklich das Konzept, selbst Dienstleisterin für ihre Mitglieder zu sein, mehr Lobbyist denn Gewerkschaft, weniger konfrontativ, mehr pragmatisch und kooperativ – ganz im Sinne der Sozialpartnerschaft. Unter großem Medieninteresse wurde der Zusammenschluss vollzogen, in dem nicht wenige Kommentatoren eine Zeitenwende sahen, das Ende von Arbeitskampf und Lagerdenken, da nun auch der DGB endlich in der Realität einer Gesellschaft angekommen wäre, in der es keine Klassen, sondern nur noch Schichten gäbe. Nicht von ungefähr wählte Verdi für sich die Organisationsform des eingetragenen Vereins, nicht die der Gewerkschaft.

Doch die erhofften Erfolge blieben aus. Auch Verdi liefen die Mitglieder in Scharen davon (von 2,9 auf nunmehr 2,1 Mio.), konnten doch weder neuer Name noch geändertes Konzept den rapiden Sozialabbau aufhalten. Die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge sind so weit gesunken, dass Verdi selbst mehrere tausend Stellen in seiner Verwaltung abbauen will. Schon fast hilflos wirkt da die aufwendige (und teure) Kampagne „genug gespart", mit der die Dienstleistungsgewerkschaft Sympathien und Mitglieder zurückgewinnen will.

Durch die jüngsten Streikbeispiele kleinerer unabhängiger Gewerkschaften, wie zuletzt der Lokführergewerkschaft GDL oder der Ärztevertretung Marburger Bund, muss Verdi sich nun ernsthaft in ihrer Existenz bedroht fühlen. Denn während Verdi sich z.B. im Fall der Ärzte außer Stande sah, auch nur Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu verhindern, erreichte der Marburger Bund konkrete Verbesserung; und diese Kleinstgewerkschaft ist auch noch ausgerechnet eine Verdi-Abspaltung. Die Ankündigung der GDL, sich für weitere Berufsgruppen zu öffnen und sich u.a. auch auf den öffentlichen Nahverkehr, z.B. in Berlin, auszudehnen, muss Verdi eine Heidenangst eingejagt haben. Wenn sie jetzt nicht ihren Mitgliedern beweist, dass sie etwas für sie erreichen kann, droht sie unterzugehen. Die Plötzlichkeit, Dauer und Härte des Warnstreiks in Berlin soll denn auch, glaubt man diversen Berichten, ein Schritt gewesen sein, um einer wilden Streikaktion der durch den GDL-Streik ermutigten BVGler zuvorzukommen. So ist die plötzliche Streiklust bei Verdi nicht Ausdruck des von den Medien herbei geredeten Linksrucks im Lande, sondern schlichte notwendige Reaktion auf entstandene Konkurrenz, die ganz offensichtlich das Geschäft belebt hat.

Matthias Seiffert

Im Rampenlicht

Gala gegen prekäre Arbeitsbedingungen im Kulturbereich

„Es geht darum, nicht mehr länger Nebendarsteller im eigenen Leben zu sein. Wir wollen wieder Hauptdarsteller werden." Für diesen Satz erhielt Jenny von der Gruppe „Für eine linke Strömung" (FelS) aus Berlin viel Applaus. Sie moderierte am 9. Februar die „Gala der prekären Perspektiven", die zentrale Veranstaltung der „Mir-reichts-nicht-Kampagne" während der Berlinale. Zuvor wurde beim Verdi-Bundeskongress und der zwölften Documenta im letzten Jahr die Gala der prekären Möglichkeiten aufgeführt. Dabei wurden die schlechten Arbeitsbedingungen im Kulturbereich thematisiert. Die Kampagneras und Kampagneros hatten schon Mitte Dezember vor dem Anmeldebüro der Berlinale ein Glücksrad aufgestellt und wollten mit den Menschen, die einen Job suchten, über die Arbeitsbedingungen ins Gespräch kommen (siehe DA 185).

Auf der Gala wurden verschiedene Initiativen vorgestellt, in denen sich in Deutschland, aber auch in Italien und Frankreich, Kulturprekäre organisieren. Einige wurden mit einem besonderen Galapreis, dem „goldenen Superhelden", ausgezeichnet. Darunter war das Projekt „connexx.av" bei ver.di, mit dem gezielt Kulturprekäre angesprochen werden sollen.

Es wurden verschiedene Videos und Selbstzeugnisse zu Arbeitsverhältnissen von Kartenanreißern in Kinos, Drehbuchautoren und FilmproduzentInnen vorgestellt. Ein eher peinliches Zeugnis von Ignoranz gab Robert Weber, Mitglied der Berliner Vorlesebühne „Surfpoeten", ab. Er könne mit der Litanei von der „Selbstausbeutung von Künstlern" nichts anfangen: „Ich mache genau dasselbe, was ich schon gemacht habe, als ich noch arbeitslos war." Positiv war daran nur, dass Weber hier etwas ausgesprochen hat, was durchaus im Bereich der Kulturprekären verbreitet ist: Man fühlt sich als etwas besseres oder zumindest etwas ganz anderes als die übrigen Lohnabhängen. Und wie soll man ausgebeutet sein, wenn die Tätigkeit doch Spaß macht und es sich außerdem noch um Kunst handelt?

Solange solche Vorstellungen in den Köpfen von Betroffenen verbreitet sind, sind Gegenwehr und Widerstand schwer zu organisieren. Es ist das Verdienst der „Mir-reichts-nicht-Kampagne", hier Gegenpositionen aufgezeigt zu haben. Ob sich daraus ein kontinuierlicher Organisierungsprozess im Kulturbereich entwickelt, ist allerdings noch völlig offen.

Wie organisieren?

Events wie die „Gala der prekären Perspektiven" können hier nur die Aufgabe haben, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Das zumindest ist ganz gut gelungen, da fast alle Berliner Zeitungen berichteten. Das lag aber auch am Neuigkeitswert. Wenn die Gala das dritte oder vierte Mal wiederholt wird, werden die Pressemeldungen spärlicher sein. Die Kärrnerarbeit der Organisierung von Betroffenen beginnt dann, wenn die Kameras und Mikrophone eingepackt sind.

Dabei gibt es natürlich viele Schwierigkeiten. Da wäre zunächst die Frage, ob sich eine Drehbuchautorin mit einem Kinokartenanreißer solidarisch erklärt. Solange Kulturprekäre sich immer einreden, sie machen die schlecht bezahlte Arbeit nur kurze Zeit und steigen dann auf, wird es schon schwerer mit dem gemeinsamen Organisieren. Denn diese Aufstiegshoffnungen kann eine junge Filmproduzentin oder ein Drehbuchautor – wenn auch oft genug vergeblich – hegen, nicht aber die Reinigungskräfte und Wachschutzleute. Dabei muss man die soziale Lage der Kampagnen-AktivistInnen selber in den Blick neben. Ein Teil von ihnen gehört zum sog. Kulturprekariat im Bereich Film und neue Medien. Sie beherrschen daher deren Sprache und Codes, wie auf der Gala deutlich wurde. Reinigungskräfte, zum Beispiel, waren dort augenscheinlich nicht vorzufinden. Die gehören auch nicht zum Kulturprekariat, nur weil sie die beschissenen Jobs zufällig im Kino oder im Theater machen.

Eine Organisierung lässt sich aber nur dann effektiv gestalten, wenn die Beschäftigten – und nicht nur die Kulturprekären – ihre momentane schlechte Arbeitssituation zur gemeinsamen Ausgangslage machen und sich Letztere nicht mit Hoffnungen und Versprechungen auf eine bessere Zukunft ruhig stellen lassen. In einer erfolgreichen Kampagne müssten diese Probleme offen angesprochen und diskutiert werden. Daran wird sich zeigen, ob den Organisierungsbemühungen ein langfristiger Erfolg beschieden ist. Wünschenswert wäre es allemal, denn schließlich ist der Kultursektor eine Art Vorreiter in Sachen Deregulierung der Arbeitsverhältnisse.

Peter Nowak

Infos im Internet unter:
www.mirreichts-nicht.org

Moderne Tragödien

Der Berliner Friedrichstadtpalast macht massiv von unbezahlter Arbeit Gebrauch. Interview mit einer Praktikantin.

Mit „Traumrolle hinter den Kulissen" betitelte der Tagesspiegel Ende des letzten Jahres einen Artikel, in dem über den Einsatz von erwerbslosen Jugendlichen im Berliner Friedrichstadtpalast berichtet wurde. Im Rahmen des TIVI-Projektes (Testen, Informieren, Vermitteln, Integrieren), einer Kooperation zwischen dem Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg und dem freien Ausbildungsträger und Personalvermittler Aktionszentrum Multimedia GmbH (AMM), werden sie an die größten Revue-Theater Europas vermittelt, um sich dort „in vielen verschiedenen Jobs beweisen zu können". Laut Tagesspiegel reagierten die Jugendlichen geradezu euphorisch auf diese Möglichkeit. Von einem „Traumjob" ist die Rede. „Als Unternehmen des Landes Berlin dürfe man nicht an den sozialen Problemen der Stadt vorbeigehen", meinte dazu seiner Zeit der kaufmännische Geschäftsführer des Friedrichstadtpalastes, Guido Herrmann. Eine Fallmanagerin ergänzte: „Sie müssen schon Motivation zeigen und Lust haben zu arbeiten." Die Arbeit im Theater setze Flexibilität voraus. Das Praktikum sei eine „Riesenchance", meinte eine neunzehnjährige Praktikantin, die Cowboy-Hüte mit Strass verzieren und Kindern beim Anziehen von Pinguin-Kostümen helfen durfte. Der Friedrichstadtpalast sei schließlich eine „prima Empfehlungsadresse". Also eine Win-Win-Win-Situation für alle Beteiligten?



Foto: Vera Drake

Die DA führte ein Interview mit einer Frau mit abgeschlossener Kunstausbildung, die 2007 die Erfahrung eines solchen Praktikums im Friedrichstadtpalast machen durfte. Sie möchte anonym bleiben, um sich vor Repression durch das Jobcenter zu schützen.

Erzähl doch erst einmal, wie du dazu gekommen bist, im Friedrichstadtpalast zu arbeiten, und wie lange du dort warst?

Ich wurde vom Arbeitsamt über das TIVI-Projekt zum Friedrichstadtpalast vermittelt. Eigentlich sollte meine Praktikantinnentätigkeit auf sechs Monate beschränkt sein, ich war aber im Endeffekt neun Monate dort, da mein Vertrag nach dem Auslaufen nochmals verlängert wurde. Am Anfang haben wir sehr viel gelernt, allerdings eher von den vorherigen PraktikantInnen als von den Festangestellten. Nach einiger Zeit hatte ich das Gefühl, nichts mehr dazu zu lernen; der Arbeitsablauf wurde alltägliche Routine.

Welche Tätigkeiten musstest du verrichten, hast du auch tragende Aufgaben im Betriebsablauf übernommen?

Die anderen PraktikantInnen und ich waren für den Friedrichstadtpalast ohne Frage unabkömmlich. Wir haben die gleichen Aufgaben wie die Festangestellten ausgeführt und haben viele Tätigkeiten gemacht, die die Festangestellten als zu nervig empfunden haben. Wir haben von Farbenanmischen über Lackieren, Streichen, Vorzeichnen, Schablonieren, Modellieren, Versiegeln, Tapezieren, Ausbesserungs- und Übertragsarbeiten bis hin zum maßstabsgetreuen Vergrößern von technischen Zeichnungen und Bühnenbildern alles Mögliche machen müssen. Vor allem letzteres ist eine Aufgabe, die explizit nur von ausgebildeten BühnenbildnerInnen ausgeführt werden sollte. Die Arbeitsschutzmaßnahmen waren sehr schlecht. Wir erhielten während des Umgangs mit giftigen Chemikalien (wie Lacken, Klebstoffen und bei Sprüharbeiten) nur auf Nachfrage einen unzureichenden Mundschutz.

Wie viel Geld hast du für deine Arbeit bekommen, wovon hast du in der Zeit generell deinen Lebensunterhalt bestritten?

Die ProjektteilnehmerInnen haben vom AMM monatlich eine Leistungsprämie in Höhe von 100 Euro und ein Sozialticket in Höhe von 33,50 Euro erhalten. Meinen Lebensunterhalt musste ich trotz einer mich völlig auslastenden Arbeit von 36 Stunden pro Woche mit Arbeitslosengeld II bestreiten. Die PraktikantInnen außerhalb des TIVI-Projektes bekamen weder die Leistungsprämie noch das Sozialticket. Ich weiß auch von vielen anderen, dass sie viele unbezahlte Überstunden machten und ihnen trotzdem kein freier Tag bewilligt wurde.

Wie war die Atmosphäre im Betrieb, gerade auch zwischen den PraktikantInnen und den Festangestellten?

Das Verhältnis unter den Festangestellten war von einer starken Hierarchie geprägt. Ich habe oft miterlebt, wie ein Festangestellter runtergemacht worden ist. Einige Festangestellte waren gegenüber den PraktikantInnen überaus unfreundlich und unfair. Ich hatte häufig das Gefühl, dass sie ihre schlechte Laune an den PraktikantInnen ausließen. Die Bildungsdienstleistenden des Arbeitsamtes, welche uns eigentlich unterstützen sollten, aber eher Kontrolle ausübten, kamen und gingen, wann sie wollten, und halfen uns in keiner Weise. Zwischen diesen und den PraktikantInnen war die Stimmung sehr schlecht. Das Arbeitsklima zwischen den PraktikantInnen war hingegen von einem starken Zusammenhalt geprägt.

Eine der Frauen, die vom Jobcenter geschickt wurde, um uns zu helfen, ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Sie unterstützte uns in keiner Weise, sondern behandelte uns eher wie kleine Kinder, denen man keinen Respekt entgegenbringen müsse. Sie meinte, wir dürften uns nicht beschweren und sollten froh sein, dass wir im Friedrichstadtpalast arbeiten können. Außerdem seien einige von uns schon über fünfundzwanzig und wir hätten deshalb sowieso nur noch Chancen auf Hartz IV und Ein-Euro-Jobs. Viele von uns wurden dadurch stark entmutigt, was die weitere Jobsuche betrifft.

Ich dachte immer, die SachbearbeiterInnen des Arbeitsamtes wären dazu da, uns Mut zu machen und uns in eine Arbeit zu vermitteln. Manchmal wurden einem auch die sowieso schon viel zu geringen Leistungsprämien wegen Kleinigkeiten entzogen. Wenn man beispielsweise krank wurde und sich bei seinem Vorgesetzten abmeldete, konnten einem die SachbearbeiterInnen – je nach Lust und Laune – die Leistungsprämie streichen. Bei einer Vertragsverlängerung verlor man automatisch die gesammelten Urlaubstage aus dem Vorgängervertrag, ohne dass dies vorher angekündigt worden wäre.

Mein direkter Vorgesetzter war allerdings sehr fair und hat uns mit Respekt behandelt. Er riet uns des Öfteren, dass wir uns Zeit nehmen sollten, um uns um unsere Zukunft zu kümmern. Er half uns sogar beim Schreiben von Bewerbungen und suchte auch manchmal Jobangebote für PraktikantInnen heraus. Er war sehr an unserer weiteren Berufslaufbahn interessiert.

In anderen Bereichen sah das aber ganz anders aus. Die Chefin einer Werkstatt war z. B. ausgesprochen inkompetent, sowohl was den Umgang mit den PraktikantInnen als auch was die Verrichtung ihrer eigenen Arbeit angeht, welche dann oft durch andere Beschäftigte erledigt werden musste.

Wie hat sich der Unmut der ArbeiterInnen ausgedrückt? Gab es Widerstand gegen die miserablen Arbeitsbedingungen? Wenn ja, berichte doch mal.

Von Widerstand gegen die Arbeitbedingungen ist mir nichts bekannt. Ich glaube, dass niemand riskieren wollte, das Arbeitsklima weiter zu verschlechtern. Deshalb machten viele der ArbeiterInnen gute Miene zum bösen Spiel. Auch den Festangestellten kam es nicht in den Sinn, den Mund auf zumachen, wahrscheinlich, um nicht zur Zielscheibe für ihre Vorgesetzten zu werden.

Gab es deinem Eindruck nach eine reelle Chance für dich, dort dauerhaft und ausreichend bezahlt arbeiten zu können?

Uns wurde von Anfang an gesagt, dass es keine Aussicht auf eine Festanstellung gibt. Der Friedrichstadtpalast entlässt momentan eher Leute, als dass er welche einstellt. Ich glaube, dass in naher Zukunft noch viel mehr PraktikantInnen wie ich dort arbeiten werden. Sogar die Lehrlinge haben keine Chance auf eine Festanstellung. Dies ist für mich eine Sauerei, weil die Lehrlinge neben den PraktikantInnen ein sehr wichtiges Standbein des Friedrichstadtpalasts bilden. Einige der Shows hätten niemals ohne sie aufgeführt werden können. Der Lehrling in unserem Bereich war hoch qualifiziert und hat uns sehr viel gezeigt und beigebracht. Fast alle Bereiche im Friedrichstadtpalast, von Kostüm bis Plastik, wären ohne Hilfe der PraktikantInnen und Lehrlinge niemals bis zur Deadline für eine Aufführung fertig geworden.

Wie sieht nun deine weitere Zukunftsplanung aus? Siehst du denn generell für dich eine Chance, in deiner Branche einen Job zu finden, von dem du Leben kannst?

Ohne Kontakte ist es in Berlin sehr schwer, einen Job in der Kunstbranche zu finden. Viele der Unternehmer bevorzugen unbezahlte PraktikantInnen, Ein-Euro–Jobber oder Leute, die auf 400-Euro-Basis arbeiten. Ich finde es außerdem sehr krass, was für Anforderungen manche Arbeitgeber schon für ein Praktikum stellen. Früher war ein Praktikum zum Ausprobieren und einarbeiten da, doch heute ist es häufiger als Ersatz für einen regulären Arbeitsplatz gedacht. Ich bin überzeugt davon, dass Berlin nur deshalb als Kunst-und-Kultur-Hauptstadt bezeichnet wird, weil es sehr viele hoch motivierte PraktikantInnen, Ein-Euro-JobberInnen und auf 400-Euro-Basis arbeitende Menschen gibt. Meinen Erfahrungen nach würde in Berlin keine Revue, kein Theaterstück oder sonstiges ohne die Mitarbeit dieser Menschen laufen.

Interview: Redaktion BuG



Microsoft patentiert Mitarbeiterkontrolle

Wie erst kürzlich bekannt wurde, hat Microsoft im Jahre 2006 einen Patentantrag bei der US-Patentbehörde eingereicht, der eine softwareseitige Überwachung von Menschen am Arbeitsplatz zum Ziel hat. Das System besteht aus einer Kombination verschiedener an den Arbeitsplatzrechner angeschlossener Sensoren, die eine Reihe von physikalischen Daten der Überwachten aufzeichnen, und einer zugehörigen Software zur Auswertung der gewonnenen Daten. Zu den erfassten Körperfunktionen gehören u. a. der Herzschlag, der Hautwiderstand, die Gehirnaktivität, der Muskelstrom, die Körpertemperatur, der Blutdruck und die Mimik.

Nach Bekanntwerden des Patentes erklärte Microsoft gegenüber der Presse, es handele sich bei dem System ausschließlich darum, Krisensituationen bei Beschäftigten frühzeitig zu erkennen und über die Software Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Derartige Methoden würden bereits jetzt bei Piloten und Astronauten eingesetzt. Wann Microsoft dem Patentantrag ein vermarktungsfähiges Produkt folgen lassen will, ist derzeit nicht bekannt.

Britische Polizei bläst zum Kreuzzug gegen offene Hotspots

Offene Funknetze sind eigentlich eine prima Sache. In einer Welt, in der ansonsten alles zur Ware verkommen ist, laden Leute einfach irgendwelche Wildfremden dazu ein und teilen ihre drahtlosen Netzwerkzugänge mit ihnen. Und das nicht nur, weil sie versehentlich ihre Zugangsrouter nicht richtig gesichert haben, sondern mit voller Absicht. Hierzulande steht diese Entwicklung noch ziemlich am Anfang, Großbritannien hingegen ist eine Hochburg des freien WLAN-Zugangs. Geschätzte mehr als acht Millionen Hotspots laden dort zum Mitsurfen ein. Die sind der Polizei ein Dorn im Auge, weil sie es den Überwachungsbehörden schwer machen, alles und jede/n bei Bedarf zu kontrollieren. Ein unerträglicher Zustand in einem Land, in dem es mittlerweile beinahe mehr Überwachungskameras gibt als Einwohner und wo gerade Feldversuche mit implantierten Satellitenortungs-Transpondern für StraftäterInnen erfolgreich abgeschlossen wurden. In der britischen Presse wurde jüngst von interessierter Seite eine groß angelegte Medienkampagne gegen freie WLAN-Hotspots lanciert. Die Polizei, so war etwa in der «Times» zu lesen, betrachte das Mitsurfen auf offenen Hotspots als „ernstes Vergehen", weil Surfer beispielsweise „Pornografie und illegale Bilder laden können, ohne gefasst zu werden". Weil die staatlichen Stellen angesichts von rund elf Millionen Hotspot-Surfern bei ihrem Kreuzzug erfreulicher Weise ins Hintertreffen zu geraten drohen, soll hier, wie bereits bei der Kryptographie (DA 184), die Unschuldsvermutung de facto abgeschafft werden. Wenn der Inhaber eines Hotspots nicht nachweisen könne, dass ein Mitsurfer und nicht er oder sie selbst „illegale Inhalte" geladen habe, würde eben der Betreiber des Hotspots haftbar gemacht.

Spionage-Check gegen Überwachung am Arbeitsplatz

Die Zahl der Firmen, die in den beiden letzten Jahren Systeme zur Überwachung des E-Mail-Verkehrs und der aus dem Firmennetz aufgerufenen Websites installiert haben, wächst rapide. Ebenso wächst die Anzahl der Firmen, in denen es Betriebsvereinbarungen oder arbeitsvertragliche Regelungen zur privaten Nutzung des Internet gibt. Solche Vereinbarungen sehen in der Regel vor, dass die Firmenleitung zumindest stichprobenartig den Inhalt des E-Mail-Verkehrs überprüfen darf. Daneben gibt es auch eine zunehmende Zahl von Überwachungsmethoden, die sich im juristischen Graufeld bewegen oder eindeutig illegal sind. Dazu gehört beispielsweise die Raumüberwachung von Gesprächen mit Hilfe von modernen Telefonanlagen oder die Benutzung von sog. Keyloggern, also Kombinationen von Hard- und Software, die jede Tastatureingabe oder jeden Bildschirminhalt aufzeichnen. Die Zahl der Abmahnungen und Kündigungen auf Basis von Indizien, die durch Arbeitsplatzüberwachung gewonnen wurden, steigt deutlich.

Auf den Seiten von www.spionagecheck.de sind in aufbereiteter Form ausführliche Informationen darüber zu finden, was in den Firmen heute technisch möglich ist und auch praktiziert wird. Dort werden die jeweils verschiedenen Bereiche von Überwachung und Kontrolle genauso beschrieben, wie die Möglichkeiten der Risikominimierung. Die Website wird von ver.di unterstützt, deshalb ist es naheliegend, dass dort empfohlen wird, sich im Falle von Problemen an den Betriebsrat zu wenden. Allerdings ist dies auch nicht immer eine Lösung: Uns wurde erst kürzlich ein Fall bekannt, in dem ein Administrator einer Behörde im Auftrag des Amtsleiters telefonische Raumüberwachungen durchführte. Der Administrator ist zugleich Vorsitzender des Personalrates.

DHL gibt Daten an US-Behörden weiter

Bereits seit mehreren Jahren gibt das Logistik-Unternehmen DHL, eine Tochter der Deutschen Post, Sendungsdaten an US-Behörden weiter. So werden beispielsweise der Absender, der Empfänger und – sofern vorhanden – der Inhalt der Sendungen an die US-Zoll- und Grenzbehörde (CBP) gemeldet, noch bevor die Sendung in den USA eingetroffen ist. Die Zollbehörden der USA dürfen diese Daten an mehrere hundert weitere Einrichtungen weitergeben und mit kommerziellen Datenbanken abgleichen.

In der BRD und Österreich widerspricht diese Praxis dem Briefgeheimnis, was ein Grund dafür sein dürfte, warum DHL in seinen Geschäftsbedingungen an keiner Stelle über die Datenweitergabe aufklärt und das Einverständnis des Absenders abfragt. Diese Praxis soll nun nachträglich legalisiert werden. Derzeit finden hinter verschlossenen Türen Verhandlungen um ein internationales Postabkommen statt, dessen Ziel es ist, einen neuen Standard zu schaffen, der den Wünschen der US-Regierung entspricht.

Mitmachen: Beiträge für diese Rubrik, insbesondere Infos zu Überwachung am Arbeitsplatz bitte an *da-bruder@fau.org*. PGP/ GPG-Key auf Anfrage.

Kapitaler Abschaum

Der Stadtteil als Terrain des Klassenkampfes. Interview mit dem Gentrifizierungsexperten Neil Smith.

Foto: Vera Drake

Das Interview erschien zunächst in: *MieterEcho*, Nr. 324 (Okt. 2007). Wir danken der Redaktion für die Bereitstellung. Geführt wurde das Interview von Andrej Holm; Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: Jens Sambale & Volker Eick; zweite redaktionelle Bearbeitung: Redaktion BuG. Homepage des MieterEchos, der Zeitung der Berliner MieterGemeinschaft e.V: www.bmgev.de/mieterecho.



Gentrifizierung („Veredelung") bezeichnet in der Stadtsoziologie einen Prozess der Aufwertung innenstadt-naher Wohngebiete, der mit einer Veränderung des Wohnumfelds und des Bevölkerungsgepräges einhergeht. Seit längerem in der Soziologie diskutiert, gelangte das Konzept im letzten Jahr zu bemerkenswerter Aufmerksamkeit, als die Beschäftigung mit Gentrifizierung als Tatverdacht für die „Bildung einer terroristischen Vereinigung" nach §129a StGB herhalten musste (Näheres dazu auf: www.einstellung.so36.net). Solche Ereignisse machen deutlich, dass es sich bei Gentrifizierung nicht einfach nur um „normale" Marktprozesse handelt, sondern ebenso um sozial umkämpftes Terrains. Prof. Dr. Neil Smith (Prof. für Anthropologie und Geografie an der City University von New York) beschäftigt sich seit langem mit Gentrifizierung. Seine polit-ökonomische Analyse geht davon aus, dass Gentrifizierung sich bis heute zu einem globalen Projekt des „revanchistischen" Staates entwickelt hat. Eines Staates also, der die Stadt für ihre „rechtmäßigen" Bewohner, das immobilienbesitzende Stadtbürgertum, zurückerobert. Aspekten des Klassenkampfes kommt somit in der Gentrifizierung eine zentrale Bedeutung zu. Wir veröffentlichen an dieser Stelle ein Interview mit dem New Yorker Gentrifizierungskenner.

Wie lassen sich die grundsätzlichen wohnungswirtschaftlichen Prinzipien von Entwicklungen der Gentrifizierung beschreiben?

Gentrifizierung finden wir als Phänomen v.a. in den städtischen Teilräumen, in denen zuvor die städtische Infrastruktur vernachlässigt wurde. Das bedeutet auch, dass damit Gebiete geschaffen werden, die profitabel „erneuert" werden können. In den frühesten Formen betraf dies verfallende Arbeiterquartiere nahe der städtischen Zentren, die von Haushalten der (gehobenen) Mittelschicht kolonialisiert bzw. re-kolonialisiert wurden. Das führte dann zur Verdrängung und Räumung der bestehenden Bevölkerung. Als der zentrale Mechanismus dahinter kann die „Ertragslücke" angesehen werden. Wenn in Quartiere nicht mehr investiert wird, sie also Desinvestition erfahren, verringert sich dort die erlösbare Grundrente, was bedeutet, dass die Grundstückspreise sinken. Wenn diese Desinvestition anhält, vergrößert sich die Lücke zwischen der aktuell erlösbaren Grundrente und der Grundrente, die erzielt werden könnte, wenn in das Gebiet reinvestiert würde. Das geht so lange, bis es wieder attraktiv wird, in das Quartier zu investieren.

Diese „Ertragslücke" entsteht überwiegend durch Bewegungen des Marktes. Aber staatliche Politik kann dabei eine ebenso zentrale Rolle spielen, so dass Anreize für Des- oder Re-Investitionen geschaffen werden. Integrale Bestandteile dieses zunächst ökonomischen Wandels sind dann soziale und kulturelle Verschiebungen, die die Art der Läden, das Warenangebot und die öffentlichen Räume in solchen Gebieten verändern. In Berlin wurden frühe Beispiele u.a. in Schöneberg und Kreuzberg registriert, doch der Fall der Mauer hat einen immensen Bestand an Wohnungen auf den Markt geworfen, der zuvor von umfangreichen Desinvestitionen betroffen war. Das wiederum führte dann zu umfassender Gentrifizierung in Prenzlauer Berg und Mitte.

Wir beobachten in den vergangenen Jahren v.a. in vielen als problematisch geltenden Vierteln Quartiersprogramme, die zur „sozialen Stabilisierung" beitragen sollen. Eine Strategie ist die gezielte Ansiedlung von kreativen Gruppen. Das Konzept sind oft sog. „Zwischennutzungen", temporäre Gewerberaumangebote zu sehr günstigen Preisen. Passen solche Strategien in die Aufwertungsdynamik von Gentrifizierung?

Seit den 1970ern hat sich Gentrifizierung von einem marginalen, fragmentierten Prozess im Wohnungsmarkt zu einer durchdachten und systematischen Stadtentwicklungspolitik entwickelt, einer umfassenden Städtebau-Strategie, die nun auch die Bereiche Erholung, Handel, Beschäftigung und Kultur umfasst. Als eine verallgemeinerte Strategie für Urbanität webt Gentrifizierung nicht nur die Interessen der Stadtverwaltungen, Projektentwickler und Vermieter zusammen, sondern auch die Interessen der Konzerne und der kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen, die gut ausgebildetes Personal brauchen. Gentrifizierung ist darüber hinaus das paradoxe, aber logische Resultat der ökologisch motivierten Forderung nach städtischer Dichte. Das ist die eine Seite.

Aber diese großräumlichen Strategien sind in sehr viel lokalere Initiativen integriert und in der ganzen Welt sind Stadtverwaltungen von der Idee der „kreativen Stadt" gefesselt. Dabei versuchen sie, die sog. „kreative Klasse" wie Künstler, Intellektuelle, Unterhaltungskünstler, Designer und High-Tech-Ingenieure in spezifischen, gentrifizierenden Stadtteilen anzusiedeln. Pionier dieser Entwicklung war vermutlich die Lower East Side in New York, wo Vermieter, die in den frühen 1980ern nicht in der Lage waren, ihre Gewerbeimmobilien zu vermieten, diese günstig mit Fünfjahresverträgen an KünstlerInnen vergaben. Da für Gewerbemietverträge keine Mietpreisbindung existiert und sich das Gebiet in eben jenen fünf Jahren rapide gentrifizierte, forderten die Vermieter nach Ablauf der Verträge Mieterhöhungen um 400, 600 und sogar 1000%. Die Künstler hatten ihre Arbeit als Sturmtruppen der Gentrifizierung getan und wurden nun selbst verdrängt. Diese lokale Strategie erfreut sich besonderer Popularität in Städten, wo der Mieterschutz stärker ausgeprägt ist bzw. wo generell die staatliche Regulierung des Wohnungsmarkts ausgeprägter ist. Die Gentrifizierung Berlins verläuft bspw. fragmentierter und langsamer ab als die in New York oder London.

In der Gentrifizierungsdiskussion werden Warnungen teilweise mit dem Argument abgeblockt, dass die soziale Struktur, der Nachbarschaftscharakter und das schlechte Image von manchen Gegenden den Lebensentwürfen von Pionieren und Besserverdienenden entgegenstehen. Kennen Sie Beispiele, in denen die Sozialstruktur einer Nachbarschaft „zu schlecht" für einen Gentrifizierungsprozess war?

Ob Universitätsviertel oder andere Quartiere, Studierende sind Teil des Prozesses, Gebiete „zu knacken", deren Kolonisierung etablierte AkademikerInnen scheuen. Die Frage, ob ein bestimmtes Quartier gentrifiziert wird, hängt einerseits von der Größe der „Ertragslücke" und den Besonderheiten der dortigen Politik ab, andererseits aber auch von den Gegebenheiten vor Ort. Ist die „Ertragslücke" erst mal groß genug, dann ist wohl kein Quartier „zu schlecht" für die Gentrifizierung. Andererseits gibt es keine Garantie dafür. Man betrachte Harlem in New York City: Während der 1960er und 1970er war Harlem ein internationales Symbol des Niedergangs der Stadt, eine „üble Gegend". Dies war nicht zuletzt ein Resultat des Rassismus, denn Harlem war in den 1980ern zu 97% von Afro-AmerikanerInnen bewohnt. Vor über 20 Jahren führte ich ein Interview mit einem afro-amerikanischen Bürokraten, dessen Aufgabe darin bestand, Harlem zu gentrifizieren. Er sagte: „Wenn Harlem gentrifiziert werden soll, muss der Weiße Mann sich wirklich in den Griff bekommen". Heute wird Harlem intensiv gentrifiziert. Afro-amerikanische AkademikerInnen, Studierende, Anwälte, weiße Yuppies ziehen dorthin – und die Grundstückspreise explodieren. Wenn also selbst Harlem gentrifiziert werden kann, so ist wohl kein Gebiet sicher.

Allerdings werden Gebiete auf unterschiedliche Weise gentrifiziert. Einige Strategien haben verhängnisvolle Folgen, während andere langsamere Gentrifizierungen nach sich ziehen. Einige wirken hochgradig exklusiv und ausschließend, während andere Quartiere unter Umständen länger stärker gemischte Szene-Kieze bleiben. Dies hängt von vielen Faktoren ab, wie der Eigentümerstruktur und staatlichen Regulationsmechanismen, von der Klassenstruktur und dem Klassenzusammenhalt, von der Bewohneropposition und unternehmerischen Initiativen. Was alle diese verschiedenen Erfahrungen verbindet, ist die Veränderung in der Klassenstruktur und das mehr oder minder große Maß an Vertreibung (ob direkt oder indirekt), das darauf folgt.

Wie sehen Sie heute das Verhältnis von nachfrage- und angebotsseitigen Ansätzen? Ist Gentrifizierung ein Wohnungsverwertungs- oder ein Yuppieproblem?

Auf der Lower East Side lautete einer der Anti-Gentrifizierungs-Slogans in den 1980ern: „Die Yuppie Scum" („Stirb, Yuppieabschaum"). Es war ein effektiver Slogan, um Yuppies abzuschrecken, und in der Tat geriet der Gentrifizierungsprozess in dem Gebiet ins Stocken, bis die Stadt begann, Obdachlose und Demonstranten zu räumen. Doch Anti-Yuppie-Slogans stellen keine Analyse dar. Selbst Yuppies haben relativ begrenzte Wahlmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Im Kontrast dazu genießen Kapitaleigner, die entschlossen sind, ein Gebiet zu gentrifizieren und zu entwickeln, eine Menge Wahlmöglichkeiten. Das betrifft zum einen die Wahl der Quartiere, die sie mit dem Ziel der Gentrifizierung „konsumieren" wollen; und es betrifft zum anderen die Art der Wohnungen und anderen Einrichtungen, die sie „produzieren", damit der Rest von uns sie „konsumiert". Es besteht eine riesige Asymmetrie zwischen der Macht der kapitalistischen Konzerne auf dem Markt und der „Macht" von jemanden, der versucht, eine Wohnung mit einem durchschnittlichen Einkommen zu mieten. Daher ist die Frage nach dem Konsum und der Verfügbarkeit der Konsumenten keineswegs irrelevant, aber der viel größeren Macht des Kapitals nachgeordnet.

Was bedeutet Ihr ökonomischer Blick auf Gentrifizierungsprozesse für Stadtteilarbeit? Welche Konflikte sind zentral und welche Koalitionen sind notwendig?

Lokale Strategien sind unerlässlich und müssen Verdrängung, Räumung und den Verlust von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen in solchen Nachbarschaften hervorheben, in denen die bestehende Arbeiterklasse strandet. Aber solche Kämpfe müssen auch immer die globale Situation im Auge behalten. Gentrifizierung ist eine Strategie innerhalb der Globalisierung selbst geworden. Globalisierung umfasst das Bemühen, eine globale Stadt zu schaffen, Kapital und Touristen anzuziehen, und Gentrifizierung ist dafür das zentrale Mittel. Einige Stadtteilaktivisten haben versucht, Schmalspur-Gentrifizierer zu mobilisieren, um urbane Erneuerungsprojekte im großen Maßstab zu bekämpfen, aber das ist selbst eine Gentrifizierungsstrategie, die darauf abzielt, Quartiere für die sog. „kreative Klasse" zur Verfügung zu stellen. Das Gleiche kann von den „Erneuerungsstrategien" der EU gesagt werden. Insbesondere in Großbritannien ist der Begriff „Erneuerung" zu kaum mehr als einem anderen Wort für Gentrifizierung geworden. Eine freundliche und behutsame Räumung ist immer noch eine Räumung. Ich glaube, wir müssen anfangen, in Begriffen wie „Mieterkollektiv" und „Stadtteilräte" zu denken.

Solche Organisationen sollten mehr und mehr die Verantwortung für den Wohnungsbestand in ihrer Nachbarschaft übernehmen und gleichzeitig die lokale Machtbasis organisieren. Aber zusätzlich zur lokalen Organisierung sollte man mit den globalen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit zusammenarbeiten. Die Wohnungsfrage ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit, und Gentrifizierung ist Teil einer größeren globalen Kapitalakkumulation. Heutzutage werden viele Gentrifizierungsprojekte von internationalen Kapitaleignern entworfen, gebaut und finanziert, und zwar auf der Grundlage von Entscheidungen, die im weltweiten, nicht lokalen Maßstab getroffen werden.

Solch ein Zusammenschluss zwischen den Kämpfen kann extrem bedrohlich werden. Die jüngste verzweifelte Beschwörung von §129a zeigt das deutlich. Der „Terrorismus"-Vorwurf gegen sieben Personen, darunter einige, die zu Gentrifizierung forschen, demonstriert klar, wie bedrohlich diese Verbindungen sein können. Klassenpolitik wird mit Terrorismus gleichgesetzt. Unsere Antwort darauf sollte lauten, die Verbindungen zwischen AktivistInnen auf unterschiedlichen Ebenen zu intensivieren und gleichzeitig die hysterische Gleichung des Staats zwischen Klassenopposition und Terrorismus zurückzuweisen.

Wieder Fahrradproduktion in Nordhausen

Ab dem 1.Mai sollen in Nordhausen wieder Fahrräder produziert werden. Ein Teil der Belegschaft der ehemaligen „Bike-Systems GmbH" bereitet momentan die Gründung einer Fahrrad-Manufaktur in einem Gebäude der alten Fabrik vor. Dabei handelt es sich um den gleichen Personenkreis, der auch die Produktion des Strike-Bikes ermöglichte. Zunächst war auch die Gründung einer Genossenschaft im Gespräch, dies musste allerdings verworfen werden, weil die Geschäftspartner einen Kapitalrückhalt als Voraussetzung für eine Kooperation verlangen. Dieses Kapital wird nun von vier Gesellschaftern gestellt, welche im Fahrradwerk beschäftigt waren. Es wird eine Jahresproduktion von 20-25.000 Fahrrädern angestrebt. Der Betrieb soll formal zwei Geschäftsführer haben. Weder diese noch die Gesellschafter werden jedoch über besondere Weisungsbefugnisse verfügen. Vielmehr sind gleiches Mitspracherecht für alle ArbeiterInnen und ein Einheitslohn vorgesehen. „Wenn sich der Betrieb hält und nach einem Jahr Gewinne macht, soll die Belegschaft entscheiden, was damit passiert, ob sie investiert oder verteilt werden oder was auch immer", ließ Andre Kegel in der Tageszeitung Junge Welt wissen. Es bleibt abzuwarten, ob es den KollegInnen gelingt, sich einem langsam etablierenden „Pragmatismus" zu widersetzen – vielfach hatte sich ein solcher im Tagesgeschäft selbstverwalteter Betriebe Bahn gebrochen, so dass von den Idealen der Gründerzeit nach einigen Jahren nicht mehr viel übrig geblieben war. Der Unterstützerkreis der FAU ist an der Entwicklung seit dem Ende der Strike-Bike-Produktion nicht mehr direkt beteiligt. Der weitere Prozess wird selbstverständlich interessiert und mit Sympathie für die KollegInnen verfolgt. Die Gewährleistung für das Strike-Bike gilt natürlich nach wie vor. Wer Probleme mit seinem Fahrrad hat, kann sich unter fahrradwerk@gmx.de melden. (RO)

Ins Netz gegangen

Linke Internet-Provider geraten zunehmend unter Druck.

Wirklich neu und einzigartig ist die Geschichte leider nicht. Internet-Projekte wie z.B. Nadir.org, SO36.net oder PUK.de werden immer wieder von Anwälten belästigt, vor Gericht gezerrt oder von Repressionsorganen genervt. Im letzten Jahr hat es dann wieder mal FREE! erwischt. Seit 1994 ist FREE! im Internet. Nur ein Jahr später gab es die erste Zensurdrohung. 2008 ist die Lage nicht besser geworden, ganz im Gegenteil. Auch ohne Vorratsdatenspeicherung und den ganzen Überwachungsterror reichen auch schon lange vorhandene Rechtsmittel aus, um Leuten das Leben schwer zu machen und sie von sinnvollen Dingen abzuhalten.

Gesinnungsjustiz

Die kostenpflichtige Abmahnung ist so ein Rechtsmittel. Im Mai 2007 erhielt FREE! eine solche von einem einschlägig bekannten Anwalt aus Uslar (bei Göttingen). Umgehend müsse von einer bei FREE! gehosteten Antifa-Seite ein Name entfernt werden, hieß es. Auf dieser wurde über einen Prozess gegen einen Nazi-Versand berichtet (1). Mit den Inhalten der Websites hat FREE! jedoch nichts zu tun. FREE! stellt nur den Webspace zur Verfügung. Die Gruppen betreiben ihre Seiten eigenverantwortlich. Das Problem: die Antifa-Seite hatte kein einwandfreies Impressum. Deshalb konnte dieser Anwalt die BetreiberInnen der Seite nicht erreichen und hat sich an FREE! gewandt, damit der Name von der Seite entfernt wird. Die betroffene Seite wurde von FREE! auch gesperrt, um nicht als „Mitstörer" haftbar zu werden (2).

Wer solch eine Abmahnung und die darauf folgende einstweilige Verfügung erhält, darf dann auch noch den Verfasser dafür bezahlen. Da sind dann plötzlich ein paar hundert Euro futsch. FREE! hat dagegen Widerspruch eingelegt; und das bedeutet: Schreibkram, Recherchen, Fahrt nach Göttingen, Verhandlung, Gerichtskosten usw. Nicht unbedingt die Sachen, mit denen die FREE!-Leute ihre Zeit verbringen möchten. Die ist dank des Internet-Betriebs sowie schon viel zu knapp. Dem Widerspruch hat das Gericht nicht stattgegeben. Jetzt war die Frage: „Widerspruch? Hauptverhandlung? Oder doch lieber nicht?". Zeitmangel, ein äußerst ungewisser Ausgang und das finanzielle Risiko (nochmal ca. 2.500 Euro) führten zu der Entscheidung, „kein weiteres Verfahren" anzustrengen. Auch wenn es bitter ist, kleinbeizugeben und Kohle an diesen Anwalt zu zahlen, können die wenigen Kräfte sicher besser eingesetzt werden, als Zeit und Geld in Rechtsstreitigkeiten mit Faschisten zu versenken.

Erhöhter Druck

Das Problem bleibt also weiter ungelöst. Wer in diesem Land eine Website betreibt, sollte tunlichst darauf achten, einige rechtliche Anforderungen irgendwie formal einzuhalten. Zum Beispiel beim Impressum, dem Disclaimer oder dem Copyright, zum Beispiel bei Stadtplänen. Wer sich da nicht dran hält, muss früher oder später mit einer Abmahnung oder ähnlichem rechnen. Die kann von einem politischen Gegner kommen, der einen behindern möchte, oder auch von jemandem, der einfach nur abkassiert. Ein Ausweg sind Server in Ländern außerhalb der EU. Gegen Seiten, die dort gehostet werden, ist das deutsche Rechtssystem relativ machtlos. Das mag für Einige eine gangbare Lösung sein. Dem Ansatz des FREE!-Projekts – selbstverwaltet selbermachen – widerspricht das gründlich. Wie lange das aber überhaupt noch geht ist fraglich. Wie umgehen mit der Vorratsdatenspeicherung? FREE! und die anderen Vernetzungsprojekte müssen diese Frage bald beantworten. Ab Januar 2009 sind alle deutschen Provider unter Strafe dazu verpflichtet, die Verbindungsdaten der UserInnen zu speichern und auf Zuruf an die interessierten staatlichen Stellen weiterzugeben.

Aber vielleicht machen sich die Netz-AktivistInnen in Sachen Datenschutz zu viele Gedanken. Den meisten Internet-UserInnen scheint es egal zu sein, was z.B. mit ihren Mails passiert. Mails verschlüsseln? Anonym surfen? Wer hat schon Bock, sich um so was zu kümmern? Ihr Internet benutzenden LeserInnen, mal ehrlich: Wer hat keine Kostnix-Mailadresse à la gmx oder web.de? Und dort werden eure kompletten Mails, nicht nur die Verbindungsdaten, schon mindestens seit 2005 auf Zuruf der „berechtigten Stellen" an diese weitergegeben (TKÜV). Solche Abfragen staatlicher Stellen sind real. Jeden Tag.

Susi Sorglos

(1) „Prozess gegen Front Records eingestellt"; http://www.turnitdown.de/699.html
(2) Die Antifas haben den Text mittlerweile auf einem ausländischen Server veröffentlicht; siehe „Einstellung des Verfahrens gegen Thomas Persdorf"; http://gamma.antifa.net/gamma/gamma177_web.pdf

TERMINE

München / Dachau

Sa. 29. März, 20.00 Uhr
JUZ Freiraum,
Brunngartenstraße 7
Soli-Konzert
Für die FAU-GewerkschafterInnen im Konflikt mit der Amper Klinik. Mit Anarchist Superstar, Rohrzange, Dreadful Downfall und Gasparazzo.

Münster

Mi. 26. März, 20.00 Uhr
Interkulturelles Zentrum
Don Quijote
Gewerkschaften, aber richtig!
Kurze Einführung in Geschichte und Gegenwart des Anarchosyndikalismus und der FAU.

Mi. 23. April, 20.00 Uhr
Interkulturelles Zentrum
Don Quijote
Gewerkschaften in Mexiko
Wo steht die mexikanische Gewerkschaftsbewegung heute? Ein Reisebericht.

Mi. 30. April, 20.00 Uhr
Interkulturelles Zentrum
Don Quijote
Strike Soap
Ausgesuchte Beispiele des Streiks in der Gegenwart

Weitere Termine
www.fau.org/termine

Gegen ihren „sozialen Frieden"

Streik bei der Madrider Metro beendet. CNT wird keine Friedenspflicht unterschreiben.

Die ReinigungsarbeiterInnen der Metro in Madrid haben durch einen harten Streik eine ganze Reihe von Forderungen durchgesetzt. Die Firmenleitung war zu einem akzeptablen Minimum an Zugeständnissen bereit. Dies gab Anlass zur Freude, denn wieder einmal waren dank eines Arbeitskampfes ArbeiterInnen wieder eingestellt und Anklagen zurückgezogen worden.

Nur wenige Minuten vor der Unterzeichnung des (alles in allem) zumutbaren Vertrags und damit der geplanten Beendigung des Streiks, wurde von den Unternehmern eine Klausel zum „sozialen Frieden" eingefordert. Die ArbeiterInnen sollten zustimmen „bis zum Jahre 2012 von jeglicher Mobilisierung sowie von neuen Streiks abzusehen." Die CNT, die Klauseln zur Friedenspflicht grundsätzlich nicht unterzeichnet, hatte der Vollversammlung der Belegschaft daraufhin die Fortsetzung des Arbeitskampfes vorgeschlagen. Leider wurde diese Position nur von einer Minderheit der ArbeiterInnen geteilt.

Nein zu „sozialem Frieden"!

Es kann zwischen den Klassen keinen vertraglich bindenden „sozialen Frieden" geben. Dieser würde Kämpfe in der Laufzeit des Vertrages verbieten und das Widerstandsrecht außer Kraft setzen. Von reformistischen Gewerkschaften wurden Friedenspflicht-Klauseln – wie etwa 1978 in den Verträgen von Moncloa – unterzeichnet, um die Existenz des Kapitalismus sowie der sozialen, ökonomischen und kulturellen Ausbeutung zu sichern. Aus dem gleichen Grund bedienen sich diese Gewerkschaften solcher Methoden wie Wahlen, Subventionen, permanenten Schlichtungskommissionen und eben der „Friedenspflicht".



Die Gewerkschaften und das Streik-Komitee

Die CNT, die zum Streik aufrief, verurteilt das katastrophale Verhalten der meisten anderen beteiligten Gewerkschaften. Diese zeigten überhaupt keine aktive Beteiligung am Streik, die Gewerkschaft CC.OO. hat ihre Mitglieder sogar kurzerhand betrogen. Stattdessen wurde der Streik von den größeren Gewerkschaften fast ständig hierarchisiert. Das Streik-Komitee hat eine Menge Entscheidungen getroffen, jedoch fehlten Entscheidungsstrukturen, an denen sich alle beteiligen konnten. Der Handlungsspielraum der ArbeiterInnen wurde darauf beschränkt, über Angebote der Gegenseite abzustimmen. Eine Vollversammlung am 5. Januar machte denn auch eher den Anschein einer Wahlkampagne. Mit allen Tricks versuchten die Funktionäre, die ArbeiterInnen am Reden zu hindern. Die CNT hat sich zurückgehalten, weil sie der Meinung ist, dass es die ArbeiterInnen selbst sind, die sprechen sollten. Nach der Versammlung haben die Vorsitzenden von UGT und CGT dann hinter dem Rücken der ArbeiterInnen mit den Firmen verhandelt. Es waren aktive Streikposten nötig, um einen erfolgreichen Streik über 21 Tage aufrecht zu erhalten. ReinigungsarbeiterInnen und Militante der CNT waren die einzigen, die sich dabei engagierten. In der ersten Nacht wurden vier CNT Mitglieder verhaftet, dennoch blieben wir beinahe jeden Tag aktiv an den Streikposten beteiligt. Die anderen Gewerkschaften tummelten sich derweil mit hunderten von Fahnen auf Demonstrationen, um ihre Präsenz und ihre „Stärke" zu demonstrieren. Das Streik-Komitee war nicht in der Lage, die grundlegendsten Aufgaben der Streikorganisation zu bewältigen. Es wurden weder die notwendigen täglichen Treffen organisiert, noch war irgendeine funktionierende Kommunikation gewährleistet. Die Gewerkschaften UGT, CGT und USO erhalten Millionen an Subventionen und finanzieren teure Veröffentlichungen, konnten aber nichts für Banner, Aufkleber oder Flugblätter zum Streik erübrigen. Auch waren sie nicht in der Lage, sich um die rechtliche Absicherung von Demonstrationen zu kümmern. Das wurde alles von der CNT organisiert, einer Gewerkschaft ohne jegliche Subventionen und ohne Delegierte in Betriebs- und Aufsichtsräten.

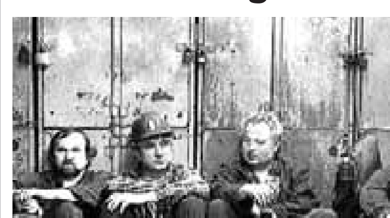
Wir lehnen den „sozialen Frieden" als Vertragsgegenstand ab und wollen diesen Kampf weiter führen, zumindest solange bis diese Klausel widerrufen wird. „Keinen Schritt zurück hinter die Forderungen!" haben wir gerufen und werden dies auch weiterhin tun. Wir von der CNT werden mit den Prinzipien eines revolutionären Syndikats weiter für basisdemokratische Entscheidungsstrukturen kämpfen. Dies ist es, was uns von all den anderen unterscheidet, die mit dem Staat und mit Unternehmerverbänden gemeinsame Sache machen. Gerade weil CNT keine Friedenspflicht-Klauseln unterschreibt, wissen die Arbeiter, dass CNT eine Gewerkschaft ist, die nicht aufhören wird für und mit ihnen zu kämpfen.

CNT Madrid

Erfolgreicher Streik auf Budryk?







Das Kohlanberkwerk Budryk in Ornontowice ist 1990 eröffnet worden. Es ist das modernste Kohlenbergwerk in Polen. Es soll mit der staatlichen JSW-Gesellschaft fusionieren und dann privatisiert werden.

Der Gewinn betrug 2007 über 45 Mio. Zloty (12,5 Mio. Euro). Die drei größten Kohleförderunternehmen (JSW, KHW und KW) zahlten 2006 durchschnittlich 5.671, 4.812 und 4.538 Zloty (zwischen 1.575 und 1.260 Euro) brutto im Monat. Ein Kumpel auf Budryk bekam 4.178 Zloty (1.160 Euro). Die anstehende Fusion wurde für Verhandlungen zur Lohnangleichung an das JSW Lohnniveau genutzt. Das „Ergebnis" dieser Verhandlungen war das Versprechen, die Löhne innerhalb von fünf Jahren anzugleichen, wenn es die finanzielle Situation zulassen würde. Bei Urabstimmungen wurde dieses Verhandlungsergebnis abgelehnt und für einen Streik (86%) gestimmt. Am 31. Januar ging, nach 46 Streiktagen, einer der längsten Arbeitskämpfe in der Geschichte des polnischen Bergbaus zu Ende. Unter anderem wurde eine Lohnerhöhung um 10 % und eine Einmalzahlung von 1.500 Zloty (416 Euro) vereinbart.

Ein ausführlichlicher Bericht zu den Hintergründen des Streiks findet sich auf www.fau.org.

Bittere Niederlage bei FRAPE-Behr in Barcelona

Mehrere Monate lang wehrten sich spanische ArbeiterInnen des Stuttgarter Multis Behr gegen Schließungspläne. Am Ende blieben Abfindungen und 98 Entlassungen – aber auch der Stolz, die Zähne gezeigt zu haben.



Nichts geht mehr! Nur eine von zahlreichen Straßenblockaden durch die ArbeiterInnen von FRAPE-Behr.

Die Firma FRAPE-Behr S. A. produziert in Barcelona Komponenten für die spanische Automobilindustrie. Als im September 2007 Gerüchte über eine geplante Umstrukturierung oder gar Werkschließung die Runde machten, begannen sich die rund 300 ArbeiterInnen gegen die Pläne des Managements zu wehren. Das geschah zunächst eher vorsichtig und mit den traditionellen Mitteln betrieblicher Konfliktschlichtung. Schon wenige Wochen später ging es aber richtig zur Sache.





Linkes Bild: Streikposten vor dem Werkstor während einer der beiden Besetzungen. Auf dem Transparent steht: „Die Firma hat uns verarscht – die Regionalregierung hat uns verraten".

Rechtes Bild: 100 ArbeiterInnen wollte die Firmenleitung entlassen, am Zaun wurde für jede/n ein Hemd aufgehängt.

Die Firma „FRAPE Behr S. A." gehört zur „Behr GmbH & Co. KG" mit Sitz in Stuttgart. Der Konzern ist ein wichtiger Zulieferer für die Automobilindustrie im Bereich Klimatechnik. In dreizehn Beteiligungsgesellschaften arbeiten weltweit knapp 20.000 ArbeiterInnen für Behr, um dem Konzern einen Jahresumsatz von zuletzt über 3 Milliarden Euro zu bescheren. In Spanien produziert Behr u. a. in der Freihandelszone „Zona Franca" von Barcelona, einem Zentrums der iberischen Automobilindustrie. Einen weiteren Standort unterhält FRAPE-Behr in Montblanc bei Tarragona, eine Autostunde von Barcelona entfernt.

Die Automobilhersteller versuchen in ständig neuen Anläufen, die Preise ihrer Komponentenlieferanten zu drücken, um sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Die Zulieferer versuchen, diesen Druck durch permanente Rationalisierung aufzufangen und das Letzte aus den Belegschaften herauszupressen. Eine Strategie, die sich in der Summe offensichtlich bezahlt macht, schließlich gehören etliche Automobilzulieferer mittlerweile zu den lukrativsten Aktienwerten im DAX.

Auf der Strecke bleiben die Beschäftigten. Personalabbau und Arbeitsverdichtung gehen Hand in Hand, die Belegschaften der unterschiedlichen Werke werden gegeneinander ausgespielt und das trotz oder vielleicht auch wegen eines durchaus vorhandenen Eurobetriebsrates.

30 Prozent Lohnsenkung oder Schließung

Der Konflikt in Barcelona nahm seinen Anfang damit, dass die Firmenleitung den bestehenden Tarifvertrag aus dem Jahr 2004 vorzeitig kündigen und neu verhandeln wollte. Darin hatte sich die Firma gegenüber den am Deal beteiligten Gewerkschaften verpflichtet, bis mindestens zum Jahr 2009 eine Belegschaftsstärke von wenigstens 275 Festangestellten zu erhalten. Im Gegenzug hatten die Gewerkschaften, u. a. die CC.OO. (1) und die UGT (2), dafür gesorgt, dass die Belegschaft die bittere Pille des Einfrierens der Löhne und weitreichende Flexibilisierungen akzeptierte.

Doch dieses Zugeständnis genügte dem Management drei Jahre später nicht mehr. Jetzt wurden von der Belegschaft weitere Flexibilisierungen, die Senkung des Krankenstandes und eine Lohnsenkung von 30 Prozent verlangt. Zusätzlich sollten 102 Stellen gestrichen werden. Angesichts des wütenden Aufschreis der Belegschaft gegen diese Zumutungen, sah sich der Betriebsrat veranlasst, die Forderungen abzulehnen.

Schließungsdrohung

Als hätte sie nur darauf gewartet, ging die Firmenleitung umgehend an die Presse und verkündete, man werde das Werk in der Zona Franca schließen, weil Betriebsrat und Gewerkschaften ein profitables Weiterbetreiben des Standorts unmöglich machen würden. Gegenüber der Presse kündigte das Unternehmen an, man werde schon in einigen Tagen das gesetzlich vorgesehene Verfahren für einen Restrukturierungs- und Sozialplan (expediente de regulación de empleo – ERE) bei der katalanischen Regionalregierung einleiten. Die Strategie war offensichtlich – entweder die Belegschaft kriecht zu Kreuze oder es droht die Schließung. Tatsächlich allerdings dürfte eine Schließung nie ernsthaft auf der Tagesordnung gestanden haben, es ging ausschließlich um die Einschüchterung.

Unter dem Teppich qualmt es

Die Drohung verfehlte zunächst ihre Wirkung, auch wenn sich vordergründig erst einmal wenig tat. Die meisten aus der Belegschaft waren stinksauer, diskutierten und überlegten, was man machen kann. Parallel dazu stieg der Krankenstand und das eine oder andere Arbeitsmittel ging versehentlich zu Bruch. Im Oktober traten einige Beschäftigte der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT bei und organisierten sich als Betriebsgruppe. Wie in vielen Konflikten üblich, forderte die CNT auch bei FRAPE-Behr, dass die Belegschaft selbst in Vollversammlungen über jeden weiteren Schritt entscheidet. Dadurch soll verhindert werden, dass verschiedene Gewerkschaften oder der Betriebsrat hinter dem Rücken der Belegschaft verhandeln. Ab Oktober gab es daraufhin regelmäßige Vollversammlungen und in den meisten Fällen hielten sich die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften auch an deren Beschlüsse.

Von da an gewannen die Mobilisierungen an Fahrt. Die Versammlung hatte beschlossen, dass man weder über Verschlechterungen noch gar über einen Sozialplan verhandeln werde. Stattdessen wurden eine Vielzahl von Aktionen diskutiert und organisiert, darunter die Mobilisierung von Unterstützung in der Stadt.

Kalte Schulter in Montblanc

Zunächst aber, das war den ArbeiterInnen klar, mussten sie mit ihren KollegInnen im zweiten, weitaus größeren, spanischen Standort in Montblanc bei Tarragona sprechen und sich deren Solidarität versichern. Schließlich war klar, wenn FRAPE-Behr in Barcelona durchkäme, wäre Montblanc als nächstes an der Reihe. Als Betriebsrat und Gewerkschaften in Montblanc nicht auf Kontaktversuche reagierten, mieteten die ArbeiterInnen in Zona Franca kurzerhand drei Busse und fuhren am 18. Oktober nach Tarragona. Dort hatte die Firmenleitung bereits die Tore geschlossen und die Polizei wartete auf die Delegation aus Barcelona und prügelte erst einmal in die Menge. Zwar gab es vereinzelte Solidarisierungen, aber den ArbeiterInnen aus Barcelona wurde schnell klar, dass bei Behr jeder für sich kämpft und sie weder mit Unterstützung aus Montblanc und noch viel weniger mit der von Betriebsrat oder IG Metall aus Stuttgart rechnen konnten.

Mobilisierungen

Nach weiteren Diskussionen begann die Belegschaft nun eine Welle von Aktionen in Barcelona. Demos, Infoveranstaltungen, Straßenblockaden – ab Anfang Dezember waren die Leute von FRAPE-Behr und einem Unterstützungskomitee beinahe täglich auf der Straße. Im Werk ging die Produktivität immer weiter zurück, kaum jemand sah noch ein, seinen Job zu machen. Als am 12. Dezember der VfB Stuttgart für ein Spiel der Champions-League in Barcelona gastierte, wurden das Mannschaftshotel von einer Delegation der ArbeiterInnen besucht. Mit Schmunzeln nahmen sie zur Kenntnis, dass der Vereinspräsident ihnen versicherte, er kenne den Konzernchef persönlich und werde diesem die Beschwerden der spanischen Arbeiter weiterleiten.

FRAPE-Behr feuert Aktivisten

Nur zwei Tage zuvor hatte die Firma sechs ArbeiterInnen fristlos entlassen, unter ihnen auch ein Mitglied der CNT. Jenes teilte mit, dass die Firma ihm und den anderen fünf vorwerfe, sie hätten im Werk Unruhe gestiftet und Sabotageakte begangen. Für die Arbeiter stellten die Kündigungen nur die Spitze eines Eisberges von Schikanen dar, zu denen die Werksleitung in den letzten Monaten gegriffen hatte und zu denen u. a. penible Einlasskontrollen gehörten, die angeblich aus „Sicherheitsgründen" notwendig geworden seien.

Eskalation zu Weihnachten

Kurz vor Weihnachten sickerte durch, dass die Firmenleitung bei der „linken" Regionalregierung, der „Generalitat", einen Sozialplan eingereicht hatte, der die Entlassung von rund 100 ArbeiterInnen vorsah. Daraufhin wurde am 21. Dezember das Werk ein erstes Mal besetzt, um Druck auf die Firmenleitung auszuüben, aber auch auf die Behörden. Die Forderung war klar: Der Plan solle fallen gelassen bzw. nicht behandelt werden. Nach fünf Tagen wurde die Besetzung zunächst einmal bis zu einem Gesprächstermin Anfang Januar ausgesetzt.

Internationale Unterstützung

Mitte Dezember erfuhr die FAU von dem Konflikt in Barcelona und bot umgehend ihre Unterstützung an. Schließlich hatte die Behr-Gruppe ja ihren Konzernsitz in Stuttgart und verfügte über eine Reihe von Niederlassungen in der BRD. Innerhalb kurzer Zeit wurden Informationen über den Konflikt verbreitet und die Behr-Niederlassung in Wolfsburg erhielt Besuch von FAUistas aus Hannover und Braunschweig. Neben einer Protest-Postkarte, die in mehreren tausend Exemplaren Verbreitung fand, wurden weitere Aktionen vorbereitet. Ab Ende Dezember erreichte die Streikenden – nach einem Aufruf der anarcho-syndikalistischen Internationale IAA – dann auch noch Unterstützung aus weiteren Ländern.

Der bittere Geschmack der Niederlage

Bei einem Gespräch mit Vertretern der Regionalregierung am 2. Januar zeichnete sich ab, dass diese den Entlassungsplan praktisch ohne Änderung durchwinken würde. Die Belegschaft reagierte mit einer zweiten Besetzung, während die Firmenleitung die Aussperrung verfügte – und sie nach einigen Tagen wieder aufhob. Daraufhin wurde auch die Besetzung beendet, weil viele die Befürchtung hatten, dass es zu Auseinandersetzungen zwischen BesetzerInnen und „Arbeitswilligen" kommen würde, was der Polizei einen Vorwand zum Eingreifen böte. Bereits während der ersten Besetzung hatte der Sicherheitsdienst der Firmenleitung die BesetzerInnen bedroht.

Mit dem Ende der Besetzung war der Kampf faktisch verloren. Es ging jetzt nur noch um einen „Sozialplan". Der aber war Sache der Verhandlungsprofis der großen Gewerkschaften und des Betriebsrats – die Dynamik des Kampfes war damit zu Ende. Der Entwurf sah vor, dass 92 ArbeiterInnen, zusätzlich zu den sechs bereits Gefeuerten, gehen sollten. Alle sollten magere Abfindungen in Höhe von 45 Tageslöhnen pro Beschäftigungsjahr erhalten, wobei maximal 3,5 Jahre angerechnet wurden. Zusätzlich bot die Firma einen Abschlag von 4.000 Euro an. Im Gegenzug sollte der Betriebsrat der Demontage von einem der drei Öfen zustimmen. In einer erregten Belegschaftsversammlung und erst im dritten Anlauf wurde der Plan am 23. Januar mit 156 gegen 76 Stimmen angenommen. Wenig später wurde bekannt, dass die Firmenleitung einen Teil der Abfindungen in eine Qualifizierungsgesellschaft einzahlen wird. Am 28. Januar erklärte der Betriebsrat dennoch die Auseinandersetzungen für beendet.

Nach Monaten der Mobilisierung, der Aktionen, des gemeinsamen Handelns, des Erfahrens der eigenen Stärke und Schwäche, ist das für viele ein bitteres Ende gewesen. Etliche der AktivistInnen werden FRAPE-Behr in den nächsten Wochen verlassen, weil sie nicht bereit sind, sich dort zu noch schlechteren Bedingungen ausbeuten zu lassen. Andere werden bleiben, um dem Management auch weiter in die Suppe spucken zu können. Was bei vielen bleibt und nachwirkt, ist die Erfahrung der Kollektivität in den Monaten des Kampfes.

robot



Protest-Postkarte

Zur Unterstützung der Streikenden hatte die FAU eine Protest-Postkarte herausgegeben. Die Rückseite der Karte war an die Konzernzentrale adressiert und enthielt einen Protest gegen die Politik der Behr-Gruppe. Nachdem u. a. labournet.de, chefduzen.de und IndyMedia einen Hinweis auf die Aktion veröffentlichten, konnte die Karte schon nach wenigen Tagen nachgedruckt werden. Die Überschüsse aus dem Vertrieb gingen an die Streikkasse in Barcelona. Vielen Dank an dieser Stelle an alle UnterstützerInnen!

1) CC.OO | Comisiones Obreras Reformistische spanische Gewerkschaft, früher der spanischen KP nahestehend.

2) UGT | Union General de Trabajadores Sozialdemokratische spanische Gewerkschaft mit enger Beziehung zur Sozialistischen Partei.

Zusätzliche Informationen

Detaillierte Infos und Hintergründe (in spanischer Sprache) über den Konflikt finden sich u. a. auf folgenden Websites: cnt-frape.blogspot.com barcelona.cnt.es sowie natürlich auf www.fau.org

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Bangladesh: Riot nach Mord an Textilarbeiter

Am 30. Januar wurden zwei Arbeiter der Textilfabrik World Dresses Ltd. Dhaka vom Werkschutz überfallen. Khokon, der eine der beiden Arbeiter, starb schwerverletzt im Krankenhaus, der zweite Arbeiter, Malek, wurde mit schweren Verletzungen und mehrfachen Brüchen ins Krankenhaus eingeliefert. Zu dem Überfall durch die Schläger der Firmenleitung war es zu Schicht-Ende um 20.00 Uhr gekommen, als fünf Werkschützer in der Waschkaue über die Arbeiter herfielen und ihnen vorwarfen, sie würden herumlungern und wollten die Firma bestehlen. Die Polizei nahm zwei der Totschläger, darunter ein Mitglied des Managements fest, drei weitere werden gesucht. Aus Furcht vor einem Aufstand und um die Vorgänge zu verschleiern, blieb am Folgetag das Werk unter dem Vorwand geschlossen, es gäbe Probleme mit der Stromversorgung. Nachdem sich der Mord dennoch herumgesprochen hatte, versammelten sich am Freitag Vormittag hunderte von ArbeiterInnen vor dem Werk und blockierten zweieinhalb Stunden lang die Hauptstraße. Als die Polizei begann, auf die ArbeiterInnen einzuprügeln, antworteten diese mit Steinen und Ziegeln. Zehn ArbeiterInnen wurden durch die Polizei verletzt. Als das paramilitärische „Rapid Action Bataillon" anrückte, zogen sich die DemonstrantInnen zurück. Erst nachdem die Firmenleitung sich verpflichtete, eine Entschädigung an die Familien der Opfer zu bezahlen, traten 1.800 der 2.000 ArbeiterInnen ihre Schicht an.

Der Überfall ereignete sich vor dem Hintergrund einer großen Nervosität in der Textilbranche Bangladeshs. Diese ist durch die Konkurrenz vietnamesischer, indischer und chinesischer Textilfirmen in den letzten Jahren unter zunehmenden Druck geraten und fürchtet eine Rezession im Hauptabsatzmarkt USA. Der Versuch, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Rücken der Belegschaften zu bewahren, hat in den letzten Jahren zu einer rapide zunehmenden Welle von Kämpfen und Aufständen geführt (DA berichtete).

Neu-Kaledonien: In Kolonialmanier gegen Arbeiter

Offiziell gilt die Inselgruppe Neu-Kaledoniens vor der Nordostküste Australiens als französische „Überseegemeinschaft mit besonderem Status". Dass diese blumige Klausel nicht viel mehr bedeutet, als dass es sich um eine Kolonie handelt, in der eigene Gesetze für Arbeitskämpfe gelten, zeigte die französische Verwaltung Anfang Januar: Zu diesem Zeitpunkt lieferten sich 400 streikende Beschäftigte der Busunternehmen heftige Auseinandersetzungen mit Polizei und Gendamerie, in deren Verlauf mehrer Dutzend Arbeiter und einige Polizisten verletzt wurden und eine Reihe von Einsatzfahrzeugen in Flammen aufgingen. Zu dem Aufstand war es gekommen, nachdem streikende Busfahrer aus Solidarität mit einem entlassenen Kollegen die Hauptverwaltung von Carsud besetzen wollten. Die Firma betreibt den Öffentlichen Nahverkehr in der Hauptstadt Nouméa. Als Reaktion auf die Entlassung hatten die Fahrer einen Generalstreik bis zum 9. Januar ausgerufen. Gegen zwei Uhr morgends griffen 200 Polizisten das besetzte Depot mit Gasgranaten, Gummigeschossen und Schlagstöcken an. Mehrere Streikposten, die der Polizei in die Hände fielen, erklärten, dass sie in den Einsatzfahrzeugen verprügelt worden seien. Die Arbeiter wehrten sich mit Steinen gegen den Angriff und brannten mehrere Einsatzfahrzeuge und den Wagen des Direktors nieder. Die Auseinandersetzungen hielten die ganze Nacht hindurch an, ein Polizeisprecher bezeichnete sie als „Szenen aus einem Guerillakrieg". Der Polizei gelang es, 63 Arbeiter festzunehmen. Zwölf von ihnen – alle Mitglieder der Gewerkschaft USTKE – sollen wegen „bewaffneten Angriffs auf Polizeibeamte" sowie „krimineller Zerstörung" vor Gericht gestellt werden. Wie die Kolonialverwaltung sich dieses Verfahren vorstellt, brachte tags darauf der französische Hochkommissar für die Provinz – anscheinend ein eifriger Schüler von Präsident Sarkozy – mit folgenden Worten zum Ausdruck: „die benutzen die Taktiken von Gaunern und Strolchen und als solche werde ich sie bestrafen".

Frankreich: Mit Tonfas gegen Streikende

Durch das Vorgehen ihrer Kollegen von der kolonialen Gendamerie in Neu-Kaledonien offensichtlich auf den Geschmack gekommen, langten auch im Mutterland Polizisten wieder einmal gegen Streikende zu. So geschehen am 15. Januar in der Fabrik von Miko in Saint-Dizier. Die Polizei rückte an, nachdem rund 60 ArbeiterInnen den Firmenleiter Prakash Patel in seinem Büro eingesperrt und das Werk besetzt hatten. Vorangegangen war die Ankündigung des Speiseeis-Herstellers – einer Tochter des Multis Unilever – 254 von 493 Beschäftigten zu entlassen. Als Ergebnis des Polizeieinsatzes mussten sich 14, meist weibliche, ArbeiterInnen ärtztlich behandeln lassen. Ein Polizeisprecher erklärte, der Einsatz sei nicht übertrieben hart gewesen, schließlich habe man noch nicht einmal Schlagstöcke benutzt. Die Einsatzkräfte vor Ort hätten ausschließlich ihre „Tonfas" genannten Prügelwerkzeuge benutzt. Die solcher Art befreite Firmenleitung hat zwischenzeitlich eine Entschädigung von einem Monatsgehalt pro Jahr der Betriebszugehörigkeit für alle entlassenen ArbeiterInnen angeboten.

Argentinien: Wilder Streik wegen wütender Passagiere

Zu einem recht ungewöhnlichen Streik kam es 12. Januar am Flughafen Ezeiza der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires. Die Beschäftigten an den Abfertigungsschaltern, dem Check-In, schmissen kurzerhand die Brocken hin, nachdem hunderte von wütenden Fluggästen der Fluglinie Aerolineas Argentinas wegen verspäteter und abgesagter Flüge damit begonnen hatten, Computer und Mobiliar der Fluglinie zu zertrümmern. Die wütende Menge verlangte irgendeine Erklärung von Seiten der Firma. Diese behauptete, Schuld sei der Streik eines Teils der Piloten. Die Pilotengewerkschaft erklärte hingegen, Schuld an den verspäteten und abgesagten Flügen sei die Politik der Fluglinie, die Flüge hemmungslos zu überbuchen. Nachdem einer der Beschäftigten am Check-In von aufgebrachten Passagieren bedrängt wurde, legten alle KollegInnen die Arbeit nieder. Die 1990 privatisierte Aerolineas Argentinas gehört zu 95 Prozent dem spanischen Reiseveranstalter Grupo Marsans, den Rest hält der argentische Staat. Im Zuge der Privatisierung wurde die Hälfte der vormals knapp 12.000 Beschäftigten entlassen.

Belgien: Zulieferstreik legt Ford Genk lahm

Wie anfällig die Just-in-time-Ketten und die „integrierte Fabrik" der Automobilindustrie mittlerweile für Streiks sind, zeigte sich am 14. Januar erneut in Belgien. Die Arbeiter beim Zulieferer Syncreon (vormals TDS), der das Ford-Werk in Genk mit Vorprodukten beliefert, hatten nach einer Vollversammlung von 250 Beschäftigten einen Streik beschlossen. Sie forderten einen Euro mehr Lohn pro Stunde für alle. Bereits wenige Stunden später war Ford gezwungen, die Produktion stillzulegen und eine Schicht nach Hause zu schicken. Nachdem die Firmenleitung von Syncreon auch am Folgetag kein akzeptables Angebot unterbreitet hatte, schickte Ford erneut alle Schichten nach Hause. Lediglich in einigen wenigen Abteilungen der Verwaltung wurde noch gearbeitet. Am Mittwoch traten dann auch noch die Belegschaften von zwei weiteren Zulieferfirmen in den Streik. Die ArbeiterInnen beim Sitzhersteller Lear Corporations und bei Magna Belplas, einem Zulieferer von Stoßstangen, forderten, dass ihre Arbeitsbedingungen und Löhne an die der Kollegen von Syncreon angepasst werden.

Patria o muerte

Fidel Castro will der „Jugend eine Chance" geben und tritt von allen Ämtern zurück.

Am 31. Dezember 1958 floh der Diktator Fulgencio Batista aus Kuba. In den nächsten drei Jahren konsolidierten die Kommunistische Partei, die Castros und der „Che" ihre Macht über die Insel. Die ArbeiterInnen wurden einer neuen Diktatur unterworfen, diesmal im Namen des Sozialismus. Nun tritt der große Führer, der Máximo Líder Fidel Castro, nach fast 50 Jahren zurück. Sein jüngerer Bruder Raoúl ist die neue Nummer eins.

Der Rücktritt des Großen Führers kündigte sich schon seit Juli 2006 an. Damals musste er sich einer schweren Operation unterziehen. „Vorübergehend" übergab er seinem fünf Jahre jüngeren Bruder die Regierungsgeschäfte. Seitdem sah man ihn nur noch wenige Male, meist wenn der venezuelanische Präsident Chávez einen Krankenbesuch an seinem Bett machte. Seit Anfang Februar verdichteten sich dann die Anzeichen dafür, dass Fidel sich nicht mehr zum Chef wählen lassen werde.



Das Wahlsystem

Am 20. Januar diesen Jahres wählten die KubanerInnen wieder die Nationalversammlung. Die Abgeordneten werden von einem Ausschuss der PCC (1) und der staatlich kontrollierten Massenorganisationen ausgewählt. Die Massenorganisationen sind wie die PCC hierarchisch aufgebaut. Eine dem Staat und der Partei gegenüberstehende, organisierte Opposition ist im politischen System Kubas nicht vorgesehen. So sind auch alle Organisationen der ArbeiterInnen außerhalb des staatlichen Gewerkschaftsbundes verboten. Die Nationalversammlung hat 614 Sitze. Aufgestellt waren 614 „KandidatInnen". Die KubanerInnen können ein Kreuz machen, um so alle KandidatInnen für die Nationalversammlung zu wählen, oder einen „weißen" Wahlschein in die Urne werfen (ca: 5% der Stimmen). Auf Kuba herrscht darüber hinaus Wahlpflicht. Vor der sogenannten „kubanischen Revolution" wurde die Wahlpflicht durch die Armee und die Polizei überwacht. Seit der Machtergreifung stehen Kinder symbolisch vor den Wahllokalen Wache. Die Nationalversammlung wählt aus ihrer Mitte heraus den aus 31 Mitgliedern bestehenden Staatsrat. Dieser bestimmt wiederum den Staats- und Regierungschef. Seit Ende Februar ist dies Raúl Castro (76).

Die wirtschaftliche Lage

Die Verarmung der Bevölkerungsmehrheit ist das entscheidende Phänomen. Die Einkommen klaffen immer weiter auseinander. Immer größere Einkommen entfallen auf einige wenige, während immer mehr Leute sich das Lebensnotwendige kaum leisten können. Die KubanerInnen verdienen im Durchschnitt den überwiegenden Teil ihres Einkommens in der nicht-konvertiblen Landeswährung. Das monatliche Durchschnittsgehalt liegt bei ca. 336 kubanischen Pesos. Dies entspricht etwa 15 konvertiblen Pesos oder 12 Euro. Viele Produkte und Dienstleistungen sind nur in der konvertiblen Währung und zu Preisen erhältlich, die oft über europäischem Niveau liegen. Rund 40% der Bevölkerung erhalten Überweisungen ihrer im Ausland lebenden Verwandten im Gesamtwert von ca. 1 Mrd. USD pro Jahr. Die soziale Ausdifferenzierung der kubanischen Gesellschaft geht einher mit der Integration der kubanischen Wirtschaft bzw. einzelner Sektoren in den Weltmarkt. Ökonomisch ist China nach Venezuela der zweitwichtigste Handelspartner, gefolgt von Kanada und Spanien. Gleichzeitig sind die USA inzwischen Hauptbezugsquelle kubanischer Lebensmittelimporte – und mit einem Handelsvolumen von 340 Mio. USD inzwischen wieder einer der wichtigsten Handelspartner Kubas. Es gibt auf Kuba eine Schicht, die von dieser Weltmarktintegration profitiert hat: Funktionäre, leitende Angestellte in Außenhandelsunternehmen oder Intellektuelle und KünstlerInnen, die international erfolgreich sind. Neue Eliten sind entstanden, deren wichtigste als technokratisch-unternehmerische Elite bezeichnet werden kann. Diese Elite führt einen ganz anderen Lebensstil als der Rest der Bevölkerung – ein Kennzeichen dieser Elite ist die strikte Loyalität zum kubanischen Regime, dem sie alle ihre Privilegien verdanken.

Blick zurück nach vorne

Die Kubanische Revolution wurde von vielen verschiedenen Gruppen getragen. Neben dem sehr heterogenen M26J waren da zu Beispiel die Anarcho-SyndikalistInnen (2).Bis zum Verbot ihrer wichtigsten Zeitung, der «Solidaridad Gastronomica», Mitte Dezember 1960, versuchten sie einerseits die revolutionären Prozesse zu unterstützen und andererseits vor der Entwicklung eines totalitären Systems zu warnen. Die neuen „revolutionären" Repressionsorgane und Methoden aber waren effektiver und umfassender als in den Diktaturen Machados oder Batistas. Hunderte Anarcho-SyndikalistInnen wurden verhaftet und für viele Jahre ins Gefängnis geworfen. Viele wurden standrechtlich erschossen, nicht zu vergessen, dass in den Gefängnissen viele politische Gefangene an den Folgen von Folter, unmenschlicher Behandlung und schlechter Versorgung starben. Ab 1961 blieb, außer dem Versuch einer Anti-Castro-Guerilla, nur noch der Weg in das innere oder äußere Exil. In den 1960er waren bis zu 60.000 Personen in den Gefängnissen eingepfercht, mehr als jemals zuvor in der Geschichte Kubas. Die meisten Gefangenen waren ArbeiterInnen oder kleine, für den Eigenbedarf produzierende Bauern und Bäuerinnen. Wie viele Tote insgesamt auf das Konto des Regimes gehen, ist schwer zu beziffern. Historiker gehen von mehr als 12.000 Hinrichtungen aus (3).

Was wir gerade sehen, ist der Versuch eines sanften Übergangs von Fidels Alleinherrschaft zur Herrschaft der Kommunistischen Partei. Ob und wie das gelingen wird, zeigt uns die Zukunft.

Rudolf Mühland

Der französische Regisseur Régis Debray allerdings, einst glühender Verehrer des „máximo líder", soll einmal über ihn gesagt haben: „Er ist Trotzki, Lenin und Stalin verpackt in einem einzigen Caudillo".

[1] Partido Communista Cubano – Kommunistische Partei Kubas

[2] Zur Rolle der Anarcho-SyndikalistInnen in der kubanischen Geschichte, siehe Frank Fernandez: Anarchismus auf Kuba. Erschienen bei Syndikat A, 2007.

[3] Die Todesstrafe war mit der Verfassung von 1940 abgeschafft worden. Fidels „revolutionäres" Programm beschränkte sich vor der Machtergreifung auf den Sturz der Diktatur Batistas und die Wiederherstellung der Verfassung von 1940.

Anarchosyndikalismus heute

Die hier seit der letzten Ausgabe vorzufindende Rubrik „Diskussion“ soll in der nächsten Zeit fester Bestandteil der DA sein. In ihr sollen verschiedene Aspekte des Anarchosyndikalismus thematisiert werden. Im Vordergrund steht dabei eine aktuelle Perspektivenbestimmung.

Historisch gewachsene Konzepte, Theorien, Strategien und Methoden des Anarchosyndikalismus sollen vor dem Hintergrund aktueller Situationen kritisch geprüft bzw. gewürdigt werden, so dass ein Beitrag dazu geleistet wird, eine klarere Vorstellung von einer anarchosyndikalistischen Praxis im Hier und Jetzt zu entwickeln.

Alle Beiträge aus dieser Rubrik, Repliken darauf und die verschiedenen Diskussionsstränge werden vollständig einzusehen sein auf unserer Website: www.direkteaktion.org. Wer Interesse hat, sich an der Diskussion zu beteiligen, sei es, weil er/sie etwas auf einen Beitrag erwidern bzw. daran anknüpfen oder etwas anderes thematisieren möchte, das ihm/ihr unter den Nägeln brennt, der oder die melde sich bitte zwecks Absprache bei der zuständigen Redaktion (da-bug@fau.org).

In dieser Ausgabe findet sich ein Text der FAU Ortsgruppe Moers, der eine kritische Antwort auf den Beitrag der FAU Ortsgruppe Neustadt a. d. W. zur Frage der Betriebsratsarbeit aus der letzten Ausgabe (Rubrik „Hintergrund“) darstellt.

Etwas Besseres als einen Betriebsrat...

Einige notwendige Überlegungen zum Verhältnis von Gewerkschaft und Betriebsrat.

Die FAU ist die einzige Gewerkschaft in der BRD, die sich nicht an den Wahlen zum Betriebsratssystem und anderen Stellvertretungsorganen beteiligt. Stattdessen setzt sie auf betriebliche direkte Aktion und kollektives, solidarisches Handeln. Dieser Beitrag erklärt, warum für uns Betriebsräte für die keine Option sind. Der Frage, wie eine anarcho-syndikalistische Praxis aussehen kann, gehen wir in einer der nächsten Ausgaben nach.

Tell it as it is, baby!

Werfen wir einleitend einen Blick auf die Haltung der FAU in Bezug auf die Betriebsräte. Die Kurzfassung ist: Wir mögen das System der Betriebsräte überhaupt nicht. Die FAU nimmt unter keinen Umständen an Betriebsratswahlen teil, sie stellt weder Listen auf noch ruft sie zur Wahl einer Liste auf. In den Anfangsjahren, in der Zeit vor 1991, gab es sogar einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Wer Mitglied in einem Betriebsrat wurde, musste die FAU verlassen. Das wurde auf dem Kongress 1991 etwas abgeschwächt. Seither gilt, dass Mitglieder der FAU in Ausnahmefällen und auf eigene Verantwortung auch Betriebsräte sein dürfen. Voraussetzung ist allerdings, dass sie nicht freigestellt sind, also nicht von der Firma für ihre Betriebsratstätigkeit bezahlt werden und dass sie nicht die FAU mit ihrer Betriebsratstätigkeit in Verbindung bringen. Desweiteren müssen sie ihrem Syndikat Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen. Der Tenor dieser Regelungen ist klar: Es wird nicht gerne gesehen, wenn Mitglieder der FAU Betriebsräte sind, aber es wird anerkannt, dass es in Einzelfällen Gründe geben kann, es dennoch einmal zu tun.



Was haben wir bloß gegen Betriebsräte?

Die ablehnende Haltung der FAU in Bezug auf das System der Betriebsräte verwundert manche, besonders Leute aus der Linken. Wenn es doch Unternehmen gibt, die mit allen legalen und bisweilen auch illegalen Mitteln versuchen, Betriebsräte zu verhindern, oder bei ihrer Arbeit zu behindern, dann muss man doch erst recht dafür sein, oder? Nicht wenige KollegInnen in den Betrieben können unsere Ablehnung hingegen oft sehr gut nachvollziehen. Wie passt das zusammen?

Die ablehnende Haltung der FAU gegenüber Betriebsräten ist keine Kopfgeburt sondern das Ergebnis von Erfahrungen, die Anarcho-SyndikalistInnen immer wieder mit dieser Institution gemacht haben. Welche Erfahrungen das sind, hängt stark damit zusammen, in was für einer Art von Firma man arbeitet. In Fabriken und Großbetrieben werden die meisten den Betriebsrat als etwas erleben, von dem man bestenfalls alle paar Monate mal was hört und dann meistens auch nur, weil man in der Werkszeitung ließt, dass er wieder einmal eine neue Betriebsvereinbarung unterschrieben hat oder dass der Kantinenausschuss neu besetzt wurde. Dass frau mal nach der eigenen Meinung zu irgendwas gefragt wird, kommt in der Praxis ebenso selten vor wie in der Politik.

In Großbetrieben gibt es auch die vom Betriebsrat gewählten „Freigestellten“, also einen oder mehrere Mitglieder, die nicht mehr arbeiten, sondern von den Firmen für ihre Betriebsratstätigkeit entlohnt werden. Oft sind diese Ämter quasi „erblich“. Freigestellte sehen manchmal über Jahre hinweg kaum mehr von der Firma als ihr Büro und die Geschäftsführungsetage oder den Aufsichtsrat. Der Betriebsratsvorsitzende (meistens ein Mann) hat in vielen Firmen ein Abonnement auf einen anschließenden Job als Personalchef oder Arbeitsdirektor. Korruption ist zwar nicht die Regel, aber leider auch nicht die Ausnahme.

„Aber“, so werden jetzt manche einwenden, „da gibt es doch auch die ehrlichen, engagierten linken Betriebsräte! Diejenigen, die sich täglich für uns abstrampeln und zumindest versuchen, das eine oder andere zu verhindern.“ Solche Betriebsräte gibt es tatsächlich, in vielen Firmen findet man einen oder zwei als Alibi. Oft sind aber genau sie es, die einem System, das bei den meisten KollegInnen aus guten Gründen unten durch ist, zu einem Rest von Glaubwürdigkeit verhelfen. Darum hat sie ein Genosse aus einem Stahlwerk einmal etwas polemisch „die Contras im Betrieb“ genannt.

Klein und gemein

Etwas anders stellt sich die Situation in vielen kleinen und Kleinstbetrieben dar. Dort erscheint der Wunsch nach einem Betriebsrat verständlicher, schließlich ist die Situation viel übersichtlicher und man steht der Gewalt der Unternehmensleitung, oft in Gestalt eines Firmenpatriarchen, sehr viel unmittelbarer gegenüber. Da bietet ein Betriebsrat zunächst einmal einen gewissen Schutz vor Repression, weil sich die Beschäftigten hinter ein gesetzliches Instrumentarium zurückziehen können. Der Gesetzgeber sieht außerdem bei einer Reihe von möglichen Konfliktbereichen zwingend die Existenz eines Betriebsrates vor, wenn die Belegschaft z. B. Anspruch auf einen Sozialplan oder minimalen formellen Einfluss bei Personalentscheidungen haben will. Während es in Großbetrieben neben dem Betriebsrat meistens auch noch gewerkschaftliche Strukturen gibt, ist in Kleinbetrieben der Betriebsrat meistens die einzige Einrichtung, über die die Belegschaft ihre Interessen formulieren kann.

Mythen in Tüten

Bei Diskussionen um den Sinn oder Unsinn von Betriebsräten stellen wir häufig fest, dass allerlei irrige Vermutungen über diese Institution existieren. Auch hier sind es interessanter Weise gerade wieder die „Linken“, bei denen einige Mythen besonders hartnäckig gepflegt werden. Deshalb wollen wir an dieser Stelle versuchen, etwas Licht ins Dunkel zu bringen.

• Die Verwirrung fängt meist schon mit dem Namen „Betriebsrat“ an. Das finden viele schick, weil „Räte“ ja eigentlich etwas Positives sind und schon halb nach Revolution klingen. Allerdings ist der Betriebsrat überhaupt kein Rat, sondern eher ein Parlament. Er wird alle vier Jahre von den volljährigen Beschäftigten eines Betriebes, die dort seit mindestens sechs Monaten beschäftigt sind gewählt – wobei es keine Rolle spielt, wieviele zur Wahl gehen. Danach aber sind die Mitglieder des Betriebsrates, ebenso wie die Abgeordneten im Bundestag, in keiner Weise mehr an die Wünsche oder Entscheidungen ihrer WählerInnen gebunden oder ihnen gar rechenschaftspflichtig.

Mit einem „Rat“, in dem alle gemeinsam diskutieren und entscheiden, hat das also nicht das Geringste zu tun, ganz im Gegenteil. Der Name gauckelt etwas vor, das weder vorhanden noch vorgesehen ist.

• Eine weitere sehr verbreitete, aber ebenso irrige Annahme ist, dass der Betriebsrat bei seiner Arbeit die Belegschaft informieren, befragen, sich seine Handlungen bestätigen oder die KollegInnen sonstwie beteiligen müsste. Das ist ein Trugschluss. Das Betriebsverfassungsgesetz sieht keinerlei Einfluss der Beschäftigten auf den Betriebsrat vor. Dieser kann – zumindest gegenüber seinen WählerInnen – schalten und walten, wie er möchte. Ein Betriebsrat kann innerhalb seiner Amtszeit nicht abgewählt werden. Ganz egal, ob er sich kaufen lässt oder gegen die Interessen der Belegschaft handelt, was in der Praxis tagtäglich irgendwo geschieht. Für die ArbeiterInnen in einem Betrieb gibt es noch nicht einmal ein Recht darauf zu erfahren, was der Betriebsrat eigentlich in ihrem Namen treibt.

Der Betriebsrat ist der klassische Fall dessen, was Anarcho-SyndikalistInnen eine „vertikale Struktur“ nennen. Eine Institution also, in der diejenigen, die delegieren, keine Macht mehr über die Delegierten haben. Ohne die Möglichkeit der Absetzbarkeit beispielsweise gibt es keinerlei wirkliche Kontrolle. Die undemokratische Grundlage des Betriebsratssystems ist nicht etwa ein „Betriebsunfall“ im Gesetz, sondern eine ganz bewusste Entscheidung des Gesetzgebers und der Gewerkschaften, die an seinem Zustandekommen beteiligt waren. Man musste und wollte zwar zur kontrollierten Konfliktschlichtung eine Vertretung der Beschäftigten schaffen. Die aber sollte so beschaffen sein, dass die Belegschaften selbst so wenig Einfluss wie möglich haben und sie sollte kollektive Prozesse weitgehend ausschließen. Das ist durchaus auch im Interesse der beteiligten Gewerkschaften gewesen, denn die sind ja selbst zentralistisch und undemokratisch organisiert.

Natürlich gibt es auch einzelne Betriebsräte, die versuchen, die Belegschaft mit einzubeziehen oder die sich zumindest gelegentlich im Betrieb umhören. Die ArbeiterInnen bleiben aber auch in diesen Fällen auf den guten Willen und die Gnade des Betriebsrates oder einzelner Betriebsratsmitglieder angewiesen.

• Ein weiteres landläufiges Vorurteil ist es, dass der Betriebsrat ausschließlich dem Interesse der ArbeiterInnen verpflichtet sei. Im Betriebsverfassunggesetz, das die Rechte und Pflichten eines Betriebsrates regelt, und in ergänzenden Gerichtsurteilen, wird aber festgeschrieben, dass der Betriebsrat eine Pflicht zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit dem „Arbeitgeber“ hat, dass er sich der Pflege des „Betriebsfriedens“ verpflichtet fühlen muss. Durch seine Tätigkeit darf der Arbeitsablauf nicht beeinträchtigt werden und er darf der Belegschaft keine Firmengeheimnisse zur Kenntnis bringen. Ein gesetzliches Korsett also, das es einem Betriebsrat im Zweifelsfall reichlich schwer bis unmöglich macht, sich wirkungsvoll für seine WählerInnen einzusetzen. Für die Mitglieder des Betriebsrates selbst gelten noch weitergehende Einschränkungen: Diese dürfen sich – und hier zeigt sich deutlich, in wessen Interesse das Betriebsverfassungsgesetz formuliert wurde – in ihrer Funktion als Betriebsrat weder an Arbeitskämpfen beteiligen noch diese organisieren.

• Womit wir bei einer weiteren sehr verbreiteten Fehlannahme wären, dass nämlich ein Betriebsrat bei Konflikten im Betrieb zu Streiks aufrufen könne. Das wird jedoch von § 74 Abs. 2 BetrVG ausdrücklich verboten. Arbeitskampfmaßnahmen zwischen Betriebsrat und „Arbeitgeber“ sind danach grundsätzlich unzulässig. Ein Streikrecht bleibt in der BRD ausschließlich den Gewerkschaften vorbehalten und das in der Regel auch nur in dem sehr eingeschränkten Rahmen tariflicher Auseinandersetzungen. Dem Betriebsrat ist damit der schärfste Zahn gezogen. Er kann durchaus im Rahmen seiner Mitspracherechte eine Reihe von Entscheidungen des Managements verzögern oder bisweilen blockieren, und hat bei anderen Dingen zumindest das Recht gehört oder informiert zu werden. Das alleine mag schon manche Firmenleitung ärgern. Aber wenn es hart auf hart kommt, bleibt dem Betriebsrat kaum mehr als der Gang zum Arbeitsgericht. Damit steckt er in der Falle einer weiteren Säule des Arbeitsrechtes in der BRD. Arbeitsgerichte dienen in erster Linie dazu, eine eigentlich kollektive Auseinandersetzung in ein individualisiertes juristisches Problem zu verwandeln, bei dem der reibungslose Ablauf der Ausbeutung nicht gefährdet wird.

Der Fakt, dass das Arbeitsgericht die schärfste Waffe des Betriebsrates ist, hat noch ganz andere Konsequenzen. Dort, wo eigentlich eine direkte Auseinandersetzung zwischen der Belegschaft und der Firmenleitung angesagt wäre, wird der Konflikt auf die Ebene juristischer Spitzfindigkeiten verlagert. Dafür braucht es – statt Solidarität und der Bereitschaft zur kollektiven Aktion – bezahlte SpezialistInnen von außerhalb und die Beschäftigung mit absurden juristischen Winkelzügen. Das führt dazu, dass die Passivität der Belegschaft nicht nur durch Stellvertreter-Denken genährt wird, sondern auch durch das mangelnde Vertrauen in die eigene Entscheidungskompetenz.

• Ein weiterer Mythos betrifft das Verhältnis von Betriebsrat und Gewerkschaften. Beide haben formell nichts miteinander zu tun. Um Betriebsratsmitglied zu werden, muss frau nicht Mitglied einer Gewerkschaft sein und viele Betriebsräte sind das auch nicht. Das Gesetz sieht allerdings vor, dass eine Gewerkschaft die Wahl eines Betriebsrates anschieben kann. Das können zwar auch die Beschäftigten selbst tun, allerdings sind dabei so viele formelle Fallstricke zu beachten, dass die meisten dabei lieber auf die Hilfe von GewerkschaftsspezialistInnen zurückgreifen.

Das gilt nicht nur für die Gründung eines Betriebsrates. Das ganze Betriebsverfassungsgesetz, inklusive tausender zugehöriger Urteile, sind derart komplex und verrechtlicht, dass ein Betriebsrat ohne externe Spezialisten gar nicht auskommt. Diese und ein Großteil des Weiterbildungswesens für Betriebsräte werden in der Regel von den DGB-Gewerkschaften gestellt (und von den Firmen bezahlt), womit die Zentralgewerkschaften durch die Hintertür einen maßgeblichen Einfluss auf die formell unabhängigen Betriebsräte gewinnen.

In der Praxis gibt es allerdings häufig auch Zwist zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten. Zwar sind die großen Gewerkschaften neben dem eigenen Machterhalt häufig sowieso schon eher dem Wohlergehen des „Wirtschaftsstandorts Deutschland“ verpflichtet, als dem ihrer Mitglieder. Dennoch geraten selbst sie häufig in Konflikt mit Betriebsräten, die noch unternehmensfreundlicher sind. In vielen Großbetrieben, besonders in der chemischen Industrie, sind die Betriebsräte vor lauter „Co-Management“ mittlerweile kaum mehr als Filialen der Geschäftsführung. Es kommt also nicht von ungefähr, wenn es in der Vergangenheit immer wieder einmal Anläufe in der Politik gab, die Stellung von Betriebsräten zu



stärken, um die Gewerkschaften hierdurch zu schwächen.

Zwischenbilanz

Um es bis hierher kurz zusammenzufassen und auf den Punkt zu bringen: Das System Betriebsräte wurde von der SPD und den Zentralgewerkschaften 1920 gegen den erbitterten Widerstand der radikalen Teile des Proletariats durchgesetzt, um das Fortbestehen des Kapitalismus nach dem 1. Weltkrieg zu sichern. Das System basierte von Beginn an auf der kontrollierten Schlichtung von betrieblichen Konflikten, bei denen die Beschäftigten scheinbar eingebunden, in Wahrheit aber entmündigt und ihrer kollektiven Stärke beraubt werden. Nach der Niederlage des deutschen Faschismus wurde das System wieder aufgegriffen und reformiert.

Seither hat es seinen Zweck – die Befriedung – meist sehr zuverlässig erfüllt. Staat und Kapital lassen sich die Betriebsräte Jahr für Jahr Dutzende Millionen Euro für Freistellungen, Seminare und Betriebsmittel kosten. Da ist das Bakschisch wie im Falle von Siemens, VW und vielen anderen noch gar nicht mit eingerechnet. Vor dem Hintergrund des Krisenangriffs der letzten Jahre steigt zwar die Zahl von Firmen, die sich stark genug fühlen, betriebliche Konflikte auch ohne Betriebsrat gegen die Belegschaften zu führen und zu gewinnen. Die weitaus meisten Unternehmen wissen aber durchaus, was sie an ihren Betriebsräten haben und wollen diese nicht missen.

Du hast keine Chance, also nutze den Betriebsrat?

„Ist ja gut und schön und deckt sich auch mit meinen Erfahrungen", werden einige LeserInnen jetzt vielleicht sagen, „aber trotzdem ist der Betriebsrat bei mir in der Firma die einzige Chance, zumindest den einen oder anderen Angriff abzuwehren." In einer Situation, in der die meisten KollegInnen Angst davor haben, sich selbst für ihre Interessen einzusetzen, ist der Ruf nach dem Betriebsrat zunächst einmal verständlich. Denn er kann, wenn er will, in der Tat das eine oder andere erreichen. Wo es gar keine Überstundenbegrenzung gibt, verhilft manchmal schon eine Betriebsvereinbarung zu etwas mehr Luft, die die Anzahl an unbezahlten Überstunden zumindest begrenzt. Wo ein Betriebsrat Einstellungen und Entlassungen zustimmen muss, kann manchmal die eine oder andere Härte verhindert werden.

Es wäre ja schließlich auch unsinnig, wenn der Gesetzgeber den ArbeiterInnen eine Institution vor die Nase setzte, ohne dass diese irgendeinen Vorteil daraus ziehen könnten. Irgendetwas muss schließlich im Tausch dafür geboten werden, dass man von den Belegschaften erwartet, sich ruhig und gesittet verhalten und die Finger von kollektiven Unmutsäußerungen zu lassen. Wobei man an dieser Stelle ruhig auch einmal erwähnen kann, dass es den meisten KollegInnen durchaus ganz recht ist, wenn sie ihre Interessen an jemand anderen abtreten können. Schließlich bekommt das jede von uns von Kindheitsbeinen an so beigebracht.

Allerdings zahlen gerade engagierte Betriebsräte für ihrer Tätigkeit oft einen hohen Preis. Sozialauswahl bei Entlassungen bedeutet, dass man über das Schicksal von KollegInnen mitentscheidet. Überstundenregelungen führen zu Konflikten mit denen, die auf die Extra-Kohle angewiesen sind und sich deshalb kaputtschuften wollen. Wer im Rahmen der Betriebsratstätigkeit über Einstellungen und Entlassungen mitentscheidet, macht sich zwangsläufig zum Handlanger betrieblicher Personalpolitik. In den meisten Firmen haben Betriebsräte zuallererst die Interessen der Stammbelegschaften im Auge und zementieren häufig die Spaltung der Belegschaften in Festangestellte und LeiharbeiterInnen. So mancher fällt es deshalb schon bald schwer, sich noch im Spiegel anzuschauen und sie wirft wieder das Handtuch oder integriert sich ganz in das System.

In ihrer paralysierenden Wirkung auf die Belegschaft stehen Betriebsräte in kleiner Firmen denen in Großbetrieben in der Konsequenz kaum nach. Das kann auch kaum anders sein, denn das Problem ist kein personelles, sondern ein strukturelles.

Anarcho-Syndikalismus und Betriebsräte

Dennoch gibt es auch unter Anarcho-SyndikalistInnen immer mal wieder Diskussionen darüber, ob man sich nicht vielleicht doch etwas mehr auf Betriebsräte einlassen solle. Dabei wissen wir es eigentlich besser. Wir kultivieren eine Herrschaftskritik, die aufgrund materialistischer Erfahrungen zu dem Schluss gekommen ist, dass es immer die Institutionen sind, die den Einzelnen brechen und nie umgekehrt. Wir können präzise darlegen, dass Stellvertreterpolitik zu Entmündigung und Passivität führt und kämpfen deshalb gegen sie an. Wir haben eine passable Analyse der verheerenden Wirkung parlamentarischer Repräsentationssysteme und kämen nicht im Traum darauf, an Wahlen teilzunehmen oder dazu aufzurufen.

Umso unverständlicher ist es also, wenn manchmal in Bezug auf Betriebsräte, das materialistische Handwerkszeug über Bord geschmissen wird und ein seltsamer Idealismus Einzug hält. Dabei erfüllt das Betriebsratssystem mühelos alles, was die FAU ansonsten ablehnt. Es lässt sich ebensowenig in etwas Positives verwandeln wie die zentralistischen DGB-Gewerkschaften oder die Parlamente. Eine undemokratische und Passivität erzeugende Struktur kann nicht dadurch geändert werden, dass engagierte Leute versuchen, sich ihrer zu bedienen. Wo solche Versuche von anarchosyndikalistischer Seite zwangsläufig enden, lässt sich am Beispiel der spanischen CGT ablesen.

Das abschreckende Beispiel der CGT

Als nach dem Ende der Franco-Diktatur in Spanien ein neues Arbeitsrecht eingeführt wurde, orientierte man sich weitgehend am deutschen Betriebsratsmodell. Gewerkschaften, die sich daran beteiligen, erhalten staatliche Subventionen und Vergünstigungen – wer sich der Integration verweigert wird, wie die CNT wird mehr oder weniger illegalisiert und aus den Betrieben gedrängt. Kurz nacheinander spalteten sich Ende der 70er Jahre zwei Fraktionen der CNT ab, die sich nicht mit ihrer Forderung nicht durchsetzen konnten, die CNT solle sich beteiligen. Sie gründeten später die CGT (Confederación General del Trabajo).

Anfänglich wurde die Beteiligung an den «Comités de empresa» damit begründet, dass man erst einmal herausfinden wolle, welche konkreten Erfahrungen man mit dem neuen Betriebsratsmodell machen würde. Die CGT war bei den Wahlen durchaus erfolgreich. Heute ist sie die drittstärkste spanische Gewerkschaft, gemessen an der Zahl ihrer Betriebsräte. Sie erhält für diese jedes Jahr mehrere Millionen Euro aus den Gewerkschaftstöpfen des Arbeitsministeriums. Die versprochene Auswertung der Erfahrungen hat hingegen nie wirklich stattgefunden. Stattdessen wurde aus dem Versuch ein Dauerzustand. In dem Maße, in dem die CGT mehr Betriebsratsposten gewann, nahm der Aktivismus innerhalb der Gewerkschaft ab. Durch ihre Erfolge bei den Wahlen, wurde die CGT außerdem für oppositionelle Gruppierungen innerhalb anderer Gewerkschaften interessant, die sich von ihrem Übertritt zur CGT ein einfacheres Tikket in den Betriebsrat erhofften.

Nach mehr als 20 Jahren Beteiligung am Betriebsratssystem ist aus der CGT das geworden, was jede/r halbwegs fundierte Libertäre dieser Gewerkschaft prognostiziert hat: die Mitgliederzahl ist deutlich gestiegen, die Anzahl der AktivistInnen, der Militanten, deutlich gesunken. Heute gibt es sicherlich noch einige Anarcho-SyndikalistInnen in der CGT, aber die CGT ist nur noch schwerlich als anarcho-syndikalistische Gewerkschaft zu bezeichnen.

Dieser Prozess lag sicherlich nicht daran, dass es in dieser Gewerkschaft nur karrieregeile Leute gegeben hätte, die sich nichts sehnlicher wünschten, als sich korrumpieren zu lassen. Ganz im Gegenteil: Es gab dort eine Menge fitter Leute, die sich in bester Überzeugung auf das Betriebsratssystem eingelassen haben. Sie wurden aber von der materiellen Gewalt der Struktur in deren Rahmen und Vermittlungsformen gezwungen. So wie der CGT wird es jeder emanzipatorischen Gewerkschaft ergehen, die sich dauerhaft auf solche vertikalen Strukturen einlässt.

Syndikat statt Betriebsrat

Die Motivation dafür, dass trotzdem immer wieder einmal das Liebäugeln mit der Institution Betriebsrat einsetzt, zeugt von der anhaltenden Schwäche unserer Klasse und damit auch der Schwäche der FAU, in größerem Umfang und dauerhaft eine eigenständige Praxis jenseits der sozialpartnerschaftlichen Mitwirkungsinstitutionen auf die Beine zu stellen.

Das gilt insbesondere in Phasen wenn der Normalbetrieb der Ausbeutung angesagt ist. Wenn betriebliche Konflikte hingegen eskalieren, schaffen sie meist mühelos den Sprung von der institutionellen Ebene in die der kollektiven Aktion. Dieses Muster erleben wir immer wieder bei Streiks; wenn die Belegschaften in Bewegung kommen, treiben sie die Gewerkschaften und die Betriebsräte vor sich her. Diese haben dann in der Regel nichts Eiligeres zu tun, als selbständige Aktionen auszubremsen, den Konflikt zu entschärfen und unter Kontrolle zu bringen. Genau das also, was der Anarcho-Syndikalismus am Allerwenigsten will.

Als Anarcho-SyndikalistInnen gehören wir nicht zu denen, die daraus die Konsequenz ziehen, einfach nur darauf zu warten, dass es doch irgendwo knallt, um dann dort aufzurocken und gute Ratschläge zu verteilen. Wir wollen vielmehr flächendeckend Strukturen aufbauen, die nicht nur in der Lage sind, uns selbst bei betrieblichen und anderen Konflikten zu schützen, sondern die uns darüber hinaus dazu dienen können, den Laden eines Tages zu übernehmen, um etwas Sinnvolles an seine Stelle zu setzen.

Die FAU ist deshalb darauf angewiesen, eine eigenständige kollektive und rebellische Praxis (weiter-) zu entwickeln, die uns und unsere KollegInnen in die Lage versetzt, am Betriebsrat vorbei – in der Praxis oft auch gegen ihn – kollektiv und erfolgreich zu agieren. Dafür brauchen wir unter anderem unsere eigenen Strukturen, die Syndikate, und dafür müssen wir immer wieder aufs Neue überzeugen, dass man Konflikte auf andere Art austragen kann und muss, als das im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes vorgesehen ist. Nur so kann man die Betriebsräte rechts liegenlassen und die Lähmung aufbrechen.

Solidarität sichert Interessen

Es wäre vermessen zu behaupten, dass wir ein funktionierendes Patentrezept aus dem Hut zaubern könnten. Es gibt Vorstellungen, es gibt Erfahrungen, es gibt Experimente, die die FAU ein Stück weiterbringen können, aus einer Position relativer zahlenmäßiger Schwäche heraus erfolgreich handlungsfähig zu werden. Dazu gehört, dass wir das einsetzen, was wir im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften und zu Betriebsräten haben: aktive GenossInnen, die in der Lage sind, solidarisch und auch kurzfristig füreinander einzutreten und die sich nicht scheuen, der Gegenseite auch einmal etwas unmittelbarer auf die Pelle zu rücken. Unsere Stärken liegen genau dort, wo das Betriebsverfassungsgesetz endet. Statt Vermittlung, Befriedung und Vereinzelung, sind wir in der Lage, Kollektivität, Solidarität und direkte Aktion zu organisieren. Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass wir damit im Einzelfall mehr reißen können, als sehr viel größere Gewerkschaften, die außer der Visitenkarte des Rechtsanwaltes wenig zu bieten haben, wenn es zum Konflikt kommt. Kein Zweifel, anarcho-syndikalistische Praxis setzt Risikobereitschaft voraus und hat keinen Kündigungsschutz im Angebot. Das ist ein weiterer Grund, warum Solidarität bei uns ganz oben auf der Tagesordnung steht.

Dass es oftmals ziemlich unbefriedigend ist, alleine oder zu zweit in einem Betrieb zu sitzen und nicht wirklich zu wissen, wie man die Dinge ins Rollen bringen kann, ist verständlich. Hier muss sich vor allem eines ändern: die Bereitschaft der KollegInnen, sich für ihre Interessen selbst in Bewegung zu setzen. Häufig bleibt bleibt einzelnen FAU-Mitgliedern erst einmal wenig mehr, als zu zeigen, dass frau jemand ist, auf den man sich verlassen kann und bei passender Gelegenheit zu versuchen, die Interessen der KollegInnen gegen die des „Arbeitgebers" zu verteidigen..

Es geht voran

In den letzten drei Jahen ist die Konflikt- und Streikbereitschaft deutlich getiegen. Immer mehr KollegInnen sind unzufrieden und machen nicht mehr nur Faust in der Tasche. Viele lassen sich auch nicht mehr von Funktionären abschrecken, die Finger von den „Chaoten" zu lassen. Das haben viele der Konflikte der letzten Zeit gezeigt, über die wir in dieser Zeitung berichtet haben und an denen immer häufiger GenossInnen aus der FAU in der einen oder anderen Form beteiligt sind. Erinnert sei an das „Strike-Bike", eine Aktionsform mit engen Grenzen und Beschränkungen, aber eben auch eine, die ohne die Kreativität, die spontane Solidarität und das Organisationstalent der FAU nie möglich gewesen wäre. Keine andere Gewerkschaft, kein Betriebsrat, wäre auch nur auf die Idee gekommen, in dieser Form den Rahmen der traditionellen Rituale zu sprengen. Für uns hingegen ist das eine Selbstverständlichkeit, die von Beginn an zu unserer anarcho-syndikalistischen Kultur gehört hat und die wir ständig weiterentwickeln. Zu dieser Kultur gehört es ebenso selbstverständlich, dass wir immer international agiert haben und dass unser Verständnis von Gewerkschaft weit über das rein betriebliche hinausgeht.

Es spricht sich in letzter Zeit zunehmend herum, dass die FAU kein Haufen von anarchistischen Wirrköpfen ist, die viel diskutieren, aber nichts tun. Das liegt ganz sicher auch daran, dass sich die FAU mit der Praxis der letzten Jahre viel Respekt verschafft hat. Es kommt nicht von ungefähr, dass es momentan in etlichen Orten Gründungsinitiativen für neue Syndikate und Ortsgruppen gibt. Das ist eine gute Ausgangsbasis dafür, uns die notwendigen Gedanken über die nächsten Schritte zu machen. Dabei sollten wir auf das aufbauen, was wir besonders gut können und was uns von den lahmen, sozialpartnerschaftlichen und zentralistischen Apparaten und Institutionen unterscheidet, zum Beispiel unsere Wendigkeit und Konfliktbereitschaft.

Der völlig falsche Weg hingegen wäre es ausgerechnet jetzt, wo die Konfliktbereitschaft wieder steigt, eine Diskussion darüber zu beginnen, ob und wie man sich eine Institution zu Nutze machen könnte, deren wesentlicher Existenzzweck die Befriedung von Konflikten ist. Damit können wir nur verlieren.

Die FAU hat 1991 einen Beschluss zur Betriebsratsfrage getroffen, der auch heute noch völlig auf der Höhe der Zeit ist. Wir sollten unsere Kreativität stattdessen darauf verwenden, wie wir die Syndikate der FAU zu effektiven Schulen des Widerstands und Fortschritts, des Klassenkampfes machen. Denn etwas Besseres als einen Betriebsrat werden wir überall finden.

FAU Moers

Remember the Dead – fight for the Living*

Arbeitsunfälle in Deutschland: Das Ausmaß noch immer erschreckend, und totgeschwiegen.



Foto: mokeyc.net

Mit einer Eilmeldung kehrten „die Arbeiter" in die Nachrichten zurück. Aus bisher ungeklärter Ursache hatten sich vom Erweiterungsbau für das Braunkohlekraftwerk Neurath Stücke des Großkesselgerüsts gelöst. Die Konstruktion aus mehreren Stahlträgern war, unter zusätzlicher Last, aus einer Höhe von über 100 Metern zu Boden gestürzt. Auf einer Großbaustelle des Stromkonzerns RWE hatten 450 Tonnen Stahl mehrere Bauarbeiter mit in die Tiefe gerissen. Die etwa 1.000 KollegInnen müssen mehr als entsetzt gewesen sein.
Ob angeordnet oder nicht, die Arbeit ruhte, seit diesem Nachmittag, Ende Oktober 2007, in Grevenbroich im Ruhrgebiet. Das Unternehmen sprach zunächst von fünf Toten und einem Vermissten. Es folgte ein Großeinsatz der Rettungskräfte – und ein helles, aber kurzes Strohfeuer in den Medien.

Vier Tote, 3.400 Verletzte. Täglich.

Bei der Katastrophe Ende Oktober starben drei Arbeiter; seit Herbst 2007 sind es insgesamt fünf Tote bei dem RWE-Kraftwerksbau. Die getöteten Arbeiter sind kein Einzelfall. Weder auf dieser Baustelle, noch im Bundesgebiet. Allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres starben, vereinzelten Presseberichten zufolge, sieben ArbeiterInnen bei einem Betriebsunfall. Die Berichterstattung über diese Tragödien ist marginal: Die Statistik weist (für 2006) über 900 tödliche Arbeitsunfälle aus, und etwa halb so viele Todesfälle auf dem Weg zum oder vom Arbeitsplatz. (1) Das sind vier Tote und 3.400 Verletzte, tagtäglich. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Arbeitsunfälle, nach vorläufigen Angaben der Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), weiter gestiegen. Auch wenn diese Zahl in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken ist, hält sie sich noch immer oberhalb der Millionenmarke. Dabei verzeichnet die DGUV nur die meldepflichtigen Unfälle. Das sind diejenigen, die eine mehr als 3-tägige Arbeitsunfähigkeit oder den Tod zur Folge haben.

Einen Schwerpunkt bilden erwartungsgemäß die Bau- und Holzwirtschaft und die Leiharbeit. Verhältnismäßig viele Unfälle ereignen sich in Klein(st)unternehmen, die dem Arbeitsschutz zu wenige Mittel zuweisen. Die Unfallrate ist deutlich höher. (2) Aber auch in Großunternehmen werden ArbeiterInnen zu Unfallopfern, meist mit verheerenderen Folgen. Im Dezember 2007, beispielsweise, starben fünf Arbeiter bei einem Großbrand in dem Turiner Werk des Stahlkonzerns ThyssenKrupp. 30.000 ArbeiterInnen der Metallbranche legten daraufhin die Arbeit nieder. (3) Das Unternehmen weist indes jegliche Verantwortung von sich.

Im Falle Grevenbroich lehnt RWE die Verantwortung nicht ab, weil solche Vorwürfe in Deutschland gar nicht erhoben werden. Vielmehr kann sich das Management des größten deutschen Energiekonzerns zurücklehnen; die Subunternehmen Alstom und Hitachi hätten die Hoheit über die ausgeführten Arbeiten innegehabt. Überdies genügte allen Beteiligten der Hinweis, man habe zunächst die Untersuchungsergebnisse abzuwarten. Wie die Wochenzeitung Jungle World für Turin konstatierte, aber doch auf andere Weise, folgte auch hierzulande „dem allgemeinen Entsetzen kein allgemeiner Protest." Erste Ergebnisse der Untersuchungen von Staatsanwaltschaft und Arbeitsschutz sind für den Sommer angekündigt.

Kein Thema.

Arbeitsunfälle werden in Deutschland wohl seit jeher „hinter den Kulissen", nicht als öffentliche Angelegenheit behandelt. Im 19. Jahrhundert hatte zunächst Preußen „Arbeiterschutzbestimmungen" erlassen, weil es dem Reformkönig an brauchbaren Rekruten mangelte – oder modern formuliert: an Humanressourcen. Heute kümmern sich mehrere Dutzend Berufsgenossenschaften und Arbeitsschutz-Ämter um eines der größten Zuckerstücke aus dem Erbe Bismarcks. Die einen sorgen als Gliederungen der gesetzlichen Unfallversicherung, ähnlich den Krankenkassen, für die Behandlung des Einzelfalls. Die anderen suchen, durch Inspektionen, Präventionsmaßnahmen und Untersuchungen die volkswirtschaftlichen Kosten (die Rede ist von Milliardenbeträgen) zu drücken. In diese Richtung zielt auch die für 2008 geplante Reform der Unfallversicherung durch die Bundesregierung: „Straffere Strukturen" sollen zielführend sein, um „Kosten zu senken sowie die Wirtschaftlichkeit und Effizienz des Systems zu stärken". Die Beschäftigten kommen, so z.B. auch in einer Kampagne der Arbeitsschutz-Allianz Sachsen, an letzter Stelle in der Argumentationskette. So mag dem einen oder der anderen LeserIn flau im Magen werden, ob des Sinns, der im sorgenden Blick des Vaters Staat liegt.

So erklärt sich auch der blinde Fleck im Themenkatalog bundesdeutscher Boulevard- und Tagespresse. Der „linkskommunistische Theoretiker" Gilles Dauvé fasst die Problematik in einem Essai zur Pressefreiheit wie folgt: „Das Prinzip der Pressefreiheit hängt in jedem Moment von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Arbeitsunfälle sind sehr wohl Wirklichkeit, und zwar massiv. Aber die Öffentlichkeit erfährt davon, im Vergleich zu den Nachrichten unter ‚Vermischtes', kaum etwas – denn im Gegensatz zu bspw. den Unfalltoten im Straßenverkehr, rücken diese Unfälle die Beziehung von Lohn und Kapital ins Blickfeld und rühren an den Kern des kapitalistischen Systems." (4) Vielleicht etwas pathetisch, aber...

Wenn die Konjunktur brummt

Fakt ist: Seit 2006 nimmt die Zahl der angezeigten Arbeitsunfälle wieder zu. Bei den tödlichen Unfällen war sogar ein drastischer Anstieg gegenüber dem Vorjahr zu beklagen. Hier werden nach wie vor massive Mängel und Defizite im Arbeitsschutz erkennbar. Aber nicht allein die Verletzung von Arbeitsschutznormen und -gesetzen führt zu Unfällen. Sowohl die DGB-Gewerkschaften als auch die Bundesregierung hängen es zwar nicht an die große Glocke; aber auch sie stellen die Konjunktur – „Arbeitsintensität und Beschäftigung nehmen zu" – in einen ursächlichen Zusammenhang zur erhöhten Zahl der Arbeitsunfälle.

Die gewerkschaftsnahe Zeitschrift „Gute Arbeit" schreibt im Februar 2008, betont zurückhaltend: „Möglicherweise trägt auch die Ausbreitung von Leiharbeit dazu bei." Nach offiziellen Zahlen liegt der Anteil der LeiharbeiterInnen unter den abhängig Beschäftigten bei 1,8% – wohingegen 4,6% der Arbeitsunfälle auf Leihbuden entfallen. Weiter heißt es: Die „Ausdehnung von Arbeitszeiten, Kosten- und Termindruck, Stress im Arbeitsleben spielen [bei Arbeitsunfällen] eine Rolle, die gründlicher untersucht werden muss."

Einen interessanten Fundus zu dieser Frage bietet eine Erhebung von 2006. Generell könne demnach zwar von einer gewissen Entschärfung der Belastungssituation im Bereich der körperlichen Arbeitsbedingungen ausgegangen werden. Aber das heißt noch nicht, dass die schöne neue, saubere Dienstleistungswelt, wie man sie aus Werbung und TV kennt, Wirklichkeit geworden wäre. Die klassischen Zwangshaltungen (gebeugt, hockend, auf Knien etc.) wie auch das Tragen schwerer Lasten sind noch keine Ausnahme. Betroffen sind v.a. ArbeiterInnen auf dem Bau sowie in der Landwirtschaft, im Transportgewerbe und in Gesundheitsberufen. Und auch die typischen Angestelltenberufe sind keine „goldenen Käfige", sondern ebenso rostig wie die Handarbeit, nur anders. So verliert die Fremdbestimmtheit der konkreten Tätigkeit zwar an Raum, der Zugriff auf die Arbeitskraft verlagert sich jedoch nur auf die Ebene strikter Ergebnis- und Zeitvorgaben. (5) Die Grenze ist fließend zwischen schlechten Arbeitsbedingungen, die schleichend, und Arbeitsunfällen, die schlagartig krank machen. Für Gewerkschaften also kein Thema, das man umgehen könnte.

„Der Terrorismus der Bosse"

Die anarcho-syndikalistische CNT-IAA stellt sich dem Problem und startete im Frühjahr 2004 in Madrid eine Kampagne gegen die Unsicherheit am Arbeitsplatz. Unter der Losung „Accidente laboral, Terrorismo patronal!" organisierte die radikale Gewerkschaft in jedem Verwaltungsbezirk der Hauptstadt eine Kundgebung, um auf das Problem aufmerksam zu machen. Die absoluten Zahlen sind denen aus Deutschland sehr ähnlich: Im Jahr 2000 sind jeden Tag durchschnittlich 2.600 ArbeiterInnen verletzt und fünf getötet worden. Verhältnismäßig aber sind es doppelt so viele Unfälle wie in Deutschland, und die Tendenz der Steigerung ist bis heute ungebrochen. Im Frühjahr 2002 war die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle (im Vergleich zum Vorjahreszeitraum) um 16,4% gestiegen!

Dieser rasante Anstieg war wohl einer der Anlässe für die CNT Villaverde (Madrid), die Kampagne gegen Arbeitsunfälle aus der Taufe zu heben. Anlass genug auch für die übrigen CNT-Gruppen, die Kampagne zu unterstützen und auf Landesebene zu heben. Inzwischen findet sich im Internet eine umfangreiche Sammlung von Berichten über Demos und Aktionen sowie über Unfälle, die durch Nichteinhaltung von Sicherheitsstandards enstanden sind. (6) Um nicht nur im konkreten Falle aktiv werden zu können, wenn es schon zu spät ist, ruft die Gewerkschaft dazu auf, Unternehmen bei der CNT anzuzeigen, die die Mindeststandards beim Arbeitsschutz unterschreiten.

Für eine Vielzahl der Arbeitsunfälle, besonders auf dem Bau, macht die CNT Unternehmen verantwortlich, die aus Profitgründen Sicherheitsmaßnahmen außer Acht lassen. Verantwortlich macht sie auch Politiker, die das Problem bestenfalls einer Kosten-Nutzen-Rechnung unterziehen – und schließlich die großen Gewerkschaften CCOO und UGT, die aufgrund ihrer Abhängigkeit von Unternehmen und Staat die Verteidigung der ArbeiterInnen nicht in die Hand nehmen können. Allein, der Jammer nur hilft gar nicht. Die Kampagne richtet sich deshalb auch gegen Leiharbeit und Prekarität, weil insbesondere dadurch Arbeitsunfälle hervorgerufen werden.

Die spanische Regierung (Sozialdemokraten) plante nun 2007 ein Programm zur Verringerung dieser Zahlen, „um den menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Schaden, den Arbeitsunfälle verursachen, zu verringern". Unter anderem sind verstärkte Inspektionen in Betrieben angedacht, die viele Unfälle verzeichnen. Die CNT mahnt, dass das nur ein Anfang sein könne, weil es nur die halbe Wahrheit ist. Die Gewerkschaftsföderation verweist darauf, dass die Regierungsinitiative lediglich auf die „Gesetzestreue" von ArbeiterInnen und Unternehmen abzielt. Völlig ausgeblendet würden hingegen zunehmender Arbeitsstress, u. a. durch Zeitarbeit und im Dienstleistungssektor, die unzähligen Überstunden und der verbreitete finanzielle Zwang zu mehreren Jobs. Ganz klar, in vielen Branchen landet ganz schnell zwischen der Maschine, wer nicht wirklich mit allen Sinnen bei der Sache, oder wer erschöpft ist.

Remember the Dead, fight for the Living

Arbeitsunfälle sind freilich nicht nur in Europa ein Problem. In den USA starben im Jahr 2004 5.700 ArbeiterInnen bei oder infolge eines Unfalls auf Arbeit. Die Ausmaße in Staaten der südlichen Hemisphäre oder Entwicklungsdiktaturen wie China können wohl nur geschätzt werden. Eines ist sicher: Das Problem ist gigantisch und eines der drängendsten. Nach Angaben der britischen Gewerkschaft TUC fordert die Lohnarbeit alljährlich mehr Opfer als die Kriege dieser Welt. Die internationale UNO-Organisation ILO schätzt die Zahl der Toten und Verletzten weltweit auf zwei bzw. 270 Millionen ArbeiterInnen.

Die kanadische Basisgewerkschaft CUPE hatte das Gewicht dieses Themas bereits Mitte der 1980er erkannt und mobilisierte als erste zu einem „Workers' Memorial Day". Den 28. April 1984 machte die CUPE – unter der Losung „Der Toten gedenken, kämpfen für die Lebenden" – zu einem Tag des Gedenkens und Engagements für ArbeiterInnen, die durch ihre Arbeit getötet, verstümmelt, verletzt wurden oder anderweitig zu leiden haben. Schnell mauserte sich das Datum zu einem internationalen Aktionstag, an dem gestreikt, protestiert und informiert wird. In zahlreichen Städten wurden, organisationsübergreifend wie es dem Problem gebührt, Gedenktafeln mit der einheitlichen Losung angebracht. Vor zwei Jahren gab es am 28.4. Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen in über 80 Ländern auf allen Kontinenten (7) – in Deutschland hat noch keine Gewerkschaft dieses Thema als Anlass einer Mobilisierung aufgegriffen.

André Eisenstein

* Der Toten gedenken, kämpfen für die Lebenden.

1) Bundesregierung: „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2006" (SUGA 2006), Schwerpunkt Zeitarbeit. http://de.osha.europa.eu

2) Werner Feldes, in: Zeitschrift „Gute Arbeit", März 2007. www.gutearbeit-online.de

3) siehe Catrin Dingler: „Die Toten von Turin", in: Wochenzeitung „Jungle World" #51, 2007. Im Archiv im Internet, www.jungle-world.com

4) Gilles Dauvé: „Le Présent d'une Illusion", La Lettre de Troploin #7, Juni 2006.

5) Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin: „Arbeit und Beruf im Wandel", 2005/2006. Überblicksweise dargestellt von Uwe Lenhardt: „Nichts für Schwache Nerven", in: Gute Arbeit, März 2007, www.gutearbeit-online.de

6) Ausführlichere Informationen auf Spanisch bei der CNT-IAA: www.cnt.es/accidentes

7) Weitere Informationen auf Englisch bei der Zeitschrift „Hazards": http://hazards.org/wmd

„Erschießen sollte man ihn wie einen Hund!“

Die Geschichte des australischen Robin Hood: „Iron Outlaw“ Ned Kelly

Es war 03:00 Uhr Montagmorgen. Der Mond war voll und warf ein starkes Licht. Unter der Leitung von Kommissar Hare umstellten etwa 50 schwerbewaffnete Polizisten ein Hotel und verschanzten sich hinter Bäumen. Als die Polizei Stellung bezogen hatte, stürzten vier bewaffnete Männer heraus und eröffneten das Feuer. Als sie ihre aussichtslose Situation erkannten, zogen sie sich wieder in das Hotel zurück. Die darauf folgende Belagerung dauerte mit immer wieder auftretenden Schusswechseln bis in die frühen Morgenstunden. Als die Sonne langsam aufging, kam eine vom Morgennebel umhüllte Gestalt aus dem Hotel. Den halben Körper in Rüstung gehüllt und auf dem Kopf einen Helm mit winzigem Schlitz als Sichtfenster darin, schritt der Mann schweren Schrittes auf die Polizisten zu. Seine Arme waren in einem 90-Grad-Winkel vom Körper nach vorne gestreckt. Beide Hände umklammerten jeweils einen geladenen Revolver. Der Mann eröffnete das Feuer. Die Polizisten schossen zurück, aber die Kugeln prallten von seiner gepanzerten Brust ab und fielen zu Boden. Immer näher kam der Mann schießend an die Polizeifront heran, als plötzlich eine Kugel sein Knie traf und ihn mit der 45 Kilogramm schweren Rüstung zu Boden sacken ließ. Eine weitere Kugel traf das andere Bein. Nun lag er ganz. Innerhalb von Sekunden hatten die Polizisten den Mann umzingelt. Sie nahmen ihm die Rüstung und den Helm ab. Als sie sein blutverschmiertes Gesicht und seine Wunden sahen, glaubten sie ihn tot und trugen ihn in den Bahnhof.

So oder so ähnlich könnte sich die letzte Schlacht des „Iron Outlaw“ Ned Kelly abgespielt haben. Der folgende Text möchte einen Einblick in das Leben und die Verhältnisse des Australiers geben, der sich gegen die Unterdrückung durch Staat und Polizei einsetzte und der für viele noch heute ein Volksheld ist.

Ned Kelly wurde im Dezember 1854 in Beveridge, Victoria als ältestes von acht Kindern geboren. Sein Vater John Kelly kam aus Tipperary, Irland. 1841 brachte man ihn in die Strafkolonie nach Tasmanien, weil er zwei Schweine gestohlen hatte. Nachdem er seine Zeit in Tasmanien abgesessen hatte, zog er 1848 nach Port Phillip, Victoria und heiratete zwei Jahre später eine Frau namens Ellen Quinn, die Mutter von Ned.

Australische Verhältnisse

Der größere Teil Australiens(1) wurde 1606 von einem Niederländer namens Willem Jansz entdeckt. 1642 erforschte die Niederländische Ostindien-Kompanie den westlichen Teil des Kontinents, maß ihm aufgrund seiner trockenen und unfruchtbaren Vegetation aber keine Bedeutung bei.

Zur Kolonisation kam es erst 1770 durch den englischen Seefahrer James Cook, der an der fruchtbareren Ostküste strandete und das Land als britische Kolonie „New South Wales“, die als Sträflingskolonie geplant war, für England in Besitz nahm. Im Januar 1788 erreichten die ersten Schiffe mit Siedlern und Sträflingen Sydney Cove. Bis 1836 wurde ganz Australien, abgesehen von Neuguinea, zur britischen Kolonie.

Neben der britischen Krone herrschten in Australien, wie fast überall auf der Welt, diejenigen, die Land und Geld besaßen. Unter dem starken Schutz der Polizei und auch des britischen Königshauses schikanierten die Großgrundbesitzer ihre Angestellten mit miesen Arbeitsbedingungen und Löhnen. Wer nichts hatte, hatte auch nichts zu sagen und konnte froh sein, dass er immerhin noch ausgebeutet wurde. Nur die Aborigines waren noch schlimmer dran.

Als sein Vater unerwarteter Weise verstarb, verließ Ned Kelly im Alter von zwölf Jahren die Schule, um seine Familie zu ernähren. Die Mutter zog mit ihren Kindern nach Eleven Mile Creek zwischen Greta und Glenrowan, was noch heute als „Kelly Country“ bekannt ist. Ned arbeitete die meiste



Ned Kelly im Gefängnis von Pentridge (um 1874). Quelle: ironoutlaw.com

Zeit über als Viehhirte oder Zaunbauer. Sehr früh war er so in die Konflikte der „kleinen Leute“ eingebunden.

Als die ArbeiterInnen bessere Arbeitsbedingungen forderten, verwandelte sich die Verachtung der Großgrundbesitzer in Zorn – und die Polizei trat auf den Plan. Die hörige Polizei war fest entschlossen, den Willen der ArbeiterInnen zu brechen.

Sehr früh schon war der Polizei auch der junge Ned Kelly ein Dorn im Auge. Der zuständige Superintendent Nicholson mahnte Mrs. Kelly, ihre Farm sei ein Treffpunkt für Schurken und Pferdediebe. In seinem offiziellen Bericht forderte Nicholson: „Die Kelly-Gang muss aus der Nachbarschaft entwurzelt werden und durch ein hartes Urteil ins Gefängnis nach Pentridge gebracht werden. Das wäre eine gute Methode, ihnen die Arroganz auszutreiben.“

Mit der Zeit verschrieb sich die Polizei also dem Ziel, Ned Kelly und seine Brüder im Gefängnis zu sehen. Die Haftbefehle, die zum größten Teil auf Verleumdungen und Falschaussagen beruhten, häuften sich. In den späten 1870ern mussten Ned Kelly, Dan Kelly und zwei Freunde Joe Byrne und Steve Hard im australischen Busch untertauchen.

Guerilla-Krieg im Outback

Die Polizei fahndete weiterhin intensiv nach Ned Kelly. Ende Oktober 1878 ritten Sergeant Kennedy sowie die Constables Lonigan, Scanlon und McIntyre schwer bewaffnet aus. Am 25. Oktober campierten sie am Stringybark Creek – ohne zu wissen, dass nicht einmal eine Meile entfernt das „Kelly Camp“ lag. Während einer seiner Streifzüge durch die Gegend stieß Ned plötzlich auf das Polizeilager. Im Glauben, er und Dan würden erschossen werden, wenn man sie entdecke, gab Ned Alarm. Die Sorge war nicht ganz unberechtigt. Immer wieder gab es Gerüchte, nach denen die New South Wales Police gesuchte Verbrecher einfach erschoss (2). Am nächsten Tag zogen Kennedy und Scanlon auf Patroullie in den Busch und ließen Lonigan und McIntyre im Camp zurück. Die beiden entspannten sich gerade am Lagerfeuer, als Ned, Joe, Steve und Dan sich an das Camp heranschlichen. Sie forderten die beiden Polizisten heraus und befahlen ihnen, sich zu ergeben.

Lonigan sprang auf, griff nach seinem Revolver, doch zu spät: Eine Kugel, aus Ned's Gewehr abgefeuert, erwischte den Polizisten tödlich. McIntyre ergab sich sofort. Als Kennedy und Scanlon wieder am Camp eintrafen, forderte Ned sie auf, sich zu ergeben. Doch die beiden eröffneten das Feuer. Eine wilde Schießerei setzte ein. Ned, dessen Schüsse als tödlich galten, erledigte Kennedy, während Byrne Scanlon erschoss. Der Polizist McIntyre schaffte es unterdessen, auf Kennedy's Pferd zu fliehen. Die Gang bedeckte die Leichen der Polizisten mit Decken, nahm ihre Waffen und ritt davon.

Constable McIntyre erreichte indes Mansfield, schlug Alarm und erzählte eine Geschichte von einem feigen Hinterhalt und brutalen Gemetzel der Kellys. Diese Geschichte schockte Mansfield und später das ganze Land. Ned Kelly, Dan Kelly, Steve Hart und Joe Byrne wurden für gesetzlos erklärt, die es tot oder lebendig zu fangen galt. 200 Polizisten wurden in das Gebiet eingezogen. Die Menschenjagd begann.

Erklärung eines Aufrechten

Um sich und mittellose Sympatisanten über Wasser zu halten, raubte die Kelly-Gang Banken aus. Nie wurde jemand verletzt oder gar getötet. Das überschüssige Geld wurde schließlich unter der Bevölkerung verteilt.

Als die Gang sich nach Jerilderie aufmachte, um die Bank von New South Wales auszurauben, machten sie in der Nacht zuvor Halt im „Royal Mail Hotel“. Dort verlas Ned im Speisesaal vor etwa 60 Menschen ein selbst verfasstes Manifest, den „Jerilderie Letter“. Hier ist ein kleiner Auszug, in dem er Stellung zu der Schießerei am Stringybark Creek nimmt: *„(...) Ich war gezwungen, sie zu erschießen oder mich zu ergeben, und sie mich erschießen zu lassen. Und es wäre noch nicht einmal dann vorsätzlicher Mord gewesen, wenn sie unsere blutig geschlagenen Überreste nach Mansfield mitgenommen hätten. Sie hätten großes Lob und Ansehen geerntet und würden befördert werden. Aber ich soll schrecklich brutal sein, weil ich nicht feige genug war, vor ihnen niederzuknien und ihre Demütigungen an meinen Genossen zu ertragen. Sicher, die Frauen und Kinder dieser Männer sind zu bedauern, aber sie dürfen nicht vergessen, dass diese Männer mit der Absicht in den Busch kamen, mich und meinen Bruder in Stücken über den ganzen Busch zu verteilen (...)“*(3)

Rebellion und Repression

17 Monate lang hörte man erst einmal nichts mehr von der Kelly-Gang.

Frustriert von der Unterstützung, die die Gang seitens der Bevölkerung erfuhr, sah die Polizei nur einen Ausweg: Sie verhaftete über Monate hinweg Verwandte und Freunde der Kelly-Gang, ohne Gerichtsverhandlung oder auch nur einer Begründung. Als dies fehlschlug und die Kelly-Gang immer noch nicht aus ihrem Versteck zu locken war, legte die Polizei eine schwarze Liste mit Angehörigen oder Sympathisanten der Kelly-Gang an. Ihnen war es nicht mehr erlaubt, Land im nördlichen Osten zu beanspruchen. Diese Aktion beschwor eine Rebellion herauf.

Ned und die Gang entwarfen Pläne für eine „Republic of North-Eastern Victoria“, die durch einen Präventivschlag gegen die Polizei errichtet werden sollte.

Am 27. Juni 1880, einen Samstag, besetzte die Kelly-Gang das Hotel am Bahnhof von Glenrowan und nahm mehrere BewohnerInnen der kleinen Stadt als Geiseln. Die Gang wusste, dass die Zeit gekommen war, um aufzustehen und zu kämpfen.

Sie wollten die Polizei in einen Hinterhalt locken: Eine Meile vor dem Bahnhof durchtrennten sie die Schienen, so dass der Zug mitsamt den anrückenden Polizisten entgleisen musste. Bewaffnete Sympathisanten versteckten sich in den Wäldern, um die Polizisten später einkesseln zu können.

Am Sonntagmorgen verließ ein Zug vollbesetzt mit schwerbewaffneten Polizisten Melbourne in Richtung „Kelly-Land“. In den frühen Morgenstunden des darauffolgenden Tages konnte man den nahenden Zug in Glenrowan hören. Ned zog seine Rüstung an, bestehend aus einem zylindrischen Helm, einer Brustplatte mit Schürze und einer Rückenplatte. Was man aber nicht hören konnte, war das Entgleisen des Zuges. Ein Informant hatte der Polizei von dem Vorhaben der Gang berichtet und diese konnte sich darauf einstellen.

Es kam zur letzten Schießerei in der Geschichte des Ned Kelly. Schwer verwundet überlebte er die Schlacht und wurde dreizehn Tage nach seiner Verurteilung, im Alter von 25 Jahren, am 11. November 1880 hingerichtet.

Benjamin Simmon

(1) Der kleinere Teil war Neuguinea und wurde bereits Anfang des 16. Jahrhunderts von portugiesischen Seefahrern entdeckt.

(2) Ein Polizist wird mit dem Satz zitiert: „Sollte ich Ned Kelly über den Weg laufen, werde ich ihn wie einen Hund erschießen.“

(3) Den vollständigen Brief kann man sich heute auf Englisch durchlesen unter http://ironoutlaw.com/html/jerilderie_01.html
Der Inhalt gelang zu Kelly's Lebzeiten nie an die Presse. Bis 1930 wurde der „Jerilderie Letter“ vor der Öffentlichkeit geheimgehalten.



„Ned“: Skulptur des australischen Bildhauers Campbell Robertson-Swann in Erinnerung an Ned Kelly. Die 2,80 Meter hohe stählerne Skulptur zitiert Kellys Maske.

DA-Musikecke

CHUMBAWAMBA
the boy bands have won
Im Frühjahr kommt das neue Album der wohl bekanntesten Anarcho-Band in die Läden.

Live stellen sie es im April auch in D-Land vor:
17.04.08 **Hamburg** LOLA Kulturzentrum
18.04.08 **Berlin** Kesselhaus
19.04.08 **Hoyerswerda** Kulturfabrik
20.04.08 **Halle** Objekt 5
22.04.08 **Chemnitz** Talschock
23.04.08 **Bremen** Schlachthof
24.04.08 **Melle** Alte Stadthalle
25.04.08 **Geislingen** Rätsche im Schlachthof
26.04.08 **Düsseldorf** Savoy Theater
27.04.08 **Straubing** Cairo

www.chumba.com

GEIGERZÄHLER – „Live“
Ab März gibt es ein Live-Album vom Geige spielenden Paul aus Berlin. In letzter Zeit tritt er öfters mit Hans Flake (Bass und Gesang) unter dem Namen „Atze Wellblech“ auf.
www.myspace.com/geigerzaehler

NO RESPECT – Abschiedsstour 2008
Die letzten Gigs von No Respect stehen:
www.norespect-skapunk.de

SLIME – Alle Scheiben
Alle Scheiben von Slime gibt es ab sofort wieder als CD:
www.slime.de

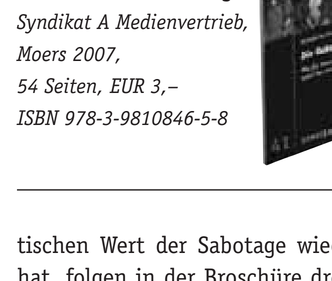
10 RUE D´LA MADELAINE – sur le mur
Die Franzosen spielen eine Klangmischung aus Violine, Chanson, Klarinette zu metallischen Gitarren und kritischen Texten. Einfach mal reinhören:
http://www.10rue.com

REVOLTE SPRINGEN – freiheit satt
Das bekannte Musical jetzt auf einer sehr schönen DVD:
http://www.revolte-springen.de

SKUDS & the Panic People
Die 5 aus Frankreich bewegen sich zwischen Streetpunk und Two-tone und mischen geschickt etwas Rocksteady ein, sind in der CNT-F organisiert oder stehen ihr nah.
http://skuds.free.fr

Die Geburt der Sabotage

Wie die Sabotage unter die ArbeiterInnen kam



Michael Halfbrodt
Die Geburt der Sabotage
Syndikat A Medienvertrieb, Moers 2007, 54 Seiten, EUR 3,–
ISBN 978-3-9810846-5-8

Der Autor gibt in diesem kleinen Text die „theoretische Erarbeitungs-, Diskussions- und Durchsetzungsphase der Sabotage“ (S. 18) in ihrem historischen Kontext wieder. Dieser Kontext ist die syndikalistische Arbeiterbewegung in Frankreich, Ende des 19. Jahrhunderts. Der revolutionäre Syndikalismus war in den 1890er Jahren die maßgebende Kraft der französischen Arbeiterbewegung. Sie strebte die soziale Revolution nach anarchistischen Idealen an, eingeleitet durch den Generalstreik.

Teilstreiks wurden in diesen Jahren immer unbeliebter, da sie fast nie gewonnen wurden und immer mit massiver Repressionen zu kämpfen hatten. In dieser Zeit wurden neue Kampfmethoden wie der Boykott (dessen Entstehungsgeschichte ebenfalls kurz wiedergegeben wird) immer wichtiger und beliebter.

Beeinflusst durch englische Arbeiter brachte der sehr aktive Anarchist, Gewerkschaftsaktivist und Weggefährte von Louise Michel, Emil Pouget die „Sabottage“ in die gewerkschaftliche Diskussion. Diese neue Kampfform, des „für schlechten Lohn schlechte Arbeit“ wurde sofort einstimmig von dem syndikalistischen Gewerkschaftskongress angenommen und konnte in der Praxis schnell Erfolge erzielen.

Nachdem der Autor die Geschichte, die (historische) Definition und den theoretischen Wert der Sabotage wiedergegeben hat, folgen in der Broschüre drei Originaltexte von Emil Pouget. Diese Texte erinnern im Schreibstil sehr an den grandiosen Johann Most. Wer allerdings nicht an historischen Quellen interessiert ist und/oder auf pöbelige, wütende Arbeiter-Polemik steht, kann sich diesen Teil getrost sparen.

Am Ende des Heftes gibt's noch eine kleine Biografie von Emil Pouget. Alles in allem eine gute Einführung in die Historie und die Grundgedanken der Sabotage. Zu bemängeln bleibt allerdings, dass Definition und theoretische Analyse der Möglichkeiten der Sabotage nicht über den historischen Kontext hinausgehen. So wird in der Broschüre zwar hervorragend aufgezeigt, welch was mächtige Waffe die Sabotage im Arbeitskampf ist; ein Querverweis auf aktuelle Theorie und Praxis der Sabotage bleibt leider in jeder Form aus.

Black Moskito

„Notes from the class struggle“

A. G. Amsterdam/ FAU-Bremen (Hg.)
Notes from the Class Struggle. *Small group workplace organizing in present-day Germany and the Netherlands.*
FAU Materialienvertrieb, Amsterdam/Bremen 2007, 33 Seiten, EUR 2,50

So lautet der Titel einer im Oktober 2007 international veröffentlichten englischsprachigen Broschüre in Zusammenarbeit der A.G.A (Anarchistische Groep Amsterdam) mit der FAU-IAA Bremen. Der Rest des Broschürentitels verdeutlicht die Zielsetzung der Herausgeber: „Small group workplace organizing in present-day Germany and the Netherlands“.

Eine kurze Einleitung zeigt zunächst die Vorzüge der dezentralen, anarchosyndikalistischen Gewerkschaften auf. Dazu zählen die internationale Basis, das Prinzip der Selbstorganisation und ihre Flexibilität. Wie wirkungsvoll diese Kombination sein kann, wird auf den folgenden Seiten beschrieben. Es handelt sich dabei um sieben Arbeitskämpfe in Deutschland und in den Niederlanden. Namentlich geht es um einen Zeitarbeiterstreik in Schorndorf 1991, einen Erwachsenenschulstreik in Bremen 1998, einen Restaurantmitarbeiterstreik in Amsterdam 2001; 2005 streikten ArbeiterInnen im öffentlichen Gesundheitssektor in Hannover, und ein weiterer Fall beschreibt, wie die FAU Bremen im selben Jahr hilft, nicht ausgezahlte Löhne einzufordern. Dem folgt der Bericht über einen Protest von Erwerbslosen in Berlin im Jahre 2006, und schließlich endet diese aktuelle Broschüre mit einem Arbeitskampf in einer psychiatrischen Klinik in Hannover 2007. Besonders erfreulich ist die Vielfältigkeit der Arbeitskämpfe. Diese zeigen deutlich auf: Wir sind keine marginale Angelegenheit! Des Weiteren war es großartig zu erfahren, dass sich im speziellen Fall der Klinik in Hannover so viele internationale anarchosyndikalistische Gewerkschaften gemeldet und auf diesem Wege Solidarität über die Grenzen hinweg demonstriert haben.

Äußerlich ist die Broschüre markant aufgemacht, mit ihrem schwarz-roten Cover und dem bekannten „Gemeinsam-sind-wirstark“-Bild, in welchem ein Fischschwarm aus kleinen, hilflosen Fischen gemeinsam einen großen, einst gefährlichen Fisch jagt. Zu der etwas klein gewählten Schrift gibt es auflockernde Abbildungen zu den einzelnen Kapiteln, was den Lesefluss erleichtert.

Ma. (FAU-Bonn)

España en el corazon

Neue Ausstellung zum Spanischen Bürgerkrieg in Berlin

Seit der Konsens der nachfranquistischen Eliten, besser nicht an das Thema Bürgerkrieg zu rühren, mehr und mehr in Frage gestellt wird, tobt der „Kampf der Erinnerungen“ in Spanien heftiger denn je. Dabei geht es neben der historischen Aufarbeitung und Interpretation der Ereignisse von 1936-1939 auch um ganz praktische Dinge: Exhumierung von Massengräbern, Entschädigungen, Rückerstattung von Dokumenten, Demontage franquistischer Denkmäler usw. Diese Art später „Vergangenheitsbewältigung“ zeigt, dass Krieg und Revolution in Spanien keineswegs nur ein Thema für NostalgikerInnen und Geschichtsfreaks sind, sondern jenseits der üblichen Jubiläen und runden Jahrestage aktuell bleiben – wenngleich sie hierzulande natürlich nicht annähernd die Brisanz besitzen wie in Spanien.



„España en el corazón“ lautet der Titel einer Ausstellung zum Thema „Der Spanische Bürgerkrieg: Medien und kulturelles Gedächtnis“, die derzeit und noch bis zum 25. März im Ibero-Amerikanischen Institut Preußischer Kulturbesitz in Berlin läuft. Die Ausstellung wurde bereits vor einem Jahr in der Universitätsbibliothek Osnabrück gezeigt (vgl. DA 179), läuft aber in Berlin in einer beträchtlich erweiterten Form mit teilweise veränderter Schwerpunktsetzung.

Ganz unabhängig von der Ausstellung ist der begleitende Katalog ein eigenständiges Lesebuch, das auch für diejenigen, die in der Materie bereits bewandert sind, eine lohnende Lektüre darstellt. Neben mehr als 40 biographischen Artikeln über (zumeist) wenig bekannte SpanienkämpferInnen bietet das Buch eine breit gestreute Mischung aus zeitgenössischen Texten, Buchauszügen, Briefen, Interviews, Liedern und Gedichten, Kurzdarstellungen zu den unterschiedlichsten Themen (z. B. über „A las barricadas“) sowie knapp 100 Abbildungen (zumeist von Buchcovern und Zeitungen).

Erfreulicherweise wird die „soziale Revolution“ sehr ausführlich gewürdigt. Auch ansonsten häufig vernachlässigte Aspekte kommen zur Sprache, z. B. ist ein vergleichsweise großer Teil den „Mujeres libres“ bzw. den deutschen Anarchosyndikalisten gewidmet. Daneben finden sich schwer zugängliche Texte, etwa von Federica Montseny oder Rudolf Rocker. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die deutsche Erinnerungskultur, wobei der identitätsbildende Umgang mit dem spanischen Bürgerkrieg in der ehemaligen DDR schon aufgrund der Fülle des vorhandenen Materials im Vordergrund steht (und durchaus kritisch betrachtet wird), während die westdeutsche Rezeption (vor allen nach 1968) etwas kurz kommt.

Schade ist nur, dass unter „Medien“ in erster Linie die klassischen Printmedien gemeint sind, die die Darstellung weitgehend dominieren. Film, Rundfunk, Fotografie (und Fotomontage) werden sehr kurz abgehandelt, ein sehr wichtiges visuelles Medium wie die Plakatkunst fehlt nahezu völlig (bzw. taucht nur in einem einleitenden Essay der Kunsthistorikerin Jutta Held auf). Das mag begrenzten Möglichkeiten der AusstellungsmacherInnen geschuldet sein, es bleibt dennoch bedauerlich.

MH



Wolfgang Asholt/ Rüdiger Reinecke/ Susanne Schlünder(Hg.)
España en el corazón
Der Spanische Bürgerkrieg: Medien und kulturelles Gedächtnis, Aisthesis Verlag, Bielefeld 2008, 233 S., EUR 19,80, ISBN 978-3-89528-663-6

Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Ibero-Amerikanischen Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Str. 37, Berlin, vom 7. Februar bis zum 25. März 2008.

Weitere DA-Artikel zum Thema:

• *In memoriam Carles Fontseré*
Ausgabe 180, März/April 2007
• *UPTHEREPUBLIC*
Ausgabe 179, Januar/Februar 2007
• *Die CNT als Vortrupp des internationalen Anarchosyndikalismus*
Ausgabe 179, Januar/Februar 2007
• *Die Verdrängung der sozialen Revolution*
Ausgabe 176, Juli/August 2006



Im Südwesten der USA gibt es – bedingt durch mexikanische Einflüsse – die Tradition der politischen „Murales“. In vielen Orten findet man diese knallbunten Wandbilder, die ganze Hausfassaden bedecken. Das hier abgebildete Werk des „Downtown Mural Project“ erinnert an ein Massaker der US-Nationalgarde an streikenden Bergarbeitern in Gallup, New Mexiko, in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. In Farbe zu sehen auf dem Cover der Broschüre „Die Geburt der Sabotage“ (www.syndikat-a.de).

„Das wollt ihr gar nicht wissen...“

Vorabdruck aus «Als der Kellner schoss» und andere Geschichten aus dem täglichen Sterben

„Wo seid ihr geboren?“

„Ich im Krankenhaus und Barrio am Rande einer Müllkippe.“ Emilio nickte.

„Was steht in der Geburtsurkunde? Ihr wisst, wie ich es meine.“ Der Anwalt wirkte gereizt. Beide mussten grinsen. „Ach, entschuldigt, ihr habt ja keine.“ Im Ton schwang etwas Ungreifbares mit. Sofort trugen sie Masken. Schimmerte Verunsicherung durch, in der zu langen Stille?

„Ich wurde im Hafenkrankenhaus geboren. Natürlich unter richtigem Namen. Cantona ist mein Spitzname, und Barrio...“

„Emilio?“

„Ja, aber alle nennen ihn Barrio. Er liegt nachts oft wach und redet von früher, wo er trotz Schießereien gut schlief.“ Cantona zeigte seinem Freund mit den Fingern ein Symbol, das der verstand, nachmachte, nickte, um gleich darauf so zu tun, als wenn er schlafe, dann lächelnd aufwachte.

„Ist gut. Erzählt mal.“

Beide hatten für «Manneskraft», eine Leiharbeitsfirma, gearbeitet. Fünf Arbeitstage je neun Stunden. Sie mussten Holz spalten und stapeln. Beseitigen der Sturmschäden des Orkans einige Tage vorher.

„Ja, ich weiß. Hier hat's das Dach abgedeckt.“ Nein, sie bekamen keinen Vertrag. Morgens um sechs Uhr dreißig war Treffen an der Tankstelle Richtung Autobahn. Mit Arbeitern des Auftraggebers ging es zu den Forstwegen. Die vier zersägten umgefallene Bäume, während Emilio und Cantona diese Stücke spalteten oder stapelten. Seitdem der Vorarbeiter am Montagmorgen ihnen ihre Arbeit erklärt hatte, wurde kaum noch miteinander geredet. Täglich wuchs die Entfernung zur „Sägegruppe“ Darüber schimpfte der Chef jeden Abend. Wegen Faulheit wollte er den Lohn kürzen. Zwei zerbrochene Axtstiele brachten weiteren Ärger. Den ersten am Mittwoch zog der Chef vom Lohn ab. Beim zweiten kündigte er. Jetzt drohten «Manneskraft» und Auftraggeber mit der Polizei, wenn sie den ausstehenden Lohn einforderten.

„Habt ihr Beweise?“ Cantona zeigte die Hände. Emilio tat es ihm gleich.

„Ärztlich attestiert?“ Als Cantona übersetzt hatte, unterdrückte der Freund sein Lachen.

„Barrio sagt, er ist gesund. Wir kennen die Namen der Kollegen. Dem einen, Rudi, ist das Dach weggeflogen. Seine Frau kümmert sich um die Versicherung. Olli ist Bayern-Fan. Wegen des Sturms musste doch das Spiel abgesagt werden. Er regte sich die ganze Woche auf, weil dadurch Bremen Tabellenführer wurde.“

„Markus...“, warf Barrio ein.

„Ach, ja. Ihm ist die Freundin abgehauen. Vom Winde verweht, sagt Olli.“

„Gut, das reicht fürs Erste.“ Der Anwalt fragte nach Fahrtzeiten und vereinbartem Stundenlohn. Sein Blatt war voller Notizen: „Ich werde den Auftraggeber und die Leiharbeitsfirma anrufen. Vielleicht reicht es schon. Sonst müssen wir zum Arbeitsgericht. Falls eine Verhandlung nötig ist, brauche ich weitere Details.“

„Welche Chance haben wir?“

„Das willst du nicht wissen.“ Emilio guckte Barrio an. Sein Daumen zeigte nach unten.

„Ich kann euch unter der Telefonnummer erreichen?“

„Nein, aber Mischa, und sie verständigt uns. Von ihr ist auch die E-Mail-Adresse.“ Der Anwalt nickte.

„Gut.“ Er stand auf. „Ich melde mich.“

Obwohl Cantona hier geboren war, wurden er und seine Familie abgeschoben. Fremd wirkte das Land der Eltern. Alles blieb unverbindlich. Morgen hieß nicht der nächste Tag, sondern das erste Kapitel einer Utopie. Cantona kehrte zurück. Heimlich, unter falschem Namen. Wenn Geld da war, schlief er neben anderen in einem kleinen Zimmer. Dort traf ihn Emilio, der vor zwei Jahren mit dem Schiff gekommen und geblieben war. Durch den neuen Freund lernte er Mischa kennen. Sie arbeitete für das Flüchtlingskomitee. Beide hofften, eines Tages genug Geld zu verdienen, dass Mischa etwas davon an ihre Familien schikken konnte.

„Bekommen wir unseren Lohn?“

„Nein. Sie bestreiten eure Forderung.“ Wieder zeigte der Daumen nach unten. Barrio nickte.

„Was haben sie gesagt?“

„Das wollt ihr gar nicht wissen... Gut. Ich habe Fragen vorbereitet. Es wäre hilfreich, wenn ihr ausführlich antwortet. Lesbar, möglichst als Computerausdruck. Geht das?“ Cantona übersetzte für seinen Freund. Der zuckte mit den Schultern, nickte zustimmend. „Bringt mir die Antworten möglichst bald. Vor dem Gerichtstermin sehen wir uns noch.“

Es waren viele Fragen. Mehrere Abende saß Cantona am Computer, während Emilio nervte, scherzte, flirtete, kochte und endlich schlief. Anschließende Fehlerkorrektur dauerte fast genauso lange. Dem Anwalt reichten die Antworten nicht. Seine Gehilfin brauchte zwei Termine zum Überarbeiten.

Stunden vergingen im Café. Spät am Nachmittag kam Mischa.

„Ihr sollt morgen anrufen. Ist es okay, wenn ich einen Bekannten informiere. Er ist Gewerkschafter und kennt vielleicht Wege...“ Hohle Worte. Emilio und Cantona vermieden, sich anzuschauen, ließen die Köpfe hängen. Trotz besseren Wissens hatten sie gehofft. „Ich lade euch ein. Was wollt ihr?“ Mühsam lächelte Cantona:

„Gesicherten Aufenthalt, Arbeit, Respekt und Gerechtigkeit. Ungefähr in der Reihenfolge.“ Unbeirrt wiederholte Mischa ihre Frage.

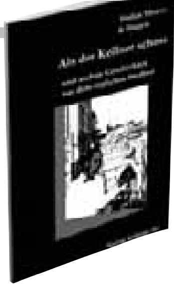
„Warten Sie einen Moment. Die Polizei geht gerade.“ Flüsternd übersetzte Cantona. „Ich stelle durch.“ Hoffentlich reichte das Guthaben auf der Telefonkarte. Plötzlich schossen die Worte aus dem Hörer.

„Da vertrete ich vor Gericht zwei Mandanten und verliere. Wenig später brennt der beklagten Firma das Holzlager ab. Samt Verwaltungsgebäude. Fällt dir dazu etwas ein?“ Emilio folgte nickend der Übersetzung, die Augen wurden groß. Seine Hand legte sich auf den Mund.

„Danke für Ihre Hilfe. Wir verlassen besser die Stadt.“ Cantona atmete tief durch.

„Habt ihr was damit zu tun?“

„Das wollen Sie gar nicht wissen.“



Hagen und Stefan Mozza
Als der Kellner schoss
und andere Geschichten aus dem täglichen Sterben.
Verlag Edition AV,
Lich 2008, 90 S., EUR 10,80
ISBN 978-3-936049-91-6

Hagen liest Als der Kellner schoss

Tourdaten:
7. März, **Bielefeld**
AJZ-Kino, Heeper Str. 132
9. März, **Bremen**
Connection, Möckernstraße 1
10./11. März, **Dresden**
Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39
12. März, **Kiel**
Kulturzentrum Hansastraße 48
Weitere Termine in Planung

Weitere Veröffentlichungen:

Abschiet. Roman, Verlag Edition AV, Lich 2005 (unter dem Pseudonym Stefan Mozza)

„Auf eure und unsere Freiheit!“

Wolfgang Eckhardt und Bernd Kramer legen den „Bakunin-Almanach 1“ vor.

Der Versuch, anarchistische Jahrbücher bzw. Almanache herauszugeben, wurde schon öfter unternommen – meist erfolglos. Dieser fehlenden Kontinuität zum Trotz versuchen jetzt der Bakunin-Forscher Wolfgang Eckhardt und der Anarchismus-Verleger Bernd Kramer, der Fülle von Bakunin-Materialien mit dem Erscheinen eines Almanachs Rechnung zu tragen. Und wir können nur hoffen, dass mit dem eventuellen Band 2 dann auch mal jene Kontinuität eintritt, die dem Thema zu wünschen wäre.

Wolfgang Eckardt ist bekannt für seine akribisch edierten Ausgaben von Bakunin-Texten (u.a. erschienen im Kramer Verlag, Edition AV und Unrast Verlag), die insbesondere in Deutschland immer noch ein stiefmütterliches Dasein fristen. Dies liegt sicherlich zum einen an der politischen Situation, die bis vor kurzem große Teile der osteuropäischen Archive für ForscherInnen unzugänglich machte. Zum anderen daran, dass das Material weit verstreut, vielsprachig und rar ist. Wenngleich das Interesse, etwa der sowjetischen Regierung (aber auch jeder anderen Regierung), selbstverständlich gering ist, so erwachen doch langsam aber sicher die Materialien und Archive aus dem Dornröschenschlaf. So ist ein Almanach der richtige Platz, um die unterschiedlichsten Texte, Berichte, Fragmente usw. zusammenzuführen.

Im vorliegenden Band werden etwa Briefe von Bakunin an seine Frau Antonija Kwiatkowska publiziert, deren heutige Existenz wir lediglich der damaligen russischen Zensur zu verdanken haben. Eckardts Einführung können wir entnehmen, dass diese Frau eben kein „Anhängsel“ Bakunins war, sondern ein emanzipatives, feministisches Leben führte.

Ferner beinhaltet der Band Erinnerungen an Menschen, die sich mit Bakunin beschäftigten, wie etwa den tschechischen Bakunin-Forscher Václav Cejchan, der hier von dem nicht minder bei seinen Arbeiten mit Schwierigkeiten kämpfenden Ex-DDRler Rudolf Franz näher gebracht wird. Anrührend ist die (Lebens-)Geschichte der russischen Bakunin-Forscherin Natal'ja Pirumova (von der auch der Trinkspruch in der Überschrift stammt).

Es gibt Artikel über Zeitgenossen Bakunins, die in seinem Leben eine Rolle spielten, wie etwa den polnischen Freiheitskämpfer Adam Mickiewicz, den russischen Schriftsteller Turgenjew oder die Brüder Reclus.

Interessant ist sicherlich auch die Abteilung „Philosophie“, wo die ausgewiesenen „Postanarchisten“ Gabriel Kuhn und Jürgen Mümken sich mit Bakunin bzw. dessen Rezeption in der vornehmlich US-amerikanischen „Postanarchismus“-Debatte äußern.

Ergänzt wird das Buch mit einer bibliographischen Sammlung von Büchern, Bildern und Manuskripten zu und über Bakunin und einer literarischen „Zugabe“ von Bernd Kramer, der seine Fantasie spielen und Bakunin im „Goldenen Hahn“ zu Dresden Punsch herstellen lässt. Ein Personen- und Periodika-Register machen das Buch zu einem leicht handhabbaren Nachschlagewerk.

Alles in allem ein spannendes Projekt, welches nicht nur für BakuninforscherInnen interessant ist, sondern auch für alle am Anarchismus Interessierten, da es einen vielfältigen Blick auf die Person Bakunins, seine Wirkung und Rezeption sowie auf seine Zeit vermittelt, ohne die aktuelle Diskussion außer Acht zu lassen.

So bleiben dem Almanach-Projekt viele LeserInnen zu wünschen, damit es den Herausgebern zum Ansporn dient, dieses löbliche Projekt weiterzuführen.

Jochen Knoblauch



Wolfgang Eckhardt / Bernd Kramer (Hg.)
Bakunin Almanach 1
Karin Kramer Verlag, Berlin 2007, mehrere Illustrationen, 277 Seiten, EUR 24,80
ISBN 978-3-87956-320-3

The Living Theater gastiert in Berlin und Stuttgart!

Das Stück „The Brig“ wurde 1963 in New York uraufgeführt. Dies erschütternde Drama über das brüllend unmenschliche, folternde Innenleben eines US-Marines-Straflagers hat nichts von seiner erschreckenden Aktualität eingebüßt und trifft mitten in den Nerv einer von Guantanamo und Abu Ghraib geprägten Zeit.





Nach der Uraufführung dieses bedeutenden antimilitaristischen Stückes wurden Judith Malina und Julian Beck, die Gründer des Living Theatre, von der amerikanischen Bundespolizei verfolgt und zu mehrwöchigen Haftstrafen verurteilt. 45 Jahre später kehrt das Living nun mit diesem radikalen Akt der Rebellion zurück.

Zum Living Theatre gibt es den sehenswerten Dokumentarfilm „Resist. Die Kunst des Widerstands“ von Karin Kaper und Dirk Szuszies. Als DVD-Edition erhältlich unter dvd-resist@karinkaper.com (EUR 24,95).

MH

The Living Theater

30.4. bis 4.5.2008
Berlin
Akademie der Künste
Beginn jeweils um 20.30 Uhr (mit Rahmenprogramm und täglicher Open Lounge nach den Vorstellungen)
www.adk.de

8.5. bis 11.5.2008
Stuttgart
Theaterhaus Stuttgart
www.theaterhaus.com

„The Brig“ wird in englischer Sprache gespielt. Besondere Sprachkenntnisse sind nicht erforderlich, es handelt sich um ein sehr optisches Theaterstück.

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

„Nie wieder Bolschewismus"

Des letzten Rätsels Lösung: Paul Mattick

Paul Mattick wurde 13. März 1904 geboren und wuchs in Berlin auf. Bereits mit 14 Jahren wurde der junge Werkzeugmacher zum Vertreter der Lehrlinge im Arbeiterrat bei Siemens gewählt und war Mitglied in der „Freien Sozialistischen Jugend" des Spartakusbundes. Mattick beteiligte sich an vielen Aktionen während der Novemberrevolution, wurde mehrfach festgenommen und mit dem Tode bedroht. 1920 trat er der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) bei und arbeitete bei der Zeitung „Rote Jugend".

Ein Jahr später lernte er den Rätekommunisten Otto Rühle (siehe DA 184) kennen und knüpfte Kontakte zu Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern in der rätekommunistischen Allgemeine Arbeiter Union – Einheitsorganisation (AAU-E).
Im Jahre 1926 emigrierte Mattick in die USA – aus Enttäuschung über den Zusammenbruch der radikalen Massenbewegung und der damit verbundenen Hoffnungen auf eine Revolution. Bald zog es ihn nach Chicago, wo er danach trachtete, die verschiedenen deutschstämmigen Arbeiterverbände zu vereinigen. 1931 versuchte er, leider erfolglos, die anarchistische Chicagoer Arbeiter-Zeitung wieder ins Leben zu rufen (siehe Haymarket-Beitrag DA 185). Er wurde später Mitglied der berühmt-berüchtigten IWW und entwarf 1933 ein neues Programm für diese Gewerkschaft.



In den 1940er Jahren arbeitete Mattick an einer Theorie der kapitalistischen Krise (Marx) und kritisierte die Werke des englischen Ökonomen J. M. Keynes, besonders die Behauptung, Staatsinterventionen würden ökonomische Krisen lösen.

Mit der 1948 einsetzenden Hatz auf alle intellektuellen Linken in den USA, war auch Mattick von der Verfolgung durch den erzkonservativen Republikaner Joseph McCarthy betroffen. Folglich zog er sich aus dem politischen Leben zurück und erst zur 1968er-Bewegung wurde er wieder politisch aktiv.

Seine rätekommunistische Sammlung aus der über 40-jährigen Tätigkeit erschien 1978 unter dem Titel „Anti-bolshevik Communism". Hervorzuheben ist die Schrift „Bolschewismus und Stalinismus" (1), in der Mattick in prägnanter Weise den Mythos von Trotzki entlarvte – dem „besseren" Stalin – und die untrennbare Einheit des bolschewistischen Lenin / Trotzki / Stalinismus aufdeckte. Diese drei tragischen Figuren der russischen Revolution sind ideologisch untrennbar miteinander ver(kern)schmolzen. Trotzki versuchte zwar immer wieder krampfhaft, sich auf Stalins Kosten reinzuwaschen – es gelang ihm aber nicht wirklich, da er es nicht wagen konnte, Lenin, und damit sich selbst, anzutasten.

Mattick: „Und so führt Trotzkis Bolschewismus zwar weitschweifig, aber dennoch trotz seiner Sättigung mit Hass auf Stalin am Ende nur zu einer Verteidigung des Stalinismus als der einzig möglichen Selbstverteidigung Trotzkis. (...) Trotzkis eigene Vergangenheit und seine Theorien schließen für seinen Teil die Initiierung einer Bewegung links vom Stalinismus aus, und verdammt den ‚Trotzkismus', eine reine Sammlungsagentur für erfolglose Bolschewiki zu bleiben."

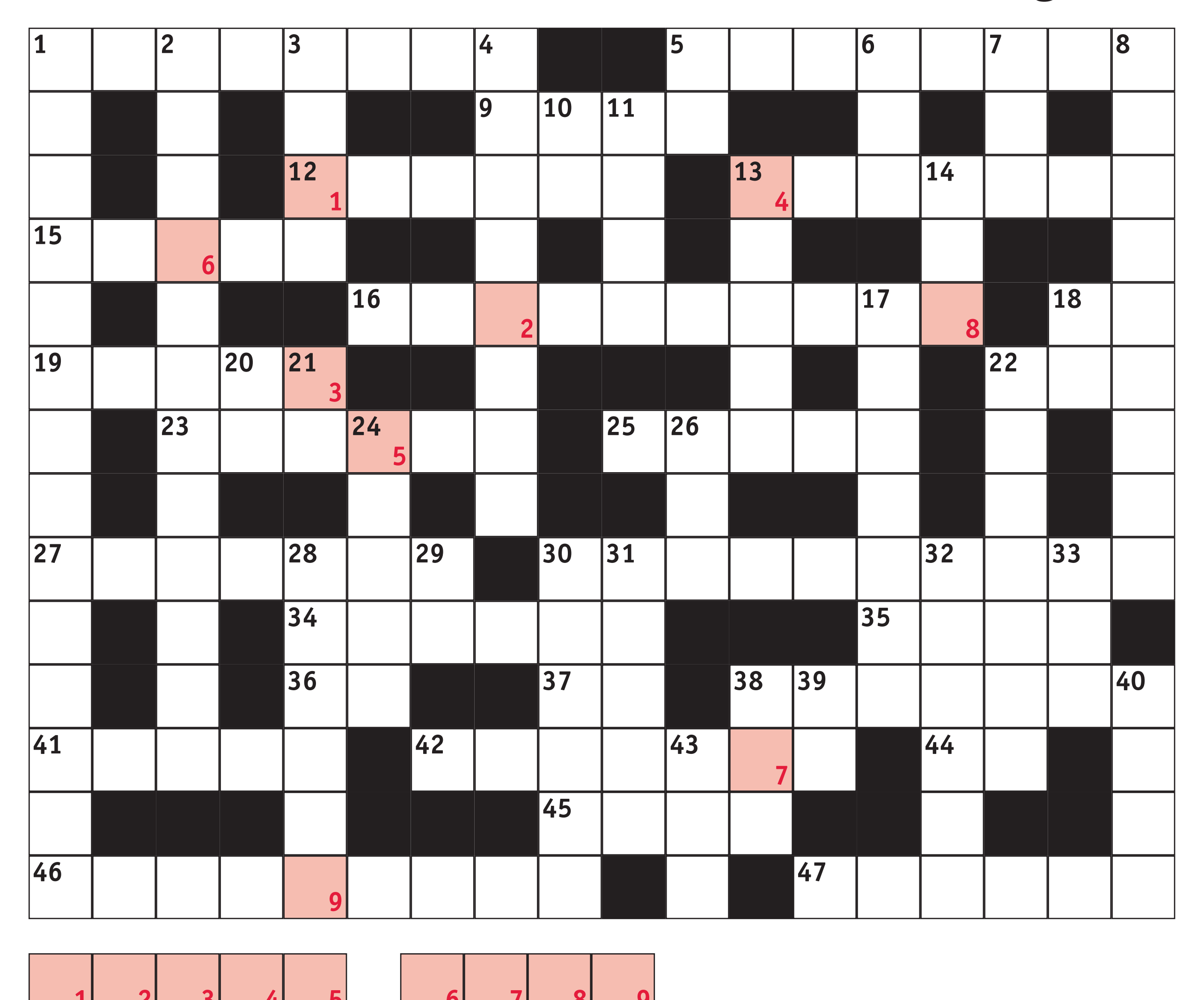
Er schloss seine Schrift mit folgenden Worten: „Trotzki konnte es sich nicht erlauben, im Bolschewismus nur einen Aspekt des weltweiten Trends zu einer faschistischen Weltwirtschaft zu sehen. Auch (noch) so spät wie 1940 blieb er bei der Ansicht, dass der Bolschewismus 1917 in Russland das Aufkommen des Faschismus verhindert hätte. (...) Da die marxistische Ideologie des Bolschewismus nur staatskapitalistischen Zielen diente, hat sie sich auch diskreditiert. Von jedem Standpunkt, der das kapitalistische System der Ausbeutung hinter sich lässt, sind Stalinismus und Trotzkismus beide Relikte der Vergangenheit."

Paul Mattick starb am 7. Februar 1981 in Cambridge, Massachusetts.

Thomas Bruns

(1) Vollständiger Text in der Anarchosyndikalistischen Flugschriftenreihe http://projekte.free.de/fau-amsel/Uhefte.php > Heft 7 Mattick, Bolschewismus und Stalinismus. Sehr interessant ist auch Heft 74 Mattick, Kautsky – Von Marx zu Hitler.

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 52



Waagerecht

1. Wenn Mitgliedsbeiträge und Spenden nicht reichen, kann die revolutionäre Arbeit auch auf illegale Weise finanziert werden: Durruti, der junge Stalin und andere bekannte Figuren waren an dieser Art gefährlicher, einträglicher Aktion beteiligt 5. kirgisischer Schriftsteller, geb. 1928; sein bekanntestes Werk ist wohl die Erzählung Dshamilja 9. Haushaltsplan (bei Konzernen, Regierungen usw.) 12. Konzerne versuchen vielerorts, dieses „kostbare Gut" zu privatisieren und zu verteuern; dass Menschen sich dies nicht überall gefallen lassen, zeigte der „~-Aufstand" des Jahres 2000 im bolivianischen Cochabamba 13. Zentrum der ursprünglichen „Montagsdemonstrationen" 1989-90 15. ein Rabenvogel 16. Sportart in den Harry-Potter-Romanen 18. ursprüngliche deutsche Abkürzung für die UNO 19. Blattfaser und daraus hergestelltes Gewebe 22. Vorsilbe mit der Bedeutung „unter" 23. US-amerikanische Autorin und Anarchistin (1866-1912), Vertreterin des „Anarchismus ohne Adjektive": Voltairine de ~ 25. früherer Name der argentinischen Kachelfabrik FaSinPat (Fábrica Sin Patrones), die sich seit der Wirtschaftskrise 2001 in Arbeiterhand befindet 27. einer der längsten Flüsse Südamerikas; sein gesamter Lauf liegt auf dem Staatsgebiet Venezuelas 30. Art der Verschmutzung der Weltmeere, an der Wale besonders zu leiden haben 34. wie ein Seehund auf Knien und Ellbogen kriechen 35. größter Schweizer Nebenfluss des Rheins 36. Kfz-Kennzeichen für Düren 37. Kfz-Kennzeichen für Rosenheim 38. Heilmethode mit derben, stark wirkenden Mitteln <umgangsspr.> 41. Hure <abwertend/altmodisch> 42. Spruch, der zu Vorsicht/Mäßigung mahnt: ~ tut selten gut 44. chemisches Zeichen für das Element Tellur 45. islamischer Geistlicher 46. wer Jahrgang 1964 oder jünger ist, muss volle zwei Jahre länger schuften gehen, um dies zu werden <weibliche Form> 47. US-amerikanischer Historiker (1931-2006), einer der besten Kenner der anarchistischen Bewegung in den USA und in Russland, Vorname: Paul.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

1. Scherzname für ein verstecktes Computerprogramm, das die Regierung für die Online-Durchsuchung von privaten Rechnern einzusetzen plant 2. Arbeitszeit von abends bis morgens; in der Regel bekommt man eine Lohnzulage dafür 3. deutscher Handelskonzern mit dem Schwerpunkt Lebensmittelhandel und Touristik; Sitz in Köln: ~ Group 4. ältere Bezeichnung für ein Teil der Karpaten, v.a. in Polen und den angrenzenden Gebieten Tschechiens, der Slowakei und der Ukraine 5. Landeskürzel für Österreich 6. „Wonnemonat", dessen erster Tag der Arbeiterklasse gehört! 7. 1978 in West-Berlin gegründetes linkes, selbstverwaltetes Zeitungsprojekt (ach, das waren Tage...) 8. Wohnsiedlung aus Fahrzeugen, meist Bauwagen, auf einer Brachfläche, oftmals ein Ort alternativer Kultur 10. im Deutschen bilden viele Verben ihr Präteritum durch Anhängen dieser Silbe an den Stamm 11. Bezirksstadt im Westen Rumäniens, am Mures 13. durch eine geschmolzene Metalllegierung verbinden 14. Kfz-Kennzeichen für Parchim 17. von den USA unterstützte Guerillaarmee, die 1981-90 gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua kämpfte und sich durch äußerste Brutalität auszeichnete 18. Landskürzel für einen Inselstaat im Pazifik, der seine sog. Top-Level-Domain verkauft hat; das Kürzel kommt im Domainnamen zahlreicher linker Gruppen vor 20. kulinarischer Begriff aus dem Italienischen: Teigwaren sollen in der Regel „~ dente" (d.h. bissfest) zubereitet werden 21. Wortendung zur Bildung der Verkleinerungsform in einigen Mundarten; der schwäbische „Häus~bauer" lässt grüßen 22. gemeiner Mensch, Schuft 24. Strom in Kanada und im US-Bundesstaat Alaska; Ende des 19. Jahrhunderts lockte der „Goldrausch" viele Zehntausende Menschen in diese Region, v.a. an den Nebenfluss Klondike 26. englisch für Luft 28. Ware bestellen 29. westsibirischer Strom, fließt in den Arktischen Ozean 30. Verbindung von Personen zu gemeinsamer Beschäftigung auf geselligem, sportlichen, künstlerischen o.ä. Gebiet 31. ungeheuer (groß usw.), großartig 32. Bezeichnung in der Tontechnik für das Original <engl.> 33. frühlingshaft-optimistischer Spruch: Alles ~ macht der Mai 38. Branntwein aus Zuckerrohr 39. Abk. für Ortsteil 40. Gruppierung, die linksradikale und anarchistische Skinheads vereint <Abk., engl.> 43. Scheibe Brot mit Schinken und Spiegelei: Strammer ~.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU Leipzig, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig).
Gewonnen hat diesmal J. Zahmel aus Neubrandenburg.

Auflösung # 51

```
BALTIKUM  GLASNOST
ODER L ORDNER O  A
MEDICO BA U SOWJET
BB N N  NN  O G  S
OA K  JäGER H OPEC
DRAGEE   URAL R  H
R  E  ZUNFT OZON A
ORAL  W  ü  CODEIN
MI DOMOWINA H  R K
 T   Y   FUN HYDRA
BULLETTE L E    I
LA U H AVANTGARDE
AL LOOK  N ZU A S
U QUASIMODO MöRDER
```




anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Leipzig
Kolonnadenstr. 19
04109 Leipzig

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstraße 28-30, 30167 Hannover, BRD

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 187: 10. April 2008